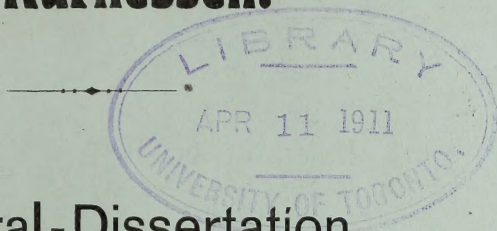




Die ländlichen Arbeiterverhältnisse in Kurhessen.



Inaugural-Dissertation

der

philosophischen Fakultät

der

Universität Jena

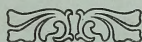
zur

Erlangung der Doktorwürde

vorgelegt von

Adolf Nebel,

Amöneburg, Kr. Kirchhain, Reg.-Bez. Cassel.



Fulda 1909,

Druck der Fuldaer Actiendruckerei in Fulda.

Die ländlichen Arbeiterverhältnisse in Kurhessen.

Inaugural-Dissertation

der

philosophischen Fakultät

der

Universität Jena

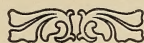
zur

Erlangung der Doktorwürde

vorgelegt von

Adolf Nebel,

Amöneburg, Kr. Kirchhain, Reg.-Bez. Cassel.



Fulda 1909,

Druck der Fuldaer Actiendruckerei in Fulda.

Genehmigt von der philosophischen Fakultät der Universität Jena auf
Antrag des Herrn Geh. Hofrat Professor Dr. Pierstorff.

Jena, den 12. Dez. 1908.

Prof. Dr. **Hirzel**,
z. Zt. Dekan.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung: Die Methode der Erhebung	1
I. Abschnitt: Die allgemeinen landwirtschaftlichen Verhältnisse des Reg-Bez. Cassel und ihre Beziehungen zur Arbeiterfrage	3
1. Kapitel: Die kurhessische Landwirtschaft im 19. Jahrhundert	3
2. Kapitel: Die Bodenbenutzung im Reg.-Bez. Cassel	9
3. Kapitel: Die Berufsgliederung der Bevölkerung des Reg.-Bez. Cassel	12
4. Kapitel: Die Verteilung des Grund und Bodens. Die Parzellen- betriebe und ihre Inhaber	20
II. Abschnitt: Die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter auf Grund der Erhebung vom 8. 2. 1908	26
1. Kapitel: Gruppierung der der kurhessischen Landwirtschaft zur Ver- fügung stehenden Arbeitskräfte	26
2. Kapitel: Lohn und Einkommen der freien landwirtschaftlichen Tagelöhner	34
1) Die Löhne	34
2) Das Einkommen der grundbesitzlosen freien Tagelöhner	46
3) Das Einkommen der grundbesitzenden freien Tagelöhner	47
3. Kapitel: Das Gesinde	61
4. Kapitel: Die Wanderarbeiter	68
III. Abschnitt: Die ländlichen Arbeiterverhältnisse als ländliche Arbeiter- frage	73
1. Kapitel: Die ländliche Arbeiterfrage eine Betriebsfrage	73
2. Kapitel: Die ländliche Arbeiterfrage eine soziale Frage	92
Schluss: Allgemeiner Rückblick	108
Anhang: Tabellenwerk etc	I—XXXIV

Benutzte Literatur:

1. Archiv des deutschen Landwirtschaftsrates, 18. Jahrg., Berlin 1894.
 2. Dr. Ascher: Die ländlichen Arbeiterwohnungen in Preussen, Berlin 1897.
 3. Bensing: Einfluss der landwirtschaftlichen Maschinen auf Volks- und Privatwirtschaft, Breslau 1892.
 4. Brase: Der Arbeitermangel in der deutschen Landwirtschaft, seine Ursachen und Mittel zur Abhilfe, Berlin 1900.
 5. Dr. Fr. Christoph: Die ländlichen Gemeingüter in Preussen, Jena 1906.
 6. Dr. Fr. Dettweiler: Die Handarbeit in der Landwirtschaft, Jena 1905.
 7. K. Frankenstein: Die Arbeiterfrage in der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1893.
 8. Von der Goltz: Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung, Danzig 1874, 2. Auflage.
 9. Ders.: Die Lage der ländlichen Arbeiter im deutschen Reich, Berlin 1875.
 10. Ders.: Handbuch der landwirtschaftlichen Betriebslehre, Berlin 1886.
 11. Dr. Georg Heim: Die ländliche Dienstbotenorganisation, Regensburg 1907.
 12. Jahresberichte der Landwirtschaftskammer zu Cassel 1900—1907.
 13. Dr. E. Katz: Landarbeiter und Landwirtschaft in Oberhessen (Münch. Volkswirtsch. Studien, B. 64).
 14. A. v. Lengerke: Die ländliche Arbeiterfrage, Berlin 1849.
 15. Fr. Ludwig: Die Gesindevermittlung in Deutschland, Tübingen 1903.
 16. Meitzen und Grossmann: Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preuss. Staates, B. 5 u. 6.
 17. Metz: Statistische Beschreibung des Reg.-Bezirks Cassel, Cassel 1871.
 18. Preussische Statistik B. 76 3. Teil, B. 142 1. Teil, B. 168 1. Teil, B. 191 1. Teil.
 19. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, B. 22, 53—55, 74, 96.
 20. Sering: Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Preussen, Heft 4, Oberlandesgerichtsbezirk Cassel, bearbeitet von Holzapfel.
 21. Ders.: Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland.
 22. Sohnrey: Die Wohlfahrtspflege auf dem Lande, Berlin 1896.
 23. Statistik des deutschen Reiches, Neue Folge, B. 2, 5, 109, 111, 112.
 24. M. v. Stojentin: Die Misstände der Agentenwirtschaft, Stettin.
 25. H. Sundermann: Der landwirtschaftliche Arbeitsnachweis, Berlin 1904.
 26. Landwirtschaftliche Jahrbücher, Jahrg. 1903, 1904, 1905, 1906, 1907.
 27. Zeitschrift des Preussischen Statist. Bur., Jahrg. 1873, 1902, 1907.
-

V o r w o r t.

Der Arbeit zugrunde liegt eine Enquête, die der Verfasser mit Hilfe der Landwirtschaftskammer zu Cassel am 8. Februar 1908 veranstaltete. Der Landwirtschaftskammer, insbesondere ihrem Vorsitzenden Herrn von Stockhausen, sowie dem Generalsekretär Herrn Oekonomierat Gerland und dem Geschäftsführer der Kammer, Herrn Dr. Staehly, sei auch an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen. Auch meinem verehrten Lehrer, Herrn Geh. Hofrat Prof. Dr. Pierstorff schulde ich vielen Dank für die zahlreichen Winke und Anregungen, die er mir bei Abfassung der Arbeit gegeben hat.

Der Verfasser.

Einleitung.

Die in den letzten Jahrzehnten zutage getretene allgemeine Landflucht hatte bei steigender Intensität der Landwirtschaft einen fühlbaren Arbeitermangel auf dem Lande zur Folge. Ausländische Wanderarbeiter mussten in immer grösserer Zahl zum Ersatz herangezogen werden. Diese Erscheinung veranlasste besondere Untersuchungen, welche die tatsächlichen Verhältnisse der Landarbeiter klarstellen, deren Schattenseiten aufdecken und Mittel zur Abhilfe an die Hand geben sollten. So beschloss am 22. Februar 1872 der „Kongress deutscher Landwirte“, eine Erhebung „zur Ermittlung der Lage der ländlichen Arbeiter im deutschen Reich“ zu veranstalten. Die Ergebnisse dieser Enquête sind niedergelegt in dem Werke: „Die Lage der ländlichen Arbeiter im deutschen Reich“. Es ist von Dr. Th. Freiherr v. der Goltz verfasst und erschien 1875 zu Berlin. 1891 und 1892 führte dann der „Verein für Sozialpolitik“ die gleiche Untersuchung ebenfalls für das gesamte deutsche Reich von neuem durch; die Resultate sind in B. 53—55 der Schriften des Vereins enthalten. Es liegt auf der Hand, dass diese Erhebungen kaum imstande waren, in die besonderen Verhältnisse eines Gebietes einzudringen und sie eingehender zu würdigen. Deshalb sind schon für grosse Gebietsteile des Reichs Spezialdarstellungen dieser volkswirtschaftlich so bedeutsamen und für den praktischen Landwirt so wichtigen Frage erschienen. Auch die vorliegende Arbeit will die ländlichen Arbeiterverhältnisse im Reg.-Bez. Cassel nach allen Seiten hin eingehender und genauer schildern, als dies bisher geschehen ist und geschehen konnte. Die erstgenannte Erhebung berücksichtigt von den 24 Kreisen des Reg.-Bez. Cassel nur 7, dem Verein für Sozialpolitik standen 1892 nur 62 Einzelberichte zur Verfügung. In beiden Fällen war angesichts des lückenhaften Materials eine genaue Würdigung der Verhältnisse unmöglich.

Die Methode, nach welcher das hauptsächlichste Material zu vorliegender Arbeit beschafft wurde, war folgende: Um einen Vergleich mit den früheren Erhebungen zu ermöglichen, wurde der ihnen zu grunde gelegte Fragebogen mit einigen dem Charakter der Verhältnisse entsprechenden Abänderungen¹⁾ auch für unsere Enquête ver-

¹⁾ Siehe Anhang, Seite: XXXVI—XXXIX.

wendet. Fragen, deren Beantwortung sich auf andere Weise genauer und besser gewinnen liess, blieben überhaupt weg. Es entstand nun die Frage, wem die Beantwortung zu übertragen sei: den Gemeindebehörden, den Arbeitnehmern oder den Arbeitgebern. Nach reiflicher Erwägung entschied sich der Verfasser dafür, die Arbeitgeber mit der Ausfertigung der Fragebogen zu betrauen. Die Methode garantiert nämlich unstreitig die bestmögliche Auskunftserteilung und ist auch bei allen seitherigen Erhebungen durchweg zur Anwendung gekommen. Der Vorwurf der Einseitigkeit, den man anscheinend erheben könnte, ist ungerechtfertigt. Es wurden nur tatsächliche Angaben verlangt, das individuelle Interesse des einzelnen Berichterstatters dadurch in den Hintergrund gedrängt. Auch die grosse Menge der aus den einzelnen Bezirken und aus Wirtschaften, die unter fast gleichen Bedingungen arbeiten, eingegangenen Berichte brachte schon von selbst eine Korrektur durch die Gegenüberstellung mit sich. So dürfte denn die Darstellung unseres Erachtens wohl den Anspruch auf Objektivität erheben.

Die Versendung der Fragebogen erfolgte am 8. Februar 1908 durch die Landwirtschaftskammer zu Cassel, und zwar an die landwirtschaftlichen Kreisvereine, sowie Einzellandwirte. Die landwirtschaftlichen Kreisvereine besorgten die weitere Verteilung der Fragebogen und ihre Rückleitung an die Kammer. Die Liste der Berichterstatter setzt sich zusammen aus Grossgrundbesitzern, Domänen- und Rittergutspächtern, Gross-, Mittel- und Kleinbauern, Bürgermeistern, Lehrern und Geistlichen. Insgesamt wurden je 450 Exemplare der Fragebogen 1 und 2 versandt, es kamen ausgefüllt zurück je 230 Stück, d. h. 51%; nur aus dem Kreise Frankenberg sind Fragebogen nicht wieder zurückgekommen. Die Erhebung war Anfang März abgeschlossen. Es ist anzuerkennen, dass ihr allseitig reges Interesse entgegengebracht wurde. Missverständnisse werden bei dem schriftlichen Enquêteverfahren stets vorkommen, manche Fragen dem Berichterstatter überflüssig erscheinen, andere, die für die ländlichen Arbeiterverhältnisse ebenfalls von Interesse sind, weggelassen werden müssen, um die Zahl der Fragen nicht zu häufen und den Erfolg von vornherein in Frage zu stellen. Es darf aber ausgesprochen werden, dass die Ausfüllung der Fragebogen durchweg mit Fleiss und Sorgfalt nach bestem Wissen und Können erfolgt ist und ein im allgemeinen recht brauchbares Material ergeben hat.

I. Abschnitt.

Die allgemeinen landwirtschaftlichen Verhältnisse des Reg.-Bez. Cassel und ihre Beziehungen zur Arbeiterfrage.

1. Kapitel.

Die kurhessische Landwirtschaft im 19. Jahrhundert.

Die kurhessische Landwirtschaft hat im Laufe des 19. Jahrhunderts trotz mancher bitteren Rückschläge, denen sie ausgesetzt war, einen unverkennbaren Aufschwung genommen; auf allen Gebieten landwirtschaftlichen Lebens sind namhafte Fortschritte zu verzeichnen. Im Anfang des 19. Jahrhunderts war noch allgemein die Dreifelderwirtschaft in Anwendung, in den gebirgigen Teilen des Landes sogar noch eine Art wilde Feldgraswirtschaft, der Viehbestand war unbedeutend, das wenige vorhandene Vieh in einem meistens kümmerlichen Zustande. Heute ist das am meisten verbreitete Wirtschaftssystem das der verbesserten Dreifelderwirtschaft, daneben nimmt auch die Fruchtwechselwirtschaft und die freie Wirtschaft in den wirtschaftlich mehr vorgeschrittenen und von Natur und durch die Verkehrslage mehr begünstigten Kreisen eine hervorragende Stellung ein. In einigen Bezirken mit schlechterem Boden und rauherem Klima ist die Dreifelderwirtschaft mit Brache¹⁾ noch nicht völlig verschwunden, so in Hünfeld, Schlüchtern, Rotenburg, Gersfeld und auch Fulda. v. Baumbach²⁾, ein vorzüglicher Kenner der hessischen Landwirtschaft (jetzt Präsident der Generalkommission in Cassel) urteilt über das System der verbesserten Dreifelderwirtschaft und seine Anwendung für Hessen folgendermassen: „Diese verbesserte Dreifelderwirtschaft ist bei den meist guten Wiesenverhältnissen an und für sich kaum zu tadeln. Sie ermöglicht auf der Basis einer guten Stalldüngerwirtschaft bei gelegentlicher Nachhilfe mit Kunst-

¹⁾ 1878 nahm die Brache noch 21 475 ha. ein, 1900 nur noch 10 133 ha.; Vierteljahrshefte der Stat. d. d. R. 1900 u. 1902.

²⁾ Schriften des Vereins für Sozialpol. B. 22, „Bäuerliche Zustände in Deutschland“, Seite 123.

dünger eine ziemlich freie Bewegung und einen genügend intensiven Betrieb, wenn die Felder zugänglich und von fremden Rechten befreit sind.“ Der Viehstand ist vergrössert, seine Qualität verbessert worden. Ueberall zeigt sich rastloses Vorwärtstreben, dessen Erfolge sich dahin zusammen fassen lassen: Gewaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft, erhebliche Verbesserung ihrer Erzeugnisse nach Qualität und Quantität.

Die hessische Landwirtschaft verdankt ihre Fortschritte einmal Einflüssen allgemeiner Natur, dann aber auch Einwirkungen besonderer Art, die sich nur für sie geltend machten. Die Lehren, welche mit den Namen Albrecht Thaer und Justus von Liebig in einem Atemzuge genannt werden, und die prägnant in die Worte Humus- und Mineraltheorie gekleidet worden sind, haben natürlich auch die hessische Landwirtschaft in neue Bahnen geleitet. Wie aber konnte sich der hessische Bauernstand, der überwiegend der mittelbäuerlichen Klasse angehört, mit diesen Dingen bekannt machen? wie sie in der Praxis durchführen? Drei Umstände waren es, die ihm Wege und Mittel an die Hand gaben, seinen Betrieb den Errungenschaften der Neuzeit entsprechend einzurichten und fortzuführen. Einmal diente der über das ganze Gebiet hie und da zerstreut liegende Grossgrundbesitz, der dem Bauernstand natürlich voraus war, als Lehrer und Vorbild. Dazu kam ein blühendes landwirtschaftliches Vereinswesen, das mit Fleiss und Hingebung alle Fragen der landwirtschaftlichen Technik pflegte. Die Vorteile des landwirtschaftlichen Schulwesens sind dem Bauernstande erst seit Beginn der 90er Jahre mehr und mehr zugewendet worden. Jetzt besteht schon eine grössere Anzahl landwirtschaftlicher Winterschulen¹⁾, die segensreich wirken und deren Besuch den Bauernsöhnen nicht genug empfohlen werden kann. Das Genossenschaftswesen hat in der Mitte der 70er Jahre Eingang gefunden und bald seinen Siegeslauf durch das Land genommen. Seine Verdienste um die Förderung, Erhaltung und — für manche Gegenden kann man sagen — Errettung des hessischen Bauernstandes dürften bekannt sein.

Neben diesen mehr äusserlichen Einwirkungen übte auf die Entwicklung der Landwirtschaft die mit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts einsetzende Neuordnung der Grundeigentumsverfassung und

¹⁾ 1906: 7 Winterschulen mit 42 Lehrkräften und 241 Schülern, seit Bestehen 1272 Schüler ausgebildet. Ldw. Jahrbücher 36 B., Ergänzungsband 2, S. 14/15.

die mit ihr Hand in Hand gehende Reorganisation der Flurverfassung einen nachhaltigen Einfluss aus.¹⁾ Beide gingen zwar in Kurhessen ziemlich langsam vor sich, doch war erstere bei der Okkupation durch Preussen 1866 fast völlig zum Abschluss gebracht, während letztere noch völlig darniederlag und erst 1867 durch Errichtung der Generalkommission in Cassel in Fluss geriet. Die unter der Herrschaft Jérômes (Königreich Westfalen 1808—1813) erfolgte Aufhebung der Leibeigenschaft wurde nach Wiederherstellung des Kurfürstentums (1813) für null und nichtig erklärt. Erst die Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831 gab dem Lande in ihren Paragraphen 33 und 34 eine neue Grundeigentumsverfassung unter Beseitigung der veralteten und einer intensiven Bearbeitung im Wege stehenden Formen. Verschiedene Gesetze brachten dann die näheren Bestimmungen. Der Bauer war zum freien Eigentümer des Grund und Bodens geworden, der Landwirtschaft damit neues Leben eingehaucht.

Die kurhessische Bauernbefreiung hatte neben den Lichtseiten natürlich auch ihre Schattenseiten, an erster Stelle ist hier zu nennen die Verschuldungsfreiheit. Während früher selbst bei „gutem“ Besitzrecht ein Grundstück in der Regel nur mit Genehmigung des Grundherrn verpfändet werden durfte, war jetzt der unbegrenzten Verschuldung Tür und Tor geöffnet. Das preussische Abgeordnetenhaus hat 1896 die Einführung einer „Verschuldungsgrenze“ gleichwohl mit gutem Recht abgelehnt, obwohl das Prinzip der Verschuldungsfreiheit grosses Unheil über ganze Gegenden gebracht hat. Genauen Aufschluss über die Verschuldung des Grundbesitzes in Preussen gibt B. 191 der preuss. Statistik. Schon 1883 und 1896 hatten derartige Erhebungen stattgefunden; sie waren aber äusserst lückenhaft und unvollkommen; dagegen ist die neueste Aufnahme vollständig. Was nun den Reg.-Bez. Cassel²⁾ anbelangt, so steht er dem Staatsdurchschnitt gegenüber günstig da. Von den Inhabern landwirtschaftlicher Hauptbetriebe von zirka 2 ha und mehr haben im Reg.-Bez. Cassel 36,6% überhaupt keine hypothekarischen Schulden, in Preussen dagegen nur 29,5; 4,5% sind mit Schulden belastet, die 50% ihres Gesamtvermögens übersteigen; in Preussen ist der Prozentsatz weit höher, nämlich 17,6. Dagegen weisen eine Verschuldung unter 50% des Gesamtvermögens auf in Preussen 52,9% der Inhaber landwirt-

¹⁾ Meitzen: Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preuss. Staates, B. 6, S. 176 ff.

²⁾ Siehe Tabelle I, Anhang S. I.

schaftlicher Hauptbetriebe, in Cassel 58,9%. Innerhalb des Reg.-Bez. Cassel selbst sind, wie die Tabelle lehrt, die Realteilungskreise¹⁾ Wolfhagen, Eschwege, Hanau und Gelnhausen am günstigsten gestellt: nicht ganz so günstig liegen die Verhältnisse im Realteilungskreise Hofgeismar. Am stärksten ist die Verschuldung in den Kreisen Schlüchtern, Hünfeld, Melsungen, Gersfeld und Fulda; diese Kreise haben durchweg geringwertigen Boden, daneben starre Anerbensitte. Bezüglich der Verschuldung in den einzelnen Besitzgrössenklassen²⁾, lässt sich für den Reg.-Bez. Cassel folgendes feststellen: Je grösser der Besitz, desto höher die Verschuldung in % des Gesamtvermögens. Die Verschuldung beträgt nämlich in % des Gesamtvermögens bei Besitzungen von durchschnittlich 5 ha: 12,1%, von 7 ha: 13,4%, von 12 ha: 14,6%, von 20 ha: 15,1%, von 35 ha: 14,7%, von 75 ha: 22,7%; eine Ausnahme von der Regel machen also die Güter von 30—50 ha; bei ihnen ist die Verschuldung durchweg am geringsten. Die grossen und grössten Güter dagegen sind meistens hypothekarisch schwer belastet, während einzelne allerdings fast schuldenfrei sind.

Leider ging mit der Reform der Grundeigentumsverfassung eine Neuordnung der Flurverfassung nicht Hand in Hand, sie hinkte um einige Jahrzehnte hinter der ersteren her. Ein Gesetz von 1834, die Verkoppelung der Grundstücke und Teilung der Gemeinheiten betreffend, blieb wirkungslos, da es keinerlei Zwang zur Zusammenlegung bzw. Teilung anerkannte. Die Regierung bemühte sich später, den Zwang gesetzlich einzuführen, erzielte aber keine Einigung mit der Volksvertretung. Erst nach der Okkupation durch Preussen wurden auch in der Flurverfassung praktische Reformen durchgeführt. Am 13. Mai 1867 erschien die Verordnung betreffend Gemeinheitsteilung und Servitutsablösung, sowie Zusammenlegung der Grundstücke. Zugrunde gelegt ist die preussische Gemeinheitsteilungsordnung von 1821, aber es ist Zusammenlegung ohne Aufteilung der etwa vorhandenen Gemeinheiten möglich. Dies ist von ausserordentlicher Bedeutung insbesondere für die Kleinbesitzer und ländlichen Arbeiter. Als ausführende Behörde wurde die Generalkommission in Cassel 1867 eingesetzt. Die Zusammenlegung hat seitdem bedeutende Fortschritte gemacht, desgleichen die Ablösung von Servituten. Dem

¹⁾ Siehe Kapitel 4, S. 29.

²⁾ Siehe Anhang, Tabelle II.

Landwirt ist damit die Möglichkeit gegeben, seinen Besitz intensiver zu kultivieren und höhere Erträge zu erzielen.

Die 1828 in Althessen, 1867 in den Provinzen Fulda und Hanau, sowie der Grafschaft Rinteln erfolgte Aufhebung des gesetzlichen „Güterschlusses“ und Zulassung der freien Teilbarkeit hat praktische Wirkungen kaum gehabt. Die Bevölkerung ist der Anerbensitte treu geblieben. Zur Befestigung dieser Sitte wurde am 1. Juli 1887 die Landgüterordnung für den Reg.-Bez. Cassel im preussischen Landtag angenommen. Sie führte das Höferollensystem ein, hat sich aber trotz der geringen Einschreibgebühr von M. 3,— als „Totgeburt“¹⁾ erwiesen, ein Zeichen, dass die Anerbensitte einer gesetzlichen Stütze nicht bedarf.

Eine Begleiterscheinung der Bauernbefreiung, wie sie vielfach anderwärts, vor allem im Osten der preussischen Monarchie, sich in verderblicher Weise bemerkbar gemacht hat, ist in Kurhessen nicht zutage getreten. Im preussischen Osten wurde im Interesse der Grundherren 1816 bei der Ablösungsregulierung eine Unterscheidung in spannfähigen und nicht spannfähigen Besitz getroffen. Den nicht spannfähigen Besitz konnte der Grundherr einfach seinem Besitztum zuschlagen. Der seitherige Inhaber war damit persönlich frei, hatte aber auch die Basis seiner Lebenshaltung verloren; von dem spannfähigen Besitz konnte der Grundherr $\frac{1}{3}$ bzw. $\frac{1}{2}$ einziehen. Damit war die Grundlage zur Entstehung eines Landarbeiterproletariats gegeben, zugleich aber auch die Ursache für die Entvölkerung des Landes, für die spätere Arbeiternot. Als man 1848 auch den nicht spannfähigen Besitz retten wollte, war es zu spät. In Kurhessen war eine solche Entwicklung deshalb ausgeschlossen, weil in den meisten Fällen der Staat selbst der Grundherr war.

Von dem gesamten Ablösungskapital²⁾ standen 28 233 194 M., d. h. beinahe $\frac{2}{3}$, dem Staate als Berechtigten zu. Andererseits hatte damals das Obereigentum des Grundherrn in Hessen an den Bauerngütern schon sehr an Bedeutung verloren. Persönliche Abhängigkeit kam fast nicht mehr vor, die Leibeigenschaft war nur noch eine Rentenquelle. Das ergibt sich auch daraus, dass bis 1850 insgesamt 64 337 Dienst- und Abgabepflichtige ablösten, es waren aber nur abzulösen an Spanndiensten 102 Dienstage, an Handdiensten 475 Tage; die Ablösung erstreckte sich also sozusagen nur auf Zehnten

¹⁾ Bis 1897 liessen sich nur 165 Güter in die Höferolle eintragen.

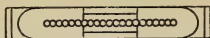
²⁾ Meitzen, a. a. O., S. 193 ff.

und Grundzinsen. Regulierung durch Landeinziehung ist aber fast gar nicht zu verzeichnen, die Landeinziehung betrug nur 1 ha.

Ein Nachteil, der mit der Reform der Flurverfassung zusammenhing, war die allzu radikale Aufteilung der Gemeinheiten, Allmende genannt. Die Allmende ist und war mancherorts der Lebensnerv der kleinen Wirtschaft der Klein- und Parzellenbesitzer. Ihre Bedeutung ist vielfach unterschätzt worden, bis man durch die Folgen ihrer Aufteilung eines Besseren belehrt wurde und das noch Vorhandene zu konservieren suchte. Auch in Hessen betrieb man nach der Einverleibung in Preussen die Aufteilung der Gemeinheiten mit Eifer, der sich jedoch mit der Zeit verlangsamt zu haben scheint. Die Erhaltung des Allmendewaldes¹⁾ ist ja seit 1881 gesetzlich gesichert. Möge man die noch vorhandenen Gemeinheiten erhalten, zum Segen für die gesamte Landwirtschaft, zur Stütze und Erhaltung der Klein- und Parzellenbesitzer.

Um eine bessere Bodenverteilung herbeizuführen, hat die preussische Regierung die Rentengutsgesetzgebung inaugurirt. (Gesetze v. 27./6. 1890 und 7./7. 1891.) Trotz der hohen Bedeutung, die diesen Gesetzen auch innewohnen mag, kommen sie praktisch für den Reg.-Bez.-Bez. Cassel kaum in Betracht.

¹⁾ Gesetz vom 14. 3. 1881.



2. Kapitel. Boden- und Kulturverhältnisse.

Es ist unzweifelhaft, dass neben der Agrargesetzgebung, dem Erbrecht und der Erbsitte und anderen Faktoren die Güte des Bodens auf die Grundbesitzverteilung und damit für die soziale Gliederung der Bevölkerung von Einfluss ist. Schlechter, wenig ertragreicher Boden erfordert eine ziemlich bedeutende Fläche für die Selbständigkeit einer bäuerlichen Nahrung. Ein guter Boden dagegen gestattet weitgehende Zersplitterung. Der Reg.-Bez. Cassel besteht nun etwa zur Hälfte (47,2%) ¹⁾ aus reinem Lehm- und Tonboden und zur anderen Hälfte aus sandigem Lehm- und lehmigem Sandboden. Grössere Sandflächen finden sich nur im Kreise Hanau, Hünfeld, Kirchhain und Schlüchtern ²⁾.

Was wir bezüglich der Bodengüte gesagt haben, gilt in noch höherem Masse von der mit ihr zusammenhängenden Bodenbenutzung. Je intensiver die Landwirtschaft betrieben wird, desto mehr kann die Grösse der Fläche zurück gehen, welche die Grundlage einer bäuerlichen Nahrung bildet. Auch für die Arbeiterverhältnisse ist die Art der Bodenbenutzung von hoher Bedeutung: eine intensive Landwirtschaft erfordert mehr Arbeitskräfte als eine extensive und garantiert den Arbeitern auch ständigere Beschäftigung wenigstens für den grössten Teil des Jahres; anderseits bietet ein umfangreicher Waldbestand den Arbeitern auch während des Winters gute Arbeitsgelegenheit. Dagegen muss nachhaltiger Mangel an Arbeitskräften hinwiederum zu einem extensiven Betrieb führen.

Tabelle III ³⁾ zeigt, dass der Boden des Reg.-Bez. Cassel, wenn wir von der Waldfläche absehen, recht intensiv genützt wird. Oed- und Unland nehmen im Reg.-Bez. nur 0,6% der Fläche ein, über 1% nur in den Kreisen: Stadtkreis Hanau, Eschwege, Gersfeld und Frankenberg, nirgends aber 2%. Eine wenig ertragsreiche Kulturart sind die „geringeren Weiden“, die aber nur mit 10,1% der

¹⁾ Siehe Meitzen, a. a. O. S. 424 ff.

²⁾ 19—22% der Gesamtfläche dieser Kreise.

³⁾ Siehe Anhang, S. IV.

Gesamtfläche im Kreise Gersfeld, 6,2% im Stadtkreis Cassel, 4,4% im Kreise Rotenburg, und je 4,3% in den Kreisen Witzenhausen und Frankenberg ins Gewicht fallen; der Durchschnitt stellt sich für den Reg.-Bez. Cassel auf 3,1%. Fassen wir diese beiden niedrigsten Ertragskategorien zusammen, so ergibt sich, dass sie nur im Kreise Gersfeld etwas über $\frac{1}{10}$ der Gesamtfläche ausmachen, im Stadtkreis Cassel etwa $\frac{1}{11}$, in allen anderen Kreisen ungefähr nur $\frac{1}{20}$, im Landkreis Hanau sogar nur $\frac{1}{500}$.

Extensiv ist auch die Waldkultur. Der Reg.-Bez. Cassel gehört zu den walddreichsten Bezirken Deutschlands; 38,8% der Gesamtfläche sind mit Wald bedeckt. Im Kreise Schmalkalden nimmt der Wald mehr als die Hälfte der Fläche ein (54,5%), in Gelnhausen 48,4%, in Frankenberg 46,2%, über $\frac{2}{5}$ ausserdem in den Kreissen: Hofgeismar, Melsungen, Rotenburg, Witzenhausen, Marburg, Hersfeld; am walddärmsten sind naturgemäss die Stadtkreise Cassel und Hanau mit 1,2 bzw. 2,8%, unter den Landkreisen hat verhältnismässig den geringsten Waldbestand der Landkreis Hanau mit 26,9% der Gesamtfläche.

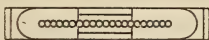
Die überwiegende Benutzung des Bodens ist diejenige zu Acker- und Gartenland; sie beträgt 41% der Gesamtfläche des Reg.-Bez. Cassel. Wo der Wald eine grosse Fläche einnimmt, ist diese Art des Kulturlandes etwas zurückgedrängt, so kommen im Kreise Schmalkalden nur 27,2% der Fläche auf das Acker- und Gartenland, in Gelnhausen nur 29,0%, in Frankenberg 33,0%. In Gersfeld ist das Ackerland (28,1%) durch die starke Wiesen- (27,4%) und Weidenutzung (12,1%) eingeengt. Ueber die Hälfte der Gesamtfläche entfallen auf das Acker- und Gartenland in den Kreisen: Eschwege, Fritzlar, Wolfhagen, Landkreis Hanau und Rinteln. In den Kreisen Stadtkreis Cassel, Landkreis Cassel, Hofgeismar, Homberg, Melsungen, Rotenburg, Marburg, Kirchhain, Hünfeld und Stadtkreis Hanau entfallen immerhin noch über $\frac{2}{5}$ des Bodens auf die genannte Ertragskategorie.

Was nun den Anteil der Wiesen und besseren Weiden an der Gesamtfläche anlangt, so nehmen in dieser Beziehung die Kreise Gersfeld, Schlüchtern und Stadtkreis Hanau eine Ausnahmestellung ein. In Gersfeld umfassen Wiesen und bessere Weiden zirka $\frac{1}{3}$ des Areals, zusammen 29,4% der Gesamtfläche; diese Erscheinung ist durch den Gebirgscharakter des Kreises bedingt; dasselbe gilt in abgeschwächtem Masse für den Kreis Schlüchtern

mit 20,7⁰/₀. Auch in Gelnhausen mit 14⁰/₀, Homberg mit 14,2⁰/₀, Kirchhain mit 14,5⁰/₀, Ziegenhain mit 16⁰/₀ und Fulda mit 17,6⁰/₀ nehmen diese weniger intensiven jedoch für den landwirtschaftlichen Betrieb unentbehrlichen Kulturarten noch eine ansehnliche Stellung ein.

Die Bodenkulturverhältnisse weisen also innerhalb des Reg.-Bez. Cassel ziemliche Unterschiede auf; am wenigsten ertragsreich ist wohl der Kreis Gersfeld: die wichtigsten ackerbautreibenden Kreise sind Landkreis Hanau, Fritzlar, Rinteln und Wolfhagen, in anderen Kreisen, wie Gelnhausen, Schmalkalden, Frankenberg, Witzenhausen engt der ausgedehnte Wald den Ackerbau ein. Da der Waldbestand allgemein erheblich, die zur anderer Kultur verbleibende Fläche also beschränkt, die Bevölkerung verhältnismässig dicht, der Boden aber in einem grossen Teile des Regierungsbezirkes nicht besonders ertragreich ist, so ist eine intensive Kultur erforderlich und auch vorhanden. Das zeigt auf den ersten Blick der geringe Anteil des Oed- und Unlandes an der Gesamtfläche, sowie der verhältnismässig hohe Prozentsatz des Acker- und Gartenlandes.

Der Einfluss der Kultur- und Bodenverhältnisse auf die ländliche Arbeiterfrage wird im Laufe der Erörterungen hie und da immer wieder zum Vorschein kommen.



3. Kapitel.

Die Berufsgliederung der Bevölkerung des Reg.-Bez. Cassel.

Ein grosser Teil des Regierungsbezirks Cassel steht heute noch im Zeichen der Landwirtschaft, machte doch 1895 ¹⁾ die landwirtschaftliche Berufsbevölkerung in 10 Kreisen noch über die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus, in 6 weiteren Kreisen übertraf sie immer noch die Berufsbevölkerung der Industrie und des Handels zusammengekommen, in den 6 anderen Kreisen, darunter 2 Stadtkreisen, überwogen allerdings Handel und Industrie. 1882 hatten noch 15 Kreise überwiegend landwirtschaftliche Bevölkerung, 5 dagegen waren schon damals überwiegend industriell. Die Verschiebungen im Anteil der einzelnen Berufsgruppen gehen demnach innerhalb des Reg.-Bez. Cassel nur langsam vor sich, sie entbehren des sprunghaften Charakters, wie er beispielsweise rheinischen und westfälischen Distrikten eigen ist. Das kommt daher, dass das Gebiet des Reg.-Bez. Cassel seiner ganzen Natur nach hauptsächlich für die Landwirtschaft prädestiniert ist. Es fehlt dem Gebiet an den Grundbedingungen der modernen Industrie, dem Vorhandensein von Steinkohle und Eisen. Die vorhandenen Industriezweige sind althergebracht. Neue von besonderer Bedeutung sind kaum aufgekommen, die alten haben sich zwar der modernen Tendenz folgend weiter entwickelt, jedoch in ziemlich normalen Bahnen. So ist denn die Bevölkerungszunahme von jeher äusserst gering gewesen, zumal die Landwirtschaft in den früheren Zeiten bei dem extensiven Betrieb hinreichend Arbeitskräfte besass. In der Periode von 1819—67 ²⁾ hat z. B. Hessen eine Bevölkerungszunahme von 29% zu verzeichnen, Sachsen im selben Zeitraume eine solche von 85%, Preussen von 70%. Ebenso vermehrte sich die Bevölkerung des Reg.-Bez. Cassel in der Zeit von 1882—95 nur um 3,4%, in Preussen dagegen um 15,4%, im deutschen Reiche um 14,5%. Den zahlenmässigen Anhalt für die Verteilung der Gesamtbevölkerung auf die einzelnen Berufsgruppen liefern die

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle IV, S. V.

²⁾ L. Metz: „Statist. Beschreibung des Reg.-Bez. Cassel“ Kassel 1876, S. 21.

Berufs- und Betriebszählungen von 1882 und 1895 ¹⁾. Wie ganz Deutschland, so weist natürlich auch der Reg.-Bez. Cassel einen Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf. Es entfielen von 1000 Personen der Gesamtbevölkerung im Reg.-Bez. Cassel

im Jahre 1882 448,5

im Jahre 1895 396,3

auf die landwirtschaftliche Berufsbevölkerung. Das bedeutet einen Rückgang von 52,2, während die Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Durchschnitt des Königreichs Preussen 75,83, im Durchschnitt des Reichs 69,5 beträgt. In Preussen kommen nämlich in der Landwirtschaft hauptberuflich Tätige auf 1000 Personen

im Jahre 1882 424,5

im Jahre 1895 347,7

Abnahme: 76,8

und im deutschen Reiche

im Jahre 1882 413,6

im Jahre 1895 344,1

Abnahme: 69,5

Wenn also auch die Landwirtschaft des Reg.-Bez. Cassel in diesem Zeitraume eine erhebliche Einbusse erlitten hat, so steht sie gegenüber dem Staats- und Reichsdurchschnitte immerhin noch günstig da. Genauer noch dringen wir in die Bedeutung dieses Ergebnisses ein, wenn wir uns die einzelnen Kreise des näheren ansehen. Da ergibt sich denn, dass in 2 Kreisen, Gersfeld und Landkreis Hanau, der Anteil der hauptberuflich in der Landwirtschaft Tätigen um 5,7 bzw. 40,6 zugenommen hat. Das für den sonst überwiegend industriellen Landkreis Hanau überraschende Ergebnis findet seine Erklärung einmal in der dort herrschenden Realteilung, sodann darin, dass die wegen der Nähe der Städte Hanau, Offenbach und Frankfurt a. M. dort eingeführte Spatenkultur sehr lohnend ist. Mancher, der bisher in kümmerlichen Verhältnissen ein Gewerbe betrieb und daneben etwas Landwirtschaft, wendet nunmehr alle Kräfte der Bearbeitung seiner Scholle zu, da es rentabler für ihn ist. Die landwirtschaftliche Berufsbevölkerung überwiegt in den Kreisen Gersfeld, Frankenberg, Hünfeld, in denen ihr von je 1000 Personen der Gesamtbevölkerung noch über 600 zugehören, ferner in den Kreisen Kirchhain, Ziegenhain, Homberg, wo der Anteil noch über 550—600 beträgt, weiterhin

¹⁾ Siehe Anlagen, Tabelle IV.

in den Kreisen Schlüchtern, Wolfhagen, Gelnhausen und Fritzlar, in denen er zwischen 500 und 550 schwankt. Auch in den Kreisen Hersfeld, Melsungen, Hofgeismar, Rotenburg, Fulda, Marburg, stellt die landwirtschaftliche Bevölkerung noch immer 440—500 auf das Tausend der Gesamtbevölkerung, eine Ziffer, die Handel und Industrie zusammengenommen nicht erreichen. Ueberhaupt nicht ins Gewicht fällt dagegen die landwirtschaftliche Bevölkerung in den Stadtkreisen Cassel und Hanau; im Landkreis Cassel entfallen von 1000 Personen nur 247,2 auf die landwirtschaftliche Berufsbevölkerung, in Rinteln 360 und in Schmalkalden nur 175,1. Die grössten Verluste hat die Landwirtschaft im Landkreis Cassel zu verzeichnen, ihr Anteil ist von 406,7 im Jahre 1882 auf 247,2 im Jahre 1895, also um 159,5 gesunken, der Durchschnitt des preussischen Staates und des Reichs ist also weit überholt, der Kreis ist völlig industrialisiert, die Industrie hat sich aus Cassel aufs Land verpflanzt. Einen bedeutenden Rückgang hat die Landwirtschaft auch erfahren in den Kreisen Gelnhausen, wo eine Abnahme von 87,2 auf 1000 der Bevölkerung zu verzeichnen ist, desgleichen in Marburg mit 79, in Witzenhausen mit 71 und in Rotenburg mit 64,7. Eine immerhin beträchtliche, jedoch den Reichsdurchschnitt nicht erreichende Einbusse im Anteil am Tausend der Gesamtbevölkerung hat die landwirtschaftliche Berufsbevölkerung noch erlitten in den Kreisen Rinteln, Schmalkalden, Schlüchtern, Eschwege, Melsungen, Hersfeld und Fulda. In Rinteln sank die Zahl von 421,9 auf 360,2, also um 60,3, in Fulda von 518,9 auf 480, also um 38,9. Weniger sind der modernen Entwicklungstendenz gefolgt die Kreise Frankenberg, Hünfeld, Wolfhagen, Homberg, Kirchhain und Fritzlar. In Frankenberg kamen 1882 auf 1000 Personen der Gesamtbevölkerung 654,2 hauptberuflich in der Landwirtschaft Tätige, 1895 622,6, der Rückgang beträgt also nur 31,6, in Fritzlar nur 22,8. Ihren Besitzstand fast völlig behauptet hat die Landwirtschaft in den Kreisen Hofgeismar und Ziegenhain, in Hofgeismar zählte man 1882 480,1 hauptberuflich in der Landwirtschaft Tätige auf 1000, 1895 noch 472, der Rückgang war also minimal, er betrug 8,1; in Ziegenhain waren es 1882 582,7, 1895 570,9. Der Rückgang ist also mit 11,8 ebenfalls ein unbedeutender.

Wir sahen, dass die landwirtschaftliche Bevölkerung relativ in fast allen Kreisen des Reg.-Bez. Cassel zurückgegangen ist, der Rückgang ist jedoch nicht nur relativ, sondern sogar absolut. Während 1882¹⁾

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle V.

die landwirtschaftliche Berufsbevölkerung 374 595 Köpfe zählte, waren es 1895 nur noch 344 823, also 29 772 oder 7,69 v. H. weniger. Dagegen stieg die industrielle Bevölkerung im gleichen Zeitraume um 27 933 oder 10,36 v. H. Freilich stieg in der Landwirtschaft die Zahl der Erwerbstätigen, wenn auch nur ganz unbedeutend. Innerhalb der Zahl der Erwerbstätigen ¹⁾ hinwiederum hat die Zahl der Selbständigen und Angestellten beiderlei Geschlechts eine Zunahme zu verzeichnen, die Zahl der Hilfspersonen, worunter die in der Wirtschaft tätigen Familienangehörigen, sowie das Gesinde und die Tagelöhner zu verstehen sind, dagegen eine erhebliche Abnahme. Innerhalb der Kategorie der Hilfspersonen ist zwar die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte gestiegen, aber sie hat den grossen Rückgang der männlichen Arbeitskräfte nicht auszugleichen vermocht. Wohin sind nun die in der Periode 1882—95 aus der Gruppe der Hilfspersonen verschwundenen 11 977 männlichen Arbeitskräfte gekommen? Sind sie vielleicht aufgestiegen in die Gruppe der Selbständigen? Dies ist nicht gut anzunehmen, denn einmal hat die Zahl der männlichen Selbständigen während derselben Zeit nur um 4486 zugenommen, sodass immerhin noch ein Fehlbetrag von 7491 Personen verbliebe; dann aber hat die Zunahme der Selbständigen hauptsächlich ihren Grund in Realteilungen, Parzellierungen etc.

Wie lässt sich nun der Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung erklären? Ist er der Auswanderung zuzuschreiben? Sicherlich hat die Auswanderung, die hier früher eine grosse Rolle spielte, dem Gebiete schon viele Arbeitskräfte entzogen. Wanderten doch beispielsweise in den Jahren ²⁾ 1852—64 allein 51 101 Personen aus, davon 91% nach Amerika. Auch die Jahre 1867—71 ³⁾ haben eine starke Auswanderung zu verzeichnen, insgesamt 19 021 Personen, d. h. 1 Auswanderer auf 40 Einwohner. Der Grund war bei diesen Auswanderungen in den politischen Umwälzungen zu suchen, während in der Periode 1852—64 wirtschaftliche Gründe massgebend waren. Seitdem hat die Auswanderung auch im Gebiet des Reg.-Bez. Cassel normalere Formen angenommen, ihre Bedeutung ist immer mehr und mehr zurückgegangen. ⁴⁾ Da aber die natürliche Vermehrung der

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle VI.

²⁾ Siehe Metz, a. a. O. S. 43.

³⁾ Zeitschr. d. pr. Stat. Bür. Jahrg. 1873: Bödicker: „Die Auswanderung und die Einwanderung des preuss. Staates“.

⁴⁾ 1906 wanderten aus ganz Hessen 687 Pers. aus (auf 100 000 : 33, Preussen 48), Stat. Jahrb. f. d. d. R. 1907, S. 24.

landwirtschaftlichen Bevölkerung eine durchaus gesunde ist, die Auswanderung aber die natürliche Zunahme nicht absorbiert, so kann nur ein Aufgehen dieses Ueberschusses sowie der verloren gegangenen Kräfte in anderen, vor allem in industriellen und kommerziellen Berufen angenommen werden. Dass der Vorgang sich so vollzogen hat, lehren ganz deutlich die bereits angezogenen Tabellen V und VI. Nicht nur hat die Berufsbevölkerung der Industrie und des Handels eine bedeutende absolute Steigerung erfahren, auch die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft ist absolut und prozentual bei weitem nicht so gestiegen wie in Handel und Industrie. Stieg doch die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie um 14,19%, im Handel sogar um 27,56%, in der Landwirtschaft dagegen nur um 0,29%. Wie sich die Verschiebungen vollzogen haben, lässt sich ersehen aus den Ein- und Abwanderungsziffern, die Dr. Brösicke¹⁾ für die einzelnen Kreise der preussischen Monarchie für die Perioden 1895/1900 und 1900/1905 festgestellt hat. Zugrunde gelegt ist dabei der jeweilige Bevölkerungszustand der Kreise am 2. Dez. 1895 und 1. Dez. 1900, sowie am 1. Dez. 1900 und 1. Dez. 1905. Ausserdem ist der Geburtenüberschuss über die Sterbefälle dabei in Rechnung gestellt. Die Berechnungen Dr. Brösickes ergeben nun für den Reg.-Bez. Cassel²⁾ folgendes: In der Periode 1895 bis 1900 haben nur 4 Kreise und zwar die überwiegend industriellen Kreise Stadt- und Landkreis Cassel, Stadt- und Landkreis Hanau eine Vermehrung durch Zuwanderung erfahren. Die Bevölkerung Cassels ist in diesem Zeitraum um $\frac{1}{9}$ (11,4% der Bevölkerung vom 2. Dez. 1895) infolge von Zuwanderung gewachsen. Am unbedeutendsten war die Zuwanderung im Landkreis Cassel, sie betrug hier 433 Personen, oder 0,9% der Bevölkerungsziffer vom 2. Dez. 1895. Insgesamt betrug die Zunahme durch Zuwanderung in diesen 4 Kreisen 1895--1900 13 902 Personen, dieser Zuwanderung steht aber eine Abwanderung aus den anderen 20 Kreisen von 37 548 Personen gegenüber. Unter diesen 20 Kreisen mit Abwanderung hat der überwiegend industrielle Kreis Schmalkalden die niedrigste Ziffer, 1,5%. Erheblich höhere Ziffern weisen die 15 überwiegend landwirtschaftlichen Kreise auf. Die stärkste Abwanderung hatte mit 10,7% der Volkszahl vom 2. Dez. 1895 der Kreis Wolfhagen, die geringste Gelnhausen mit 5,2%. Starke Abwanderung hatten auch Hünfeld mit 9,9 und Hersfeld

¹⁾ Zeitschr. d. Pr. Stat. Bür. 42. Jahrg. 1902 u. 47. Jahrg. 1907.

²⁾ Siehe Anhang, Tabelle VII und VIII.

mit 9,7. Eine Verschiedenheit der Abwanderung in den Kreisen mit Anerbensitte und Realteilungssitte ist, wie die Tabelle deutlich zeigt, nicht festzustellen. Zu demselben Resultat gelangt auch Holzapfel¹⁾, der eine ähnliche Berechnung für die Zeit von 1872—95 vorgenommen hat. Was nun die Kreise anbetrifft, in denen weder Handel noch Industrie noch anderseits die Landwirtschaft mehr als die Hälfte der Bevölkerung umfassen, so zeigen Melsungen und Eschwege eine Abwanderungsziffer von 7,3 bzw. 6,4, Fulda dagegen nur 1,9, während in Witzenhausen, Marburg und Rinteln die Abwanderung wieder stärker ist, aber die Ziffer 5 nicht überschreitet. Aus welchen Schichten sich die Abwandernden rekrutieren, ist nicht zu ermitteln, es unterliegt nach den früher angeführten Zahlen jedoch keinem Zweifel, dass die überwiegende Mehrheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung entstammt. Von den 37 548 Personen, die den Kreisen mit Abwanderung entzogen wurden, sind 24 646 dem Reg.-Bez. Cassel überhaupt verloren gegangen. Sie sind in der Hauptsache dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet²⁾ zugute gekommen. Denn dort befanden sich am 1. Dez. 1900 59 361 männliche und 33 902 weibliche Personen, die in Hessen-Nassau geboren waren; entfällt ein Teil davon auch auf den Reg.-Bez. Wiesbaden, so wird der grösste Teil unstreitig dem Reg.-Bez. Cassel entstammen, da Wiesbaden mehr nach Frankfurt und Mainz gravitiert. Entschieden günstiger gestaltet haben sich für den Reg.-Bez. Cassel die Verhältnisse in dem Jahrfünft 1900/05. Die Zuwanderung ist ungefähr dieselbe geblieben, nämlich 13 478 Personen, die Abwanderung dagegen betrug nur 16 109 Personen, also hat der Reg.-Bez. Cassel in dieser Zeit durch Abwanderung nur 2631 Personen verloren, gegenüber 24 646 in den Jahren 1895/1900. Die Zuwanderung ist natürlich fast ganz den industriellen Kreisen Cassel (Stadt- und Landkreis) sowie Hanau (Stadt- und Landkreis) zugute gekommen. Bemerkenswert ist die starke Zuwanderung in dem Landkreis Cassel, 2558 Personen = 4,8% der Volkszahl vom 1. Dez. 1900; die Zahlen sind abermals ein Anzeichen der Hinausverlegung der Industrie auf das Land. Ausserdem partizipieren an der Zuwanderung die Kreise Fulda mit 1060 Personen = 2,0% und Marburg mit 0,3%. Die Zuwanderung dürfte indes nur den beiden Städten und somit dem Handel und der Industrie in Rechnung zu stellen sein. Das

¹⁾ Siehe Sering, a. a. O. Seite 84—86.

²⁾ Zeitschr. des Pr. Stat. Bur. 47. Jahrg. 1907, S. 34.

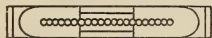
gleiche gilt von dem überwiegend landwirtschaftlichen Kreise Hersfeld, der eine Zuwanderung von 75 Personen zu verzeichnen hat, die aber sicherlich auf die Stadt Hersfeld und ihre Industrie entfallen. Die übrigen ländlichen Kreise haben eine Abwanderung zu verzeichnen, die aber nur noch in Gersfeld 5,2⁰ der Bevölkerung vom 1. Dez. 1900 ausmacht, in allen anderen Kreisen sich unter dieser Ziffer hält, in Ziegenhain z. B. nur 345 Personen = 1,1⁰ beträgt. Witzenhäusen, wo weder Industrie und Handel, noch die Landwirtschaft mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf sich vereinigen, hat die stärkste Abwanderungsziffer mit 5,4⁰/. Die Sesshaftigkeit ist also eine grössere geworden, die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich für die unteren Klassen günstiger gestaltet, und damit ihnen die Lust und den Grund zur Wanderung immer mehr entzogen. Je günstiger die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Kreises sind, desto geringer in der Regel die Abwanderung. Auf je 1000 Einwohner entfielen z. B. im Durchschnitt der Jahre 1899/1903 Einkommensteuerzinsen¹⁾: Stadtkreis Cassel: 91,4; Marburg 89,8; Frankenberg 58,9; Gersfeld 46; die Zu- (+) oder Ab- (—) wanderung in den genannten Kreisen betrug 1900/1905 + 7,8 bezw. + 0,4 bezw. — 3,3 bezw. — 5,7. Die Zu- und Abwanderungsziffern sind überaus lehrreich. Sie werfen helle Schlaglichter auf die wirtschaftlichen Zustände eines Gebietes, namentlich auf die Lage der unteren Klassen. Ihre Bedeutung ist nicht zu unterschätzen.

Neben dieser dauernden Abwanderung tritt noch ein zeitweiliges Abströmen von Arbeitskräften in andere Gebiete zu Tage, um hier von Anfang Frühjahr bis Ende Herbst in der Landwirtschaft und Industrie Beschäftigung zu suchen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts gingen zahlreiche Arbeiter, vor allem aus den Kreisen Fulda, Schlüchtern, Gersfeld, Hersfeld und Hünfeld, auch aus den oberhessischen Kreisen Kirchhain und Frankenberg in die fruchtbare Wetterau (Giessen), in die Umgegend von Frankfurt und Darmstadt, um hier auf grossen Gütern als Erntearbeiter oder als Drescher Erwerb zu suchen. Indes hat diese Bewegung, wie aus den eingelaufenen Fragebogen hervorgeht, bedeutend nachgelassen. Nur aus einigen Orten der Kreise Fulda, Schlüchtern, Gersfeld, Hünfeld und Hersfeld wird gemeldet, dass Arbeiter und namentlich Arbeiterinnen als Saisonarbeiter auf den Gütern in der Nähe von Frankfurt und

¹⁾ Zeitschr. d. Pr. Statist. Bur. 47. Jahrg. 1907, S. 61.

Darmstadt Arbeit nehmen, desgleichen in den Kreisen Hanau, Gelnhausen, Marburg, Kirchhain und Ziegenhain; aus Rinteln und Schmalkalden gehen Arbeiter in die zuckerrübenbauenden Gegenden der Provinz Sachsen. Diese Sitte ist jedoch immer mehr abgekommen und an ihre Stelle ist in erhöhtem Masse die zeitweise Abwanderung in Industriegegenden zur Uebernahme industrieller Arbeiten getreten. Zahlenmässig lässt sie sich nicht feststellen, sie hat aber gewaltigen Umfang angenommen, wenn auch nach den eingegangenen Berichten in den letzten Jahren ein Stillstand oder eine Abnahme zu konstatieren ist. Ueber starke zeitweise Wanderung in das westfälische Industriegebiet berichten vor allem die Kreise Kirchhain, Ziegenhain, Hersfeld, Hünfeld, Gersfeld, Fulda, Schlüchtern, Hofgeismar und Wolfhagen. Aus Marburg gehen viele männliche Arbeiter als Bauhandwerker nach Westfalen, andere, mehr im südlichen Teile des Kreises wohnende, in die Eisenhütten bei Lollar. Rinteln gibt viele Arbeitskräfte an die Ziegeleien von Lippe und die des Rheinlandes ab, desgleichen der Kreis Melsungen und Rotenburg. In der Regel bleiben diese Arbeiter vom 1. April bis 1. Oktober oder 1. November im Industriegebiet. Zahlreiche Arbeiter aus den Kreisen Fulda, Schlüchtern und Gelnhausen fahren Montags in die Städte Frankfurt, Hanau, Offenbach und kehren Samstags zu ihrer Familie zurück; es sind dies die sogenannten „Industriefahrer“.

Die Arbeiter in der Umgegend von Cassel, sowie in der näheren Umgebung von Fulda, Hanau, Marburg und Hersfeld suchen und finden natürlich in den Fabriken dieser Städte hinreichend Arbeitsgelegenheit, wie sich auch das Gros der Bauhandwerker dieser Städte in der Regel aus der Umgegend rekrutiert. Die einschneidende Bedeutung der ganzen geschilderten dauernden und zeitweisen Abwanderungsbewegung wird bei Betrachtung der einzelnen Elemente der ländlichen Arbeiterfrage immer und immer wieder zu Tage treten, ist ja die ländliche Arbeiterfrage aufs innigste mit diesen Erscheinungen moderner Entwicklung verknüpft und ohne sie geradezu unverständlich.



4. Kapitel.

Die Verteilung des Grund und Bodens. Die Parzellenbetriebe und ihre Inhaber.

Die Verteilung des Grund und Bodens innerhalb eines Gebietes ist von ausserordentlicher Bedeutung sowohl für die Organisation des landwirtschaftlichen Betriebes als auch für die soziale Gliederung der Bevölkerung und nicht minder für die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter. Von der Goltz ¹⁾ lässt sich darüber folgendermassen aus: „Nicht nur die ländlichen Verhältnisse überhaupt, sondern speziell auch die Zustände der landwirtschaftlichen Arbeiter sind dort am günstigsten, wo eine Mischung grosser, kleiner und mittlerer Güter sich vorfindet und wo stets Gelegenheit geboten ist, auch ganz kleine zur Ansiedlung von Arbeitern geeignete Bodenparzellen käuflich zu erwerben.“ Nach diesen Gesichtspunkten beurteilt, darf die Verteilung des Grund und Bodens im Reg.-Bezirk Cassel als günstig angesehen werden. Doch muss der jetzige Anteil der einzelnen Besitzkategorien an der landwirtschaftlich benutzten Fläche gewahrt bleiben, weil eine noch weitergehende Zersplitterung des Grundbesitzes die Leistungsfähigkeit des hessischen Bauernstandes in Frage stellen dürfte. Denn bei den der Landwirtschaft nicht gerade günstigen klimatischen und orographischen Verhältnissen des Landes könnte die Entstehung eines Kleinbauernproletariates leicht die Folge sein. Indes hat die Berufs- und Betriebszählung von 1895 ergeben, dass seit der Aufnahme von 1882 ins Gewicht fallende Verschiebungen nicht eingetreten sind, ein Grund zur Besorgnis also nicht vorliegt. Der Grossgrundbesitz ²⁾ umfasst 9,43 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche gegenüber 30,94 % im Bereiche der preussischen Monarchie und 24,08 % im Reiche. Grössere Bedeutung erlangt er nur in den Kreisen Eschwege mit 19,97 %, Hanau mit 19,48 %, Witzenhausen mit 18,92 % und Frittlar mit 15,21 %. Völlig zurück tritt er in Hünfeld mit 1,74 und Schmalkalden mit 2,63 %, ausserdem in den oberhessischen

¹⁾ „Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung“, Danzig 1874, S. 360.

²⁾ Siehe Anhang Tabelle IX.

Kreisen Marburg mit 2,67 % und Kirchhain mit 3,81 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche. Der Grossgrundbesitz spielt also im Regierungsbezirk Cassel eine ziemlich untergeordnete Rolle, seine Erhaltung in dem jetzigen Besitzstande ist allgemein wünschenswert schon mit Rücksicht auf die erzieherische Wirkung, die er auf den Bauernstand notorisch ausübt.

Auch die Besitzgrössenklasse von 20—100 ha, welche die grossbäuerlichen Wirtschaften repräsentiert, erreicht mit einem Anteil von 24,29 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche nicht den Durchschnitt des preussischen Staates mit 32,01 % und des Reiches mit 30,35 %. Einzelne Kreise, wie Fritzlar mit 33,31 %, Marburg mit 34,11 %, Ziegenhain mit 32,40 % sowie Hünfeld mit 38,95 % überschreiten zwar den Staatsdurchschnitt, während andererseits Hanau mit 7,56 % und Gelnhausen mit 8,34 %, Schmalkalden mit 9,04 % und Gersfeld mit 10,91 % erheblich dahinter zurückbleiben. Durchschnittlich entfallen auf jeden grossbäuerlichen Betrieb 30,1 ha. Die Bedeutung dieser Besitzkategorie, die neben dem Grossgrundbesitz am meisten unter der Arbeiternot leidet, ist im Reg.-Bezirk Cassel ebenfalls zurückgedrängt zugunsten der mittelbäuerlichen Wirtschaften (5—20 ha), bei denen das Hauptgewicht der kurhessischen Landwirtschaft liegt. Auf sie entfallen 42,04 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche, während der Anteil dieser Grössenklasse in Preussen nur 24,30 %, im deutschen Reiche 29,90 % beträgt. Mehr als die Hälfte der landwirtschaftlich benutzten Fläche hat der mittelbäuerliche Betrieb inne in den Kreisen Wolfhagen mit 50,23 %, Frankenberg mit 50,59 %, Fulda mit 51,21, Kirchhain mit 54,40 % und Gersfeld mit gar 64,29 %; verhältnismässig schwach vertreten ist er in Witzenhausen mit 29,79 % und Fritzlar mit 30,76 %. Auf jeden Betrieb dieser Klasse entfallen durchschnittlich 9,9 ha. Ein Betrieb von 10 ha ist aber bei den heutigen agrarischen Verhältnissen, der Arbeiternot und den hohen Löhnen noch verhältnismässig günstig gestellt, da er fremde Hilfskräfte in so hohem Masse nicht bedarf. Dazu liegt die lohnende Viehzucht hauptsächlich in den Händen der mittelbäuerlichen Wirtschaften.

Dem kleinbäuerlichen Besitz von 2—5 ha fallen 15,19 % des landwirtschaftlich benutzten Areals zu, gegen 7,84 % in Preussen und 10,11 % im Reiche. An der Spitze steht der Kreis Gelnhausen mit 27,14 %, dann folgt Schmalkalden mit 23,87 %, Hanau mit

22,26 %. Der Kreis Hünfeld nähert sich mit der niedrigsten Ziffer, nämlich 10,17 % ziemlich dem Reichsdurchschnitt.

Sodann erübrigt sich, — was für unseren Zweck hauptsächlich ins Gewicht fällt — noch ein Hinweis auf die Parzellenbetriebe, d. h. auf die Betriebe mit einer landwirtschaftlich benutzten Fläche von 2 ha und weniger. Sie umfassen im Reg.-Bez. Cassel 9,05 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche, in Preussen 4,91 %, im Reiche 5,56 %. Den stärksten Parzellenbesitz weist auf Schmalkalden mit 26,72 %, dann folgt in weitem Abstand Witzenhausen mit 13,72 %, Stadt- und Landkreis Cassel mit 13,39 %, Rinteln mit 12,91 %, Gelnhausen mit 12,24 %, Eschwege mit 11,46 %, Hofgeismar mit 10,15 %. Dagegen bleiben Hünfeld mit 5,02 %, Gersfeld mit 5,10 %, Fulda mit 5,46 % hinter dem Reichsdurchschnitt zurück, während Marburg, Frankenberg, Schlüchtern und Homberg ihn nur wenig überschreiten.

Wie erklärt sich nun die grosse Abweichung der Verteilung des Grund und Bodens von derjenigen des Staats- und Reichsdurchschnittes? Worin sind die Verschiedenheiten innerhalb des Reg.-Bez. Cassel selbst begründet? Unzweifelhaft übt die Bodenbeschaffenheit, die Nähe der Industrie, die allgemeine Verkehrslage, die Dichtigkeit der ackerbautreibenden Bevölkerung grossen Einfluss auf die Verteilung des Grund und Bodens aus. Dazu kommen geschichtliche und rechtliche Momente, wie z. B. Stammesverschiedenheit, Erbrecht und Erbsitte. In letzterer Beziehung sagt von Baumbach¹⁾ hinsichtlich des Reg.-Bez. Cassel: „Ohne natürliche Grenzen, ein Produkt willkürlicher Teilungen und der in einer langen historischen Entwicklung geschlossenen Staats- und Erbverträge umfasst das Kurfürstentum Hessen und der jetzige Reg.-Bez. Cassel verschiedene Stämme, deren Eigenart sich in dem persönlichen Charakter ihrer Angehörigen ebenso als in den herrschenden Sitten, in allen wirtschaftlichen Einrichtungen, im Erbrecht und den Besitzverhältnissen noch erkennbar genug abspiegelt.“ Das geltende Erbrecht war dasjenige des gemeinen Rechtes, das durch das B. G. B. in der Hauptsache unberührt gelassen ist. Hier griff jedoch der gesunde Sinn der Bevölkerung korrigierend ein; die Hessen wandten sich auf dem Wege der Erbsitte dem Anerbenrechte²⁾ zu und

¹⁾ Schriften des Vereins für Sozialpolitik B. 22 „Bäuerliche Verhältnisse in Deutschland“, S. 112.

²⁾ S. Sering, „Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Preussen“, Heft 4, S. 37 ff.

hielten auch an ihm fest, als die Verordnung vom 17. Juni 1828 freie Teilbarkeit der Bauerngüter in Althessen gestattete. Fast zwei Drittel des Gebietes folgen dem Anerbenrecht, die Stabilität der Bodenverteilung erscheint also grösstenteils gesichert. Die Real- oder Naturalteilung griff zuerst im Hanauischen Platz, wo die Solmscher Landordnung von 1571 bei Erbleihgütern die Realteilung zuliess. Sie herrscht ferner aus dem gleichen Grunde im grössten Teile des Kreises Gelnhausen, dann im Kreis Schmalkalden, in 15 Ortschaften des Landkreises Cassel, im grössten Teile von Hofgeismar, Wolfhagen und Eschwege, ferner in einzelnen Ortschaften der Kreise Witzenhausen, Hersfeld, Frankenberg, Kirchhain und Gersfeld. Die ältere Agrargesetzgebung und die Stammesangehörigkeit waren bestimmend. So folgen die Chatten ¹⁾ der Anerbensitte, die Alemannen (Hanau, Gelnhausen, z. T. Frankenberg) sowie die Thüringer (Schmalkalden, Eschwege und Witzenhausen) der Realteilungssitte. Vorstehende Ausführungen erklären zur Genüge die Verschiedenheiten in der Bodenverteilung innerhalb des Reg.-Bez. Cassel selbst. Wenn nun in dem Gebiete gegenüber dem Staats- und Reichsdurchschnitt der mittelbäuerliche Betrieb eine so hervorragende Stellung einnimmt, so ist das darauf zurückzuführen, dass die ursprüngliche hessische Vollhufe nach Meitzen 7,5 ha = 30 Casseler Acker umfasst. Diese Vollhufe war gegen Ende des Mittelalters aus grundherrlichen und fiskalischen Interessen unteilbar, später gestattete das Hufenedikt vom 21. April 1786 die Teilung der Vollhufe in zwei oder vier Teile. Für Entwicklung eines Grossbauernstandes oder gar von Grossgrundbesitz waren also die Voraussetzungen nicht vorhanden.

Die grosse Bodenzersplitterung in Gelnhausen und Hanau (im ersteren Kreise umfasst der Parzellen- und kleinbäuerliche Betrieb 39,38 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche, in Hanau 32,67 %) erscheint völlig unbedenklich. Denn hier herrscht Spatenkultur, die nahegelegenen Städte Hanau, Offenbach, Frankfurt bilden einen guten Absatzmarkt für die Gartenbauprodukte. Die Zersplitterung findet ihre Erklärung einmal in der Realteilungssitte, ausserdem sind zahlreiche Fabrikarbeiter, die ein Häuschen und ein Stückchen Land ihr eigen nennen, auf dem Lande ansässig. Anders liegen die Verhältnisse z. T. im Kreise Schmalkalden. Hier nehmen Parzellen- und Kleinbesitz 50,59 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche ein.

¹⁾ Sering a. a. O. S. 46.

54,4 % der Gesamtfläche des Kreises sind mit Wald bedeckt, die Bevölkerung ist ausserordentlich dicht, 135 Personen pro qkm. Die durch den Wald eingeengte Kulturlfläche drängt naturgemäss zur Aufteilung. Ueberhaupt hat der Waldreichtum des Reg.-Bez. Cassel (39,2 % der Gesamtfläche) sicherlich im Sinne der Bodenzerpflitterung gewirkt wie ebenso anderseits der nicht unerhebliche fiskalische, kommunale etc. Besitz (1872: 3749,13 qkm von insgesamt 10 114,76 qkm) dieselben Folgen gezeitigt hat.

Fassen wir nun näher die Parzellenbetriebe und ihre Inhaber, die uns im vorliegenden Falle besonders interessieren, ins Auge. 1895 zählte der Reg.-Bez. Cassel 69 746 Parzellenbetriebe = 58,47 % aller landwirtschaftlichen Betriebe, mit 9,05 % der landwirtschaftlich benutzten Fläche. Die durchschnittliche Grösse eines Parzellenbetriebes beträgt 0,65 ha, sie schwankt zwischen durchschnittlich 0,51 ha im Landkreise Cassel und 0,85 ha im Kreise Frankenberg. In den echt ländlichen Kreisen wie Gersfeld, Hünfeld, Frankenberg, Homberg, Wolfhagen, Kirchhain, Ziegenhain, Schlüchtern nimmt der Parzellenbesitz, was für die ländlichen Arbeiterverhältnisse ins Gewicht fällt, bei weitem leider nicht die Stellung ¹⁾ ein, wie in den industriellen Kreisen Cassel, Hanau, Schmalkalden, Witzenhausen. Auch die Kreise Marburg und Fulda, in denen immerhin die Landwirtschaft überwiegt, weisen nur einen verhältnismässig geringen Parzellenbesitz auf. Diese Feststellungen geben uns schon einen Fingerzeig für die Berufsstellung der Inhaber der Parzellenbetriebe. Es würde für die hessische Landwirtschaft keine Arbeiterfrage geben, wenn die Inhaber dieser Betriebe alle oder doch in der Mehrzahl landwirtschaftliche Tagelöhner wären. Dem ist aber nicht so. Nur 34 % der Parzelleninhaber sind hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig, gegenüber 40,28 % in Preussen und 38,73 % im Reiche. Von diesen 34 % sind 14,89 % selbstständige Landwirte, 19,2 % unselbstständig, in Preussen 14,71 % bzw. 25,57 %, im deutschen Reiche 17,43 % bzw. 21,30 %. Die Anteilnahme der unselbstständig in der Landwirtschaft Tätigen an den Parzellenbetrieben ist also verhältnismässig gering, eine Erscheinung, die für die hessische Landwirtschaft nicht gerade günstig ist. Das Gros der Inhaber der Parzellenbetriebe stellt die Industrie mit 41,73 %, darunter 19,01 % Selbständige, in Preussen 14,18 %, im Reich 16,51 %

¹⁾ Siehe Anhang Tabelle IX.

und 22,72 % (24,13 bzw. 22,95 %) unselbständig in der Industrie Tätigen. Die übrigen¹⁾ Inhaber der Parzellenbetriebe verteilen sich auf Gärtnerei, Handel, Verkehr, Gast- und Schankwirtschaft usw. Die grosse Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden mit Parzellenbesitz erklärt sich daraus, dass der Reg.-Bez. Cassel ungemein reich an kleinen Landstädten (ca. 60) ist, in denen ausserdem meistens die Realteilungssitte herrscht. Die in der Industrie unselbständig tätigen Parzellenbesitzer sind meistens Fabrikarbeiter; im Kreise Schmalkalden, wo die Kleineisenindustrie herrscht, sind es auch vielfach Hausindustrielle.

Ueberblicken wir noch einmal die Grundbesitzverteilung, so muss sie im grossen und ganzen als unter heutigen Verhältnissen keinesfalls schädlich bezeichnet werden. Kommt auch die ansehnliche Stellung des Parzellenbesitzes in erster Linie nicht der Landwirtschaft zugute, indem er ihr etwa zahlreiche Arbeitskräfte zur Verfügung stellte, so ist anderseits der kleinbäuerliche Betrieb immerhin so stark vertreten, dass er den mittleren und grösseren Betrieben Kräfte, die er selbst nicht verwerten kann, liefert, wenn freilich auch nicht in dem Masse, wie es wünschenswert wäre und der Bedarf es erfordert. Daneben ist nicht zu vergessen, dass die Parzellenbetriebe, soweit ihre Inhaber nicht hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig sind, in der Zeit dringender Arbeit der Landwirtschaft zahlreiche zeitweilige Aushilfskräfte zuzuführen vermögen.

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle X.



II. Abschnitt.

Die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter nach der Erhebung vom 8. Februar 1908.

1. Kapitel.

Gruppierung der der kurhessischen Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte.

Es ist in der Natur der Landwirtschaft begründet, dass ihr Bedarf an Arbeitskräften sich nicht gleich bleibt, sondern zur Zeit der Vegetationsperiode, die im Gebiet des Reg.-Bez. Cassel auf die Zeit von Mitte April bis Mitte Oktober eingeschränkt ist, erheblich anschwillt, um dann für die Wintermonate bedeutend herabzugehen. Hierin ist die Landwirtschaft der Industrie gegenüber erheblich im Nachteil. Im Einzelnen ist dann für den Arbeiterbedarf von Bedeutung die Grösse des Betriebes ¹⁾ sowie die Wirtschaftsweise. Der Parzellenbesitzer wird dort, wo ein gartenmässiger Anbau nicht stattfindet, seine Arbeitskraft zeitweise grösseren Besitzern zur Verfügung stellen können. Die durchschnittliche Grösse eines Parzellenbetriebes beträgt im Reg.-Bez. Cassel 0,65 ha, natürlich treten lokal grosse Verschiedenheiten zu Tage. Auch der kleinbäuerliche Betrieb wird in der Regel ohne fremde Arbeitskräfte wirtschaften. Hier stellen der Inhaber und seine Angehörigen die hauptsächlichsten Arbeitskräfte. Der mittelbäuerliche Betrieb dagegen kann der fremden Arbeitskräfte nicht immer entraten. Gesinde und zeitweise Tagelöhner müssen herangezogen werden. Der grossbäuerliche Betrieb und der Grossgrundbesitz basieren in der Hauptsache auf fremden Arbeitskräften, der Inhaber arbeitet beim Grossgrundbesitz fast immer, beim grossbäuerlichen Betrieb häufig nicht mehr selbst mit, sondern beschränkt sich auf die Aufsicht und Leitung.

¹⁾ 1895 gab es im Reg.-Bez. Cassel 69746 Parzellenbetriebe, 23790 Betriebe von 2—5 ha, 21431 Betriebe von 5—20 ha, 4073 Betr. von 20—100 ha, 268 Betr. v. 100 ha und mehr.

Die Landwirtschaft bedarf nach dem Gesagten also der ständigen Arbeitskräfte, wie sie ihr in den Besitzern selbst, deren Angehörigen, dem Gesinde und den kontraktlich gebundenen oder ständigen Tagelöhnern sowie den freien Tagelöhnern zu Gebote stehen, andererseits muss sie für die arbeitsreichere Zeit der Feldbestellung und der Ernte noch weitere Kräfte für den jeweiligen Bedarf an sich ziehen können. Diese Hilfskräfte rekrutieren sich aus den sogenannten Wanderarbeitern, die neuerdings immer mehr und mehr an Bedeutung gewinnen und hauptsächlich aus dem Ausland bezogen werden, aus den Parzellenbesitzern, die hauptberuflich zwar nicht in der Landwirtschaft tätig sind, in der dringendsten Zeit aber doch häufig den Landwirten aushelfen, und anderen Arbeitskräften.

Fassen wir nun die Gruppierung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ins Auge, wie sie sich aus der Berufs- und Betriebszählung ¹⁾ von 1882 und 1895 ergibt und wie sich ihre Weiterentwicklung auf Grund unserer Enquete vermuten und in etwa bestimmen lässt. Am meisten fällt auf der kolossale Rückgang der landwirtschaftlichen Tagelöhner, ihre Zahl ist in dem Zeitraum von 13 Jahren um nicht weniger als 13663 gesunken, nämlich von 41957 auf 28294, d. h. um 32,5 %. Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Tagelöhner für die Landwirtschaft mindert sich immer mehr. Unter den 1895 gezählten 28294 Tagelöhnern befanden sich 15720 Männer und 12574 Frauen, 13171 bewirtschafteten eigenes oder gepachtetes Land, während 15123 grundbesitzlos waren. Welche Kategorie, die männlichen oder die weiblichen, die grundbesitzenden oder die grundbesitzlosen an dem Rückgang hauptsächlich beteiligt sind, lässt sich nicht feststellen, da die Statistik von 1882 keinen Anhalt dafür gibt. Sicherlich sind es die Männer, vor allem die grundbesitzlosen Tagelöhner, die dem Land den Rücken gekehrt haben. Dass diese Abwanderung seit 1895 nicht aufgehört hat und auch heute noch anhält, geht unzweideutig aus den Fragebogen hervor. „Tagelöhner, die ausschliesslich in der Landwirtschaft tätig sind, sind überhaupt hier nicht mehr anzutreffen“, sagt ein Bericht aus dem Kreise Hünfeld. Ähnlich heisst es aus dem Landkreise Hanau: „Landwirtschaftliche Tagelöhner gibt es hier nicht“ und aus Gersfeld: „Eigentliche Tagelöhnerfamilien, die sich nur vom Tagelohn ernähren, sind hier nicht vorhanden.“ Es ist anzunehmen,

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle VI.

dass zu den 37 548 Personen,¹⁾ die in den Jahren 1895/1900, und zu den 16 109 Personen, die in den Jahren 1900/1905 aus den ländlichen Kreisen Hessens abwanderten, gerade die landwirtschaftlichen Tagelöhner ein erhebliches Kontingent stellen. Denn nur so ist ihr fast völliges Verschwinden zu erklären. Kontraktlich gebundene Tagelöhner, wie sie der Osten in den Instleuten, Westfalen in den Heuerlingen besitzt, sind im Reg.-Bez. Cassel nicht vorhanden.

Auch das landwirtschaftliche Gesinde hatte 1895 gegenüber 1882 einen Rückgang zu verzeichnen. Während der Reg.-Bez. Cassel 1882 an landwirtschaftlichem Gesinde noch 23 254 Knechte und Mägde zählte, waren es 1895 bloss 22 161, also 1093 weniger. Die Zahl der Knechte hat sich von 13 351 im Jahre 1882 auf 11 442 im Jahre 1895, d. h. um 14,3 % verringert, die der Mägde sich von 9 903 auf 10 719 erhöht, sie hat aber den Verlust an Knechten weder zahlenmässig noch physisch ganz ersetzt. Die Entwicklung scheint auch in dieser Richtung weiter zu gehen, wenigstens wird in den Fragebogen über die Schwierigkeit, namentlich stärkere Knechte zu bekommen, häufig Klage geführt. So heisst es z. B. aus dem Kreise Rinteln: „Es fehlt an grösseren Knechten“. Aehnliches besagen die Jahresberichte der Landwirtschaftskammer in Cassel: „Knechte und Mägde sind auch für hohen Lohn fast nicht zu haben, insbesondere für den bäuerlichen Betrieb.“²⁾

Dieser Ausfall von 14 756 Arbeitskräften musste naturgemäss wieder ausgeglichen werden. Ein Mittel, um Ersatz zu schaffen, war nun gegeben in der stärkeren Heranziehung der Familienangehörigen. Eine solche ist denn auch tatsächlich zu verzeichnen. Während 1882 32 842 Familienangehörige gezählt wurden, die in der Wirtschaft des Haushaltungsvorstandes tätig waren, wurden 1895 40 803 solcher Personen, mithin 7 761 mehr gezählt. Das ist aber nur etwas über die Hälfte der Einbusse an Tagelöhnern und Gesinde. Die Zunahme ist hauptsächlich dadurch zu erklären, dass auch die Zahl der Selbständigen zugenommen hat und zwar ist sie von 42 350 im Jahre 1882 auf 49 579 im Jahre 1895, mithin um 7 229 gestiegen. Die Zunahme der Selbständigen ist vor allem dem Parzellen-, Klein- und Mittelbesitz zugute gekommen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Hauptbetriebe, deren Inhaber also selbständige Landwirte im Hauptberuf sind, betrug in der Klasse

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle VII.

²⁾ Jahresbericht der Landwirtschaftskammer zu Cassel, 1905/06. S. 65.

1—2 ha 1882 4346, 1895 5381, d. h. 1035 oder 23,82 % mehr, in der Klasse 2—5 ha 1882 12855, 1895 14624, d. h. 1769 oder 13,76 % mehr, in der Klasse 5—20 ha 1882 18075, 1895 19449 oder 1374, d. h. 7,60 % mehr. Die grossbäuerlichen und Grossbetriebe haben dagegen eine kleine Abnahme zu verzeichnen. Da nur 248 Grossbetriebe in der Statistik angeführt sind, die 3938 grossbäuerlichen Hauptbetriebe aber nur eine durchschnittliche Grösse von 30 ha besitzen, so darf angenommen werden, dass die Selbstständigen fast durchweg alle selbst mittätig sind.

Insgesamt waren 1895 145 448 Personen hauptberuflich in der Landwirtschaft innerhalb des Reg.-Bez. Cassel erwerbstätig, gegen 144 996 im Jahre 1882, es ist also eine kleine Zunahme zu konstatieren. Von diesen 145 448 Personen entfielen auf die Selbstständigen 34,73 % (in Preussen 29,38 %), auf das Verwaltungspersonal 0,66 % (1,31 %), auf Knechte und Mägde 15,69 % (19,30 %), Familienangehörige 28,89 % (20,61), Tagelöhner mit Grundbesitz 9,2 %, Tagelöhner ohne Grundbesitz 10,3 %. Es kamen auf 3,5 ha Wirtschaftsfläche (zusammen circa 500 000 ha) 1 menschliche Arbeitskraft. Nach v. d. Goltz¹⁾ würde dieses Verhältnis einen extensiven Betrieb bei mittelmässigem Boden ermöglichen. Wenn trotzdem die hessische Landwirtschaft intensiv betrieben wird, so ist dies einmal der starken Benutzung landwirtschaftlicher Maschinen und andererseits der Heranziehung von anderweitigen Hilfskräften zu verdanken. Unter letzteren sind an erster Stelle die Wanderarbeiter zu nennen, die für die deutsche Landwirtschaft unentbehrlich geworden sind. Es sind russische Polen, daneben Galizier und neuerdings auch Südungarn. Nach einer Mitteilung der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau an den Verfasser betrug die Zahl der Wanderarbeiter im Reg.-Bez. im Jahre 1906 3241, darunter 1563 männlichen und 1678 weiblichen Geschlechts, nach der Staatsangehörigkeit 2911 Russen, 330 Oesterreicher, sämtlich polnischer Abstammung. Sie kommen fast ausschliesslich nur für den Grossgrundbesitz in Betracht, da sie stets in grösserer Anzahl zusammenzuarbeiten pflegen. Sind sie wirtschaftlich einstweilen für absehbare Zeiten unentbehrlich, so bilden sie gleichwohl vom sozialen wie kulturellen Standpunkt aus eine grosse Gefahr.

Die bis jetzt behandelten Arbeiterkategorien suchen hauptberuflich ihren Unterhalt in der Landwirtschaft. Dazu tritt eine buntscheckige Schar von Leuten, die nur ausnahmsweise, nur ge-

legentlich, um Fahren umsonst oder zu einem ermässigten Preise sich leisten zu lassen, in dringenden Fällen dem mittleren und grösseren Landwirt sich zur Verfügung stellt. An erster Stelle sind hier zu nennen die selbständigen Parzellen- und die Kleinbesitzer. 10388 Parzellenbesitzer waren 1895 hauptberuflich selbständige Landwirte; ihr Besitztum nimmt häufig ihre ganze Arbeitskraft nicht in Anspruch, sodass sie den grössern Besitzern aushelfen, mitunter nur, um von diesen dafür Gespanndienste zu erlangen. Das gleiche gilt, wenn auch vielleicht nicht in demselben Umfange, von den 14624 selbständigen Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe von 2—5 ha. So heisst es z. B. in einem Berichte aus dem Kreise Hanau: „Landwirtschaftliche Tagelöhner gibt es hier nicht, nur in Ausnahmefällen hilft einmal einer aus, vielleicht ein Sohn eines kleinen Landwirtes oder auch dieser selbst. Auch fahren manchmal die Pferdebesitzer für die Kuhbauern, die dann Gegendienste leisten“. Aehnlich heisst es aus Kirchhain: „Rein landwirtschaftliche Arbeiter sind hier nicht zu haben, sondern nur aus Gefälligkeit zur Aushilfe an einigen Tagen“. Auch in diesem Falle sind solche Parzellen- und Kleinbesitzer gemeint, die sich eigentlich in ihrem Betrieb für „unabkömmlich“ halten und nur ausnahmsweise auf Tagelohn arbeiten. Doch sind sie immerhin ein letzte Zuflucht für den grösseren Landwirt. Dazu kommt dann weiter, dass namentlich in Gegenden mit starkem mittelbäuerlichem Besitz die Landwirte sich vielfach beim Mähen, Dreschen, Ernteeinfahren usw. gegenseitig aushelfen. In fast allen eingelaufenen Berichten findet sich diese Erscheinung verzeichnet. So heisst es z. B. aus dem Kreise Rotenburg: „Kleine Landwirte helfen sich durchschnittlich pro Jahr mit 10 Arbeitstagen aus“ oder „Die Landwirte müssen sich öfters gegenseitig aushelfen“. Ebenso sagt ein Bericht aus Kirchhain: „Die kleinen Landwirte helfen sich gegenseitig aus“. Desgleichen berichtet ein Landwirt aus dem Kreise Hersfeld: „Es ist meistens üblich, dass die kleinen Landwirte sich gegenseitig aushelfen.“ Die vorstehend angeführten Beispiele liessen sich noch um Dutzende vermehren.

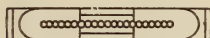
Für die Landwirte kommen als Hilfskräfte eventuell noch in Betracht die Parzellen- und Kleinbesitzer, die hauptberuflich im Gewerbe, Verkehr, in Handel und Industrie usw. selbständig und unselbständig tätig sind. Ihre Zahl belief sich 1895 auf ca. 44650 Parzellen- und 7883 Kleinbesitzer. Dass sie in der Tat oft, namentlich in der Erntezeit, zur Aushilfe herangezogen werden, geht aus

den Fragebogen unzweideutig hervor. So heisst es in einem Bericht aus dem Kreise Hünfeld: „Vorübergehend tagelöhnern auch Handwerker.“ Und aus dem Kreise Gelnhausen: „Aushilfsweise arbeiten solche Bauernsöhne und -Töchter bei grösseren Bauern, die sonst meist zu Hause oder in der Zigarrenfabrik arbeiten“. Ebenso schreibt ein Landwirt aus dem Kreise Rinteln: „Zur Zeit der Ernte müssen von den sonst auf die Ziegelei oder Fabrik gehenden Arbeitern einige Tage Erntearbeit geleistet werden für Gespannarbeiten, Miete, Bestellung von einigen Morgen Pachtlandes.“ Dieselbe Mitteilung findet sich auch aus anderen Kreisen. Vielfach sind es auch Halbinvaliden und Rentenempfänger, die sich für die Beschäftigung in der Industrie nicht mehr eignen und nun in der Landwirtschaft noch etwas zu verdienen suchen. „Die männlichen Arbeiter sind meistens Rentenempfänger“, besagt ein Bericht aus Wolfhagen. Die buntscheckige Schar dieser zeitweiligen Aushilfskräfte wird noch vergrössert durch die Frauen der Tagelöhner, der Industriearbeiter usw. Aber ihre Bedeutung tritt immer mehr zurück. Die Frauen der Tagelöhner usw. arbeiten, so kann man fast in jedem Bericht lesen, „fast nie“, „überhaupt nicht“, „nur zur Ernte und Hackzeit“, „nur sehr selten“, „wenn sie selbst keine Arbeit haben“, „wenn nicht häusliche Verhältnisse es verhindern“, in der Landwirtschaft. Vom sozialen und erzieherischen Standpunkte ist diese Erscheinung durchaus zu begrüßen. Sie gewährleistet eine ordentliche Haushaltsführung und geregelte Kindererziehung auch bei den unteren Schichten. Der Grund ist zu suchen in dem guten Einkommen des Mannes, der seine Familie allein zu ernähren vermag. So heisst es in einem Berichte aus dem Kreise Kirchhain: „Die Arbeiter gehen meistens nach Westfalen, die Frauen derselben haben wegen der dortigen hohen Verdienste das Tagelöhnern nicht mehr nötig, mithin sind die Bauern auf ihre eigenen Kräfte angewiesen.“ Dass Tagelöhnerfrauen regelmässig auf Lohnarbeit gehen, wird nur aus den Kreisen Marburg und Ziegenhain aus einigen Ortschaften berichtet. Die Regel ist, dass sie ihr eigenes Besitztum, sofern solches vorhanden ist, bearbeiten und nur tagelöhnern, um die nötigen Fuhren etc. abzuverdienen. So heisst es aus dem Landkreise Hanau: „Man kann nur Tagelöhnerinnen zur Aushilfe bekommen, wenn man den Ehemännern, welche in die Fabriken gehen, die Aecker mitbewirtschaftet.“ Aus Rotenburg: „Es kommen hier nur weibliche Angehörige von landbesitzenden Eisenbahnarbeitern in Betracht, dieselben erhalten pro Tag 60 Pfennige

und Kost sowie ca. $\frac{1}{3}$ Acker Kartoffelland, ausserdem werden ihnen Fuhren und Bestellungsarbeiten zum geringen Preise geleistet. „Die Belege liessen sich noch beliebig vermehren. Die Kinderarbeit, die ja durch den allgemeinen Schulzwang schon an und für sich beschränkt ist, hat für die Landwirtschaft im Reg.-Bez. Cassel nur untergeordnete Bedeutung, zumal Halbtagschulen fast nirgends existieren. Kinder werden nur zum Rübenverziehen und zum Kartoffellesen verwendet, Tätigkeiten, die gerade in die Ferienzeit fallen. Meistens wird Kinderarbeit überhaupt nicht erwähnt, aus dem Kreise Hanau, aus Fritzlar und Rinteln wird berichtet, dass „Kinder nur zum Rübenverziehen“ herangezogen werden. Aus dem Kreise Fulda sagt ein Bericht: „Die Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren sind nur in dringendster Zeit und nur bei einem Taglohn von 1 Mk. zu haben.“ „Kinder werden fast nie, nur beim Verziehen der Zuckerrüben herangezogen“, schreibt ein Berichterstatter aus dem Landkreise Cassel. Die Kinderarbeit kommt also erfreulicherweise kaum in Frage, Gefahren für die Gesundheit und Sittlichkeit dürften die Beschäftigungen, zu denen die Kinder herangezogen werden, kaum bringen. Nicht unbedenklich ist es dagegen von diesem Gesichtspunkte aus, wenn aus dem Kreise Schlüchtern berichtet wird, dass Knaben als „Hütejungen“ Verwendung finden. Als letzte Kategorie von Aushilfskräften kommen endlich die „Handwerksburschen“ in Betracht. Zum grössten Teile für anstrengende Arbeit unbrauchbar und deshalb von der Industrie abgeschoben, werden sie von der Landstrasse und aus den Herbergen herbeige Holt, um für einige Tage in der Landwirtschaft mitzuhelfen. Meistens halten sie es nicht lange aus, als eigentliche Arbeiterkategorie sind sie nicht anzusprechen, es ist aber für die ländlichen Verhältnisse überaus bezeichnend, dass die Landwirtschaft, um dem dringendsten Bedarf gerecht zu werden, auf diese in der Regel arbeitsscheuen und sittlich zweifelhaften Leute zurückgreifen muss.

Ueberblicken wir das Gesagte noch einmal, so ergibt sich, dass der Kern der landwirtschaftlich Erwerbstätigen immer stärker zusammen zu schmelzen droht, dass auch die Quellen, aus denen die Landwirtschaft zunächst Ersatz und Aushilfe zu schöpfen pflegte, mehr und mehr versiegen; gewiss ein unerfreuliches, trübes Bild; dem steht freilich die Zunahme der Selbständigen in den unteren und mittleren Betriebsgrössen als eine erfreuliche Erscheinung gegenüber. Die Arbeiternot zwingt dazu, die Betriebe zu verkleinern, sie

möglichst auf einen solchen Stand zu bringen, dass fremde Arbeitskräfte ganz oder teilweise entbehrlich werden. Dass eine solche an sich kaum beklagenswerte Tendenz vorliegt, ergibt sich aus der Statistik von 1895. Auch in den eingelaufenen Berichten werden Abverkäufe erwähnt, die zu dem Zwecke stattfanden, die Bewirtschaftung des Gutes zu erleichtern. So sagt ein Bericht aus dem Kreise Rotenburg: „Parzellierungen haben stattgefunden aus Mangel an Betriebsmitteln bezw. den nötigen Arbeitskräften“. Aus dem Kreise Marburg sagt ein Bericht: „Der Besitzer hat einen Teil seiner Liegenschaften verkauft, um sich die Arbeit zu erleichtern.“



2. Kapitel.

Lohn und Einkommen der freien landwirtschaftlichen Tagelöhner.

1. Die Löhne.

Im vorhergehenden Abschnitte haben wir die die ländlichen Arbeiterverhältnisse mitbestimmenden und beeinflussenden Tatsachen im allgemeinen dargelegt. Jetzt ist es unsere Aufgabe, der Einwirkung genannter Faktoren im einzelnen nachzuspüren, ihren Einfluss auf den Lohn, die Stellung und die Gesamtlage der ländlichen Arbeiter zu schildern. So wichtig die Grundbesitzverteilung auch für die Gliederung der in der Landwirtschaft hauptberuflich Erwerbstätigen und die soziale Stellung der Landarbeiterklasse sein mag, für die Höhe des Lohnes ist sie von keiner oder doch nur untergeordneter Bedeutung. Von der Goltz¹⁾ glaubte, auf Grund der Ergebnisse der Enquête von 1873 den Satz aufstellen zu dürfen: „Es tritt die Wirkung eines allgemeinen Gesetzes deutlich zu Tage, dass dort, wo der grosse und geschlossene Grundbesitz besonders stark vertreten ist, die Löhne verhältnismässig höher sind als dort, wo auch der bäuerliche und kleine Besitz zahlreicher vorhanden ist.“ Demgegenüber hat schon Frankenstein²⁾ nach den Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1892 nachgewiesen, dass von einem „allgemeinen Gesetz“, wie v. d. Goltz es annimmt, keine Rede sein kann. Auch unsere Erhebungen haben für die Richtigkeit der von v. d. Goltz aufgestellten Behauptung keinen Anhalt ergeben. Die Gutsgrösse ist für die Höhe des Lohnes kaum von Bedeutung.

Wenn anderseits die Löhne der ständig beschäftigten Tagelöhner, die auf den grösseren Gütern mehr zu finden sind als in den bäuerlichen Wirtschaften, etwas niedriger sind, als die der vorübergehend beschäftigten, so ist das eine ganz natürliche Erscheinung. Das Mehr des nur vorübergehend Beschäftigten ist eine Art Sicherung für den Tag, den er vielleicht ohne Arbeit zubringen muss, während der

¹⁾ „Die Lage der Arbeiter im Deutschen Reich“, Berlin 1875, S. 468.

²⁾ „Die Arbeiterfrage in der deutschen Landwirtschaft“, Berlin 1893, S. 213.

Arbeiter, dem ständige Beschäftigung und damit ein sicheres Einkommen verbürgt ist, dafür gern einen niedrigen Lohn in Kauf nimmt. Ehe wir aber in diese Dinge näher eindringen, ist es nötig, die Grundsätze zu erläutern, die bei der Aufstellung der Lohn Tabellen befolgt wurden. Um über die Fülle der Zahlen eine Uebersicht zu gewinnen, um Vergleiche mit früheren Erhebungen zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, war es nötig, aus der grossen Zahl der eingegangenen Berichte Durchschnittsziffern zu ermitteln. Um die Lohnbewegung darzustellen, wäre es möglich gewesen, die Orte nebeneinander zu stellen, aus welchen sowohl für 1892 als auch für 1907 Angaben vorliegen. Allein einer solchen Methode würden grosse Mängel anhaften; einmal ist die Erhebung von 1892 für den Reg.-Bezirk Cassel nur äusserst dürftig, sodass eine völlige Ausnutzung unseres reichlichen Materials unterbunden würde; anderseits würden die lokalen Unterschiede zu sehr in den Vordergrund gedrängt. Es wurde deshalb folgender Weg eingeschlagen: Die unsicheren Angaben, die Extreme nach oben und unten, wurden ausser Acht gelassen, die am häufigsten vorkommenden Löhne wurden als Durchschnittslöhne angenommen. So dürfte das durch die Tabellen gegebene Bild die tatsächlichen Verhältnisse im grossen und ganzen richtig widerspiegeln. Vielfach fehlen Angaben über die Löhne der ständigen Tagelöhner, was bei dem vorherrschend bäuerlichen Besitz nicht zu verwundern ist. Ferner decken sich häufig die Löhne der ständig beschäftigten Tagelöhner mit denen der nur vorübergehend Beschäftigten. Die Erscheinung dürfte dadurch zu erklären sein, dass auch die als „ständig beschäftigt“ angesehenen Tagelöhner nur gewisse Zeiten, nicht aber das ganze Jahr über, bei ein- und demselben Bauern in Arbeit stehen. Der „ständig“ beschäftigte Tagelöhner findet sich fast nur auf den grösseren Gütern, deren Zahl aber gering ist (im Regierungsbezirk Cassel gibt es 268 Güter über 100 ha).

Fassen wir nun die Löhne der ständig beschäftigten landwirtschaftlichen Tagelöhner ins Auge, so lassen sich ungefähr folgende Lohngruppen¹⁾ bilden; der unbeköstigte männliche Tagelöhner erhält im Sommer durchschnittlich pro Tag: M 2,— und weniger, in den Kreisen Rotenburg (1,80), Wolfhagen (M 2,—) und Eschwege (M 1,80), M 2,25 in den Kreisen Schmalkalden, Rinteln, Gersfeld und Hofgeismar, M 2,50 in den Kreisen Cassel, Fritzlar,

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle XI.

Homberg, Marburg, Kirchhain, Ziegenhain, Hersfeld, Hünfeld und Hanau. M 2,75 in den Kreisen Schlüchtern und Melsungen. M 3,— in den Kreisen Fulda und Gelnhausen. Ueber den Satz von M 3,— hinaus geht im Durchschnitt kein Kreis. Vergleichen wir damit die von Dr. Frankenstein¹⁾ für 1882 gegebenen Zahlen, so tritt eine wesentlich andere Gruppierung ein. Den niedrigsten Satz wies damals auf Schmalkalden mit M 1,—, dann folgte Rinteln mit M 1,25 (genauer M 1,30); M 1,50 und weniger wiesen auf: Gersfeld und Wolfhagen mit je M 1,40, Eschwege, Fritzlar, Rotenburg und Witzenhausen, Ziegenhain, Hünfeld; M 1,75 war der Durchschnittssatz in Hofgeismar, Melsungen, Kirchhain und Gelnhausen, M 2,— in Schlüchtern, Hanau, Fulda und Homberg, M 2,25 in Marburg und M 2,50 in Cassel. Die Industriekreise (abgesehen von Schmalkalden) und die Kreise, in denen etwas grössere Städte gelegen sind, hatten 1892 die höchsten Löhne. 1907 ist diese Abstufung nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die ländlichen Kreise sind in höhere Lohnstufen eingerückt, die einen allerdings in weit höherem Grade als die anderen. Es hat sich ein Ausgleich zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Kreisen vollzogen. Ueber die normale Zunahme hinaus gestiegen sind die Löhne einmal in denjenigen Kreisen, in denen die Industrie mehr an Bedeutung gewonnen hat, oder die eine besonders günstige Verkehrslage haben, so in Gelnhausen um 65%, dann aber auch in den Kreisen, die 1892 noch einen besonders niedrigen Lohnsatz aufweisen. So beträgt z. B. die Zunahme gegen 1892 65% in den Kreisen Fritzlar, Ziegenhain, Hersfeld und Hünfeld, 60% in Gersfeld, 55% im Kreise Melsungen. Diese Kreise hatten 1892 einen verhältnismässig niedrigen Durchschnittssatz. Um M. 1,— und mehr sind die Löhne gestiegen in Fritzlar, Ziegenhain, Fulda, Hünfeld, Gelnhausen, Schmalkalden, um 95—75 Pfennige in den Kreisen Melsungen, Schlüchtern, Gersfeld und Rinteln. Um 50—75 Pfennige in Homberg, Hofgeismar (je 50), Wolfhagen (60), Kirchhain (70), Hanau (50), Schlüchtern (75), in Eschwege und Rotenburg dagegen nur um M 0,30, in Marburg um 0,25 = 10%, im Landkreis Cassel ist sogar der Durchschnittssatz völlig gleich geblieben, nämlich M 2,50 1892 und 1907. Die Tendenz der Lohnbewegung geht also auf einen Ausgleich der einzelnen Kreise hinaus. Durchschnittlich sind die Löhne der ständig beschäftigten Tagelöhner um 43% gestiegen, die

¹⁾ Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 54 S. 373—380.

Steigerung ist sogar etwas (3%) höher als bei den zeitweise beschäftigten Tagelöhnern¹⁾. Diese in etwa eigentümliche Erscheinung ist darauf zurückzuführen, dass die Löhne der ständig beschäftigten Tagelöhner 1892 mancherorts noch sehr niedrig waren²⁾, die Tendenz einer Lohnsteigerung hier also in verschärftem Masse zu Tage treten musste.

Wenden wir uns nunmehr den Löhnen der zeitweise beschäftigten Tagelöhner zu³⁾. Die unbeköstigten, zeitweise beschäftigten Tagelöhner erhielten 1892 einen Sommertagelohn von circa M 1,50 in den Kreisen Gersfeld (1,40), Wolfhagen, Hünfeld (1,60) und Rotenburg. M 1,75 war der Durchschnittssatz in Melsungen und Fritzlar (1,85). M 2,— erhielt ein solcher Tagelöhner in Kirchhain und Ziegenhain, M 2,25 in Hersfeld, M 2,50 in Cassel, Marburg, Fulda, Hanau, Schlüchtern und Gelnhausen. Nach der Erhebung von 1907 können wir folgende Abstufungen vornehmen. M 2,— ist der Durchschnittssatz in Wolfhagen und Hünfeld, M 2,25 in Schmalkalden, Hofgeismar und Hersfeld, M 2,50 in Rotenburg, Marburg, Gersfeld, M 2,75 in Cassel, Homberg, Kirchhain, Ziegenhain, Rinteln, M 3,— in Fritzlar, Melsungen, Gelnhausen und Schlüchtern, M 3,50 in Fulda und Hanau. Die Löhne der zeitweise beschäftigten Tagelöhner weisen also einen ähnlichen Aufbau auf wie die der dauernd beschäftigten. 1892 ist der Unterschied zwischen rein ländlichen Kreisen einerseits und industriellen sowie Kreisen, die eine grössere Stadt aufzuweisen haben, anderseits, leicht zu erkennen. Erstere haben die niedrigen, letztere die hohen Löhne. 1907 ist dieser Unterschied völlig beseitigt oder doch nur noch kaum zu erkennen. Die niedrigsten Löhne haben noch Wolfhagen und Hünfeld mit je M 2,—. Die Zunahme gegen 1892 betrug in diesen Kreisen 35 bzw. 20%, während der Durchschnittssatz 40% ist. Fritzlar, Melsungen, Rotenburg und Gersfeld weisen eine Steigerung um 65—75% auf. Es stimmt das überein mit dem rapiden Wachsen der Löhne der dauernd beschäftigten Tagelöhner in diesen Kreisen. Nur in Rotenburg zeigen die Löhne der dauernd beschäftigten Tagelöhner ein geringes Anwachsen (um M. 0,30 = 20%) gegenüber

¹⁾ Siehe Zeile 29.

²⁾ In 9 Kreisen betrug der Sommertagelohn für ständig beschäftigte Tagelöhner ohne Kost 1892 M 1,50 und weniger, für zeitweise beschäftigte nur in 2 Kreisen.

³⁾ Siehe Anhang, Tabelle XII.

der Lohnsteigerung der nur zeitweise beschäftigten ($1 \text{ M} = 75\%$). Ueberhaupt nicht gestiegen sind die Löhne der zeitweise beschäftigten Tagelöhner in den Kreisen Marburg und Hersfeld, nur unbedeutend sind sie gestiegen in den Kreisen Cassel (um $0,25 \text{ M} = 10\%$), Hünfeld, Gelnhausen und Hanau (um $0,40 \text{ M}$ bzw. $0,50 \text{ M} = 20\%$). Ein Lohnrückgang ist nirgends zu konstatieren. In Melsungen sind die Löhne der zeitweise beschäftigten Tagelöhner in dem Zeitraum von 15 Jahren gestiegen um $\text{M } 1,25$, in Fritzlar um $1,15 \text{ M}$, in Gersfeld um $\text{M } 1,10$, in Fulda und Hanau um $\text{M } 1,—$. Gersfeld, Melsungen und Fritzlar sind dadurch in eine weit höhere Lohnstufe hinaufgerückt. Der industrielle Kreis Schmalkalden bleibt 1907 in der zweituntersten Lohnstufe. Die Erklärung für diese eigenartige Erscheinung dürfte vielleicht zu suchen sein einmal in der dichten Bevölkerung¹⁾, dann aber allerdings auch in der kolossalen Bodensplitterung²⁾.

Als allgemeines Ergebnis ist festzuhalten, dass die Tendenz einer Lohnausgleichung, einer Anpassung der Löhne ländlicher Kreise an die der industriellen, wirksam ist sowohl bei den ständig als auch bei den zeitweise beschäftigten Tagelöhnern. Die Anpassung hat sich bereits vollzogen in dem südlichen Teile des Regierungsbezirkes von Fulda bis Hanau, einem Gebiete, das nach den Städten Hanau, Offenbach und Frankfurt hin gravitiert. Die Ausgleichung ist ferner herbeigeführt in dem nördlichen Teile des Reg.-Bez., dessen wirtschaftlicher Schwerpunkt der Stadt Cassel zuneigt. In der Hauptsache ist es der mittlere, vorwiegend ländliche Streifen des Gebietes, bestehend aus den Kreisen Ziegenhain, Rotenburg, Hersfeld, Hünfeld und Gersfeld, aber auch die Kreise Wolfhagen, Eschwege und Marburg, die zwar eine erhebliche Aufwärtsbewegung in den Lohnverhältnissen zu verzeichnen, die Lohnhöhe der erstgenannten Gebiete jedoch noch nicht erreicht haben. Doch zielt die ganze Entwicklung unverkennbar auf eine allmähliche Beseitigung der noch bestehenden, z. T. unerheblichen Unterschiede hin. Absichtlich ist die Entwicklung der Sommerlöhne ausführlicher besprochen worden; in ihnen kommen die Verschiebungen am sichtbarsten und deutlichsten zum Ausdruck; der Sommer ist die Zeit, in welcher die Landwirtschaft der meisten Kräfte bedarf, die Wirkung des

¹⁾ 136 auf 1 qkm.

²⁾ 50,60% der ldw. genutzten Fläche entfallen auf den Parzellen- und Kleinbesitz.

Gesetzes von Angebot und Nachfrage tritt hier am besten zutage. In der dringendsten Zeit, der Erntezeit, gehen die Löhne in der Regel über die gewöhnlichen Lohnsätze etwas hinaus. So werden, den Berichten zufolge, in der Erntezeit Zulagen von 0,25—0,50 M pro Tag mancherorts gewährt. Wie steht es nun mit den Winterlöhnen? Diese sind der ganzen Natur des landwirtschaftlichen Betriebs entsprechend in der Regel viel stabiler und gleichartiger. Die Winterlöhne zeitweise beschäftigter männlicher Tagelöhner sind um 0,30 M, meistens 0,50 M (in 8 Kreisen), auch um 0,75 M niedriger als die Sommerlöhne. In den Kreisen Fritzlar, Melsungen, Fulda, Hanau und Gelnhausen beträgt die Differenz sogar M 1,— bis M 1,25. Die letztgenannten Kreise haben die höchsten Sommerlöhne. Auffallend ist die Tatsache, dass die Winterlöhne seit 1892 bedeutend gestiegen sind, in Gersfeld und Fritzlar sogar um 100%, in anderen Kreisen wie Cassel, Rotenburg, Ziegenhain, Hünfeld und Schlüchtern um 75—95%. Die Winterlöhne folgen also immer mehr den Sommerlöhnen. Diese Feststellung, welche ausnahmsweise für alle Kreise zu machen ist, ist um so befremdender, weil einmal die Landwirtschaft im Winter weit weniger Arbeitskräfte bedarf als im Sommer, und anderseits ihr im Winter weit mehr Arbeitskräfte zur Verfügung stehen als im Sommer; kehren doch im Winter zahlreiche Arbeiter, die im Sommer in auswärtigen Industrien tätig sind, in ihre Heimat zurück. Allerdings nimmt im Winter der Wald- und Wegebau viele Kräfte in Anspruch. $\frac{2}{5}$ des Reg.-Bez. Cassel (circa 400 000 ha) sind Waldfläche, die Summe der im Winter für Holzfällen etc. erforderlichen Arbeitskräfte ist mithin recht erheblich. Dazu werden aus den verschiedensten Gründen im Winter in den landwirtschaftlichen Betrieben in der Regel dieselben Arbeiter herangezogen, die auch im Sommer als landwirtschaftliche Arbeiter tätig sind.

Es erübrigt nun noch eine Untersuchung der Frauenlöhne ¹⁾. Frauen werden zu landwirtschaftlichen Arbeiten ja immer seltener, fast nur noch zur Erntezeit herangezogen, wie dies in fast allen Berichten betont wird. Die Frauenlöhne sind deshalb nur von untergeordneter Bedeutung. Frauen erhalten meistens Beköstigung, es sei deshalb nur auf die Sommerlöhne beköstigter Tagelöhnerinnen näher eingegangen. Bemerkenswert ist die Gleichartigkeit dieser Löhne: sie schwanken zwischen 0,80—1,25 M in den verschiedenen

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle XIII.

Kreisen; in 10 Kreisen beträgt der Satz 1,20—1,25 M, Hersfeld, Rotenburg und Landkreis Cassel weisen mit 0,80 M die tiefsten Sätze auf. Einen aussergewöhnlich, sonst nirgends vorkommenden hohen Lohnsatz finden wir in Gelnhausen, 1,50 M pro Tag mit Kost. Was nun die Steigerung der Löhne seit 1892 angeht, so sind sie nur um durchschnittlich 30% gestiegen, also nicht in demselben Masse wie die Löhne für Männer. Um mehr als 0,50 M sind sie nur gestiegen in Hünfeld (= 75%), in Hanau stiegen die Frauenlöhne um 0,45 M (= 55%), in Gelnhausen um 0,40 (= 35%), in Fulda um 0,35 M oder 40%. In allen anderen Kreisen hält sich die Zunahme unter 0,30 M. Die Winterlöhne sind um 10—20—40 Pfennige niedriger als die Sommerlöhne und noch gleichartiger als diese. Sie schwanken im ganzen Gebiet des Reg.-Bez. Cassel zwischen 0,80—1,— M. Ueber M 1,— hinaus gehen sie nur in Gelnhausen mit M 1,25.

Was die Akkordlöhnung anbetrifft, so hat von der Goltz ihre Einführung und weitere Ausdehnung in der Landwirtschaft stets aufs wärmste befürwortet und empfohlen. So schreibt er u. a.: „In der Akkordlöhnung besitzt der Arbeitgeber ein vorzügliches Mittel, den Bedarf an Menschenkräften während den einzelnen Jahreszeiten auszugleichen.“¹⁾ Sie macht ferner auch „Beaufsichtigung“ unnötig, ist aber für sorgfältig auszuführende Arbeiten nicht zu empfehlen. Im Gebiet des Reg.-Bez. Cassel hat die Akkordarbeit grösseren Eingang bis jetzt noch nicht gefunden, in bäuerlichen Wirtschaften kommt sie nicht zur Anwendung, nur auf grossen Gütern ist sie üblich, aber selbst auch hier nicht allgemein. Von den eingegangenen Berichten enthalten $\frac{2}{3}$ keine Angaben über Akkordarbeiten, oder sie berichten, dass solche ungebräuchlich oder unbekannt seien. Aus dem Kreise Gersfeld sind 16 Berichte eingegangen, nur in einem ist der Akkordarbeit Erwähnung getan; aus dem Kreise Marburg sind 14 Berichte eingegangen, ebenfalls nur einer enthält Angaben über Akkordarbeiten, im Kreise Kirchhain von 20 Fragebogen nur 6. „Akkordarbeiten werden von den Bauern kaum vergeben“, „es wird alles auf Tagelohn gearbeitet“, „Akkordarbeiten kommen wenig vor“, „Akkordarbeiten werden hier nicht ausgeführt“, solchen und ähnlichen Wendungen begegnet man immer wieder. Nimmt der Bauer einen Tagelöhner zur Aushilfe, so arbeitet sein Gesinde und womöglich er selbst auf dem Felde mit, die Vorbedingung der Akkordarbeit ist

¹⁾ Handbuch der landwirtschaftlichen Betriebslehre, Berlin 1886, S. 280.

hiermit genommen. Auf den grossen Gütern scheint die Einführung der Maschinen die Ausdehnung der Akkordarbeit zu verhindern, ja ihr sogar Abbruch zu tun. Einheimische Tagelöhner führen Akkordarbeit höchst selten aus, dagegen sind die polnischen Wanderarbeiter gern zur Uebernahme von Akkordarbeiten bereit und bedingen sich in der Regel eine Mindestanzahl von Akkordarbeitstagen aus. Die Angaben über den Verdienst bei Akkordarbeiten sind natürlich äusserst vorsichtig zu behandeln. Oft ist die betreffende Verrichtung nicht ausreichend gekennzeichnet; es ist beispielsweise für die Berechnung des Durchschnittstagesverdienstes von Wichtigkeit, zu wissen, auf welche Getreideart sich der angegebene Akkordlohn bezieht. Dann aber schwankt der Akkordlohn selbst bei der einzelnen Getreideart: naturgemäss spielt die Dichte, die Lagerung usw. des Getreides bei der Festsetzung der Löhne eine hohe Rolle. Treffend sagt ein Bericht aus dem Kreise Wolfhagen: „Alle Akkordarbeiten (d. h. die Löhne für solche) richten sich nach dem jeweiligen Stand der Früchte, sodass eine genaue Angabe unmöglich ist, eine allgemeine aber einen hohen Wert kaum besitzt.“ Akkordarbeiten kommen hauptsächlich vor bei der Heu- und Getreideernte, beim Kartoffelausmachen, beim Rübenbau und Holzfällen. Eine detaillierte Besprechung der eingelaufenen Angaben ist ziemlich nutzlos. In die Tabelle ¹⁾ „Akkordlöhne“ haben nur solche Angaben Aufnahme gefunden, die als ziemlich genau erschienen. Die Tabelle beleuchtet so recht die grosse Verschiedenheit, welche bei den Akkordlöhnen aus den obenerwähnten Gründen naturgemäss zutage tritt. So werden auf Domäne Möllenbeck im Kreise Rinteln für Mähen, Binden und Aufstellen von Getreide pro ha 16—24 M gezahlt, also eine Differenz von M 8,— pro ha. Im allgemeinen ist der Tagesverdienst eines Mähers M 3—4, doch finden sich auch Angaben bis zu M 5. Die Tagelöhnerinnen verdienen beim Rübenhacken, Fruchtschneiden, -binden und -aufstellen 2—3 M, mitunter geht aber der Verdienst auch unter M 2,— herunter, wie aus den Kreisen Melsungen, Hersfeld und Hünfeld berichtet wird. Letztere Kreise weisen überhaupt niedrige Akkordsätze auf. Ein in den Wintermonaten mit Holzfällen beschäftigter Tagelöhner erzielt bei dieser Tätigkeit im Kreise Gersfeld einen Durchschnittstagesverdienst von M 2,70, im Kreise Rinteln von M 3,80. Hie und da wird in den Berichten auch die Abneigung der Arbeiter gegen die Akkordarbeit betont.

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle XIV.

Dieser Umstand trägt natürlich auch Schuld an ihrer geringen Verbreitung. Die Akkordlöhne sind gegenüber 1892 teilweise etwas gestiegen, vielfach aber auch auf ihrem alten Stand stehen geblieben.

Die Gegenüberstellung der durch die Erhebungen von 1892 und 1908 ermittelten Löhne ergab eine bedeutsame Verschiebung in den Lohnverhältnissen, die sich nach zwei Richtungen hin äussert: einmal in einer starken Aufwärtsbewegung der Löhne, sodann in dem stets zunehmenden Ausgleich der Löhne der einzelnen Bezirke. Diese Tendenz tritt auch zu Tage, wenn wir die Ergebnisse der Erhebung von 1873 noch zum Vergleich mitheranziehen.¹⁾ Sie ist allerdings für den Reg.-Bez. Cassel äusserst lückenhaft, nur einige wenige Kreise sind berücksichtigt. Der Durchschnittssatz des Sommerlohnes für einen ständig beschäftigten Tagelöhner ohne Kost betrug 1873 für die untersuchten Kreise 1,60 M, 1907 war der Durchschnittssatz 2,50 M, es ist also eine Steigerung um 0,90 M = 55% eingetreten. Im Landkreis Cassel betrug 1873 der Lohn für einen solchen Tagelöhner M 2,—, 1907 2,50, d. h. er ist nur um 25% gestiegen, in Wolfhagen, Gelnhausen und Hanau ist er nur ganz minimal gestiegen. In Schlüchtern von M 1,50 auf M 2,— = 33%. Für den unbeköstigten zeitweise beschäftigten Tagelöhner betrug der durchschnittliche Sommerlohn im Reg.-Bez. Cassel 1873: 2,— M, 1907 2,50—3 M, es ist also eine Erhöhung um 0,50—0,75 M zu verzeichnen, d. h. um 25—37%. In Schlüchtern 1873 nur M 1,65, 1907 dagegen M 3,—, hier ist die Zunahme also M 1,35 oder 82%, in Hanau 1873: M 2,40, 1907: M 3,50, d. h. M 1.10 oder 45% mehr. Die allgemeine Steigerung ist für den immerhin langen Zeitraum von 34 Jahren keine absonderliche zu nennen, aber die Zahlen zeigen gleichwohl eine Aufwärtsbewegung, die im einzelnen um so stärker ist, je geringer der Lohnsatz von 1873 war. 1873 bestand zwischen den ländlichen Kreisen und den industriellen noch ein krasser Unterschied, wie die Gegenüberstellung von Cassel bezw. Hanau einerseits und Schlüchtern anderseits ergibt. 1907 war dieser Unterschied ausgeglichen. Für die hohen Löhne des Jahres 1873 gibt es eine ganz einfache Erklärung: Das deutsche Reich war damals neu gegründet, Handel und Industrie blühten mächtig auf, Freizügigkeit war gewährleistet. Die Industrie zahlte hohe Löhne; sie brauchte immer mehr Arbeitskräfte, wurden doch 1872 allein 479

¹⁾ v. d. Goltz: Die Lage der ldl. Arbeiter im deutschen Reich, Berlin 1875, S. 64/65.

Actiengesellschaften (1906 : 212) ins Leben gerufen. Diese Entwicklung blieb für die Landwirtschaft und die ländlichen Arbeiterverhältnisse nicht ohne Folgen. Die Grundbesitzer mussten höhere Löhne zahlen, wenn sie nicht alle Arbeitskräfte verlieren wollten. Als aber dann infolge der zahlreichen ungesunden Gründungen der Krach eintrat, dem eine allgemeine wirtschaftliche Depression folgte, sanken auch wieder die Löhne. So finden wir denn im Reg.-Bez. Cassel 1892 die Löhne mancherorts noch nicht oder erst wieder auf ihrer Höhe von 1873. Von der Goltz gibt den Sommertagelohn eines dauernd beschäftigten unbeköstigten männlichen Tagelöhners im Kreise Wolfhagen im Jahre 1873 mit M 1,50 an; 1892 findet sich M 1,40 verzeichnet. In Hanau und Gelnhausen ist eine Erhöhung nicht eingetreten. Aehnlich ist es bei den Löhnen der zeitweise beschäftigten männlichen Tagelöhner. In Wolfhagen erhielt 1873 der zeitweise beschäftigte unbeköstigte Tagelöhner einen Sommertagelohn von M 2,50, 1892 von M 1,50, es ist also eine Lohnverminderung um M 1,— oder 40% eingetreten. Im Kreise Hanau betrug die Zunahme 1873—92 nur 0,10 M (1873 : 2,40, 1892 : 2,50 M) oder nur 4%. Stärker war die Zunahme im Landkreis Cassel: 0,50 M oder 25%, in Schlüchtern stieg der Lohn sogar von M 1,50 auf M 2,50, also um M 1,— oder 65%. Die Periode von 1873—92 ist also weniger gekennzeichnet durch ein allgemeines Steigen der Löhne, als vielmehr das Streben, die Löhne der ländlichen und industriellen Kreise mit einander in Einklang zu bringen; die Zeit von 1892—1907 dagegen hat einmal eine starke Aufwärtsbewegung der Löhne zu verzeichnen, und anderseits ist der Ausgleich der Löhne in den verschiedenen Bezirken fast völlig, teilweise schon ganz erreicht.

Worin ist nun der Grund für diese allgemeine Lohnsteigerung zu suchen? Vielfach wird die Ansicht vertreten, die Zunahme der Löhne stehe in Zusammenhang mit der Zunahme der Produktivität überhaupt. So einleuchtend dieser Gedanke auf den ersten Blick erscheint, so erweist er sich bei näherer Prüfung doch nicht als stichhaltig. Es hat Zeiten gegeben, in denen die Produktivität und Rentabilität der Landwirtschaft auf ihrem alten Stand verharren, letztere vielleicht sogar zurückging, während die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter gleichwohl in die Höhe gingen. Ursachen allgemein kultureller und volkswirtschaftlicher Natur sind es, auf welche die Lohnerhöhung hauptsächlich zurückzuführen ist. Die auch bei den unteren Klassen verallgemeinerte und vertiefte Bildung hat natur-

gemäss eine Vermehrung der Bedürfnisse, also erhöhte Ansprüche an das Leben, höhere Beteiligung an den Errungenschaften der Kultur, zur Folge. In zweiter Linie wirken die in der Industrie gezahlten Löhne unzweifelhaft auf die Gestaltung des Preises der Arbeit in der Landwirtschaft ein. Diese Einwirkung kann erfolgen durch lokale Industrien; die überschüssigen Kräfte der Landwirtschaft finden Unterkunft in der Industrie, diese zahlt gute Löhne, in der Folge auch die Landwirtschaft, aber nicht aus Mangel an Arbeitern, sondern weil die industriellen Löhne offenbar überhaupt lohnerhöhend auf die Landwirtschaft wirken. Im Kreise Gelnhausen hat die lokale Industrie in dem Zeitraum 1882—1895 bedeutend zugenommen. Die Abwanderungsziffer ¹⁾ betrug 1895—1900 5,2 ‰, 1900—1905 2,6 ‰, im Verhältnis zu anderen Kreisen des Reg.-Bez. Cassel eine nicht gerade hohe Zahl. Arbeitermangel wird in diesen Kreisen verneint ²⁾. Trotzdem sind die Löhne der zeitweise beschäftigten männlichen Tagelöhner in der Zeit von 1892—1907 von M 2,50 auf M 3,— gestiegen. Dasselbe gilt vom Landkreise Cassel, auch hier war es der Einfluss der Casseler Industrie, der schon frühzeitig eine Zunahme der Löhne in der Landwirtschaft bewirkte. Auch hier scheint der Arbeitermangel nicht gerade drückend zu sein; von 13 eingegangenen Berichten bejahen 8 die Frage betr. Arbeitermangel, während andererseits 5 sie ausdrücklich verneinen. Es muss also angenommen werden, dass der Industrie die Fähigkeit innewohnt, eine Aufwärtsbewegung der ländlichen Löhne herbeizuführen, ohne der Landwirtschaft vorher die nötigen Arbeitskräfte zu entziehen. Anders geartet ihrer Natur nach ist die Lohnsteigerung in vielen anderen Kreisen des Reg.-Bez. Cassel. Hier sind die Arbeitskräfte nach entfernten Industriebezirken abgeströmt; es machte sich ein Mangel an Arbeitskräften fühlbar, andererseits wurde der landwirtschaftliche Betrieb intensiver, er brauchte mehr Hände, verringertes Angebot, erhöhte Nachfrage standen sich also gegenüber. Die natürliche Folge war eine Erhöhung der Löhne. Es muss also zwischen Abwanderungsziffer und Lohnerhöhung ein Zusammenhang bestehen, einer hohen Abwanderungsziffer muss eine starke Lohnerhöhung entsprechen. Dass dem so ist, belehrt ein Blick auf die Tabellen VI und VII sowie

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle VI und VII.

²⁾ Von den 9 Berichten verzeichnen 7 keinen Arbeitermangel, einer gibt Arbeitermangel an, nach einem anderen Bericht fehlt es nur zuweilen in der Ernte an Leuten.

XII. Die Kreise Hünfeld¹⁾, Gersfeld, Rotenburg, Schlüchtern, Fritzlar weisen hohe Abwanderungsziffern auf, damit geht Hand in Hand eine Lohnerhöhung von M 0,75 bis M 1,15. Bei dieser Schlussfolgerung sind wir von der Annahme ausgegangen, dass die Abwanderung Arbeitermangel in diesen Kreisen zur Folge hatte, und die Lohnsteigerung darauf zurückzuführen sei. In der Tat klagen denn auch die Kreise Rotenburg, Melsungen, Hersfeld, Fritzlar, Fulda, Ziegenhain, Marburg, Kirchhain, Gersfeld und Eschwege sehr über Arbeitermangel, weniger lebhaft sind die Klagen in Cassel, Rinteln, Schlüchtern und auch Hünfeld, fast völlig verneint wird Arbeitermangel in Gelnhausen. Aber nicht immer braucht die Abwanderung zu einem Mangel an ländlichen Arbeitskräften zu führen. So wird z. B. aus dem Kreise Wolfhagen nur ein Mangel an Arbeitskräften zur Zeit der Ernte gemeldet. Gleichwohl hatte dieser Kreis 1895—1900 die höchste Abwanderungsziffer mit 10,7 %, 1900—1905 allerdings nur noch 4,0 %. Die Abwanderung aus dem Kreise Wolfhagen ist volkswirtschaftlich mitunter sogar vorteilhaft. Wolfhagen ist ein Realteilungskreis. Das Kleben an der Scholle hätte schliesslich eine übermässige Bodenzersplitterung, die Schaffung eines kleinbäuerlichen Proletariats, zur Folge. Dem beugt die Abwanderung vor, sie verbürgt also die Erhaltung des Bauernstandes. Dass ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften trotz der Abwanderung kaum vorhanden sein kann, zeigt die normale Zunahme der Löhne der zeitweise beschäftigten Tagelöhner (0,50 M = 35 %), die hinter der durchschnittlichen Steigerung des Reg.-Bez. Cassel (40 %) sogar etwas zurückbleibt.

Wie wird nun die Entwicklung weiter verlaufen? Nach der Tabelle XII haben die Löhne der zeitweise beschäftigten Tagelöhner in den Kreisen Cassel, Marburg, Hersfeld seit 1892 eine gewisse Stabilität erreicht. In Hünfeld, Schlüchtern, Gelnhausen sind sie nur um 20 % in dieser Zeit gestiegen, während andere Kreise, die 1892 noch sehr niedrige Löhne oder die hohe Abwanderung zu verzeichnen haben, allerdings ein gewaltiges Aufwärtsschnellen der Löhne zeigen. Es scheint aber, als ob die Entwicklung nunmehr in ruhigeren Bahnen verlaufen sollte, der Ausgleich zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Kreisen ist fast vollzogen, ausserdem ist aber, wie Tabelle VIII zeigt, die Abwanderungsziffer in den einzelnen Kreisen seit 1900 erheblich gesunken; das gute Auskommen,

¹⁾ Bezüglich Hünfeld siehe Tabelle XI.

das die Leute in der Heimat haben, hält sie in ihr zurück, ausserdem hat seit dem letzten Jahre die Aufwärtsbewegung der Industrie etwas nachgelassen. So beantwortet denn auch ein Bericht aus dem überwiegend industriellen Kreise Schmalkalden die Frage betreffs Arbeitermangel: „Bisher war solcher vorhanden, seit Herbst ist es etwas besser.“ Eine Steigerung der Löhne im Sinne des lokalen Ausgleichs wird sich noch mancherorts vollziehen, eine allgemeine rapide Zunahme aber darf, wenigstens für die nächsten Jahre, als ausgeschlossen erachtet werden.

2. Die Einkommensverhältnisse der grundbesitzlosen ländlichen Tagelöhner.¹⁾

Grundbesitzlose in der Landwirtschaft erwerbstätige Tagelöhner wurden, wie bereits erwähnt, 1895 im Reg.-Bez. Cassel 15 123 gezählt. Seitdem dürfte sich ihre Zahl erheblich vermindert haben; die starke Abwanderung in den Jahren 1895/1900²⁾ dürfte gerade die Reihen dieser Arbeiterkategorie ziemlich gelichtet haben; es ist das ganz natürlich. Sobald irgendwo höherer Verdienst winkt, sobald in der Ferne eine bessere Verwertungsmöglichkeit ihrer Arbeitskraft sich bietet, streben die grundbesitzlosen ländlichen Tagelöhner diesen Orten zu, was ihnen um so leichter fällt, als sie ja nichts an die Heimat kettet. Diese Bewegung ist an und für sich erfreulich. Die Lage des grundbesitzlosen Tagelöhners war und ist in der Regel auch heute noch kläglich, er ist am ungünstigsten gestellt unter allen Landarbeitern, er leidet am schwersten im Falle der Beschäftigungslosigkeit. Was Wunder, wenn er sich zu verbessern sucht, wenn er sich der Industrie zuwendet, die ihm einträglicher und regelmässigeren Erwerb sichert. Freilich scheint hin und wieder diese Kategorie von Arbeitern, einzelnen Berichten nach zu schliessen, auch heute noch vorzukommen. Häufig finden sich noch auf grösseren Gütern grundbesitzlose, verheiratete Tagelöhner. Sie wohnen auf dem Gute oder in einem nahen Dorfe zu Miete und beziehen neben dem Taglohn eine bestimmte Menge Naturalien, vor allem Kartoffeln und Futter für 1 Ziege. Genaue Angaben über das Gesamteinkommen einer grundbesitzlosen Tagelöhnersfamilie liegen kaum vor, ein Zeichen, dass solche Familien fast ganz verschwunden sind. Der Lohn des Mannes wird natürlich kaum zur Ernährung der Familie ausreichen,

¹⁾ Siehe Anhang, Seite XIV u. XV.

²⁾ Siehe Anhang, Seite VIII.

die Mitarbeit der Frau also erforderlich sein. Das Bareinkommen einer grundbesitzlosen Tagelöhnersfamilie wird in einem Berichte aus dem Kreise Kirchhain auf 700—750 M angegeben, „wenn Frau und Mann zusammen täglich arbeiten“, dazu haben beide die Kost frei; arbeitet die Frau nicht mit, so wird das Einkommen sich auf 400—450 M stellen bei freier Kost des Mannes. Die Einkommensverhältnisse sind also missliche, wenn auch sicherlich besser als früher. Arbeitet die Frau mit, so leidet darunter das Hauswesen. Von einem Familienleben kann in einem solchen Falle kaum die Rede sein. Die Wohnung ist dann nicht mehr Wohnraum, sie sinkt zum blossen Schlafraum herab. Deshalb ist das Verschwinden dieser Gattung von Arbeitern nur zu begrüßen, wenn es im Interesse der Landwirtschaft auch wünschenswerter gewesen wäre, dass sie, anstatt der Industrie anheim zu fallen, zu Parzellen- und Kleinbesitzern aufgerückt wären und so ihre Arbeitskraft dem platten Lande erhalten hätten.

3. *Die Einkommensverhältnisse der grundbesitzenden ländlichen Tagelöhner.*

Die Zahl der grundbesitzenden Tagelöhner im Reg.-Bez. Cassel ist nicht erheblich. 1895 waren es 13171 oder 9,2% aller hauptberuflich in der Landwirtschaft Erwerbstätigen. Von diesen 13171 grundbesitzenden Tagelöhnern¹⁾ bewirtschafteten 7309 oder 55,4% eine Fläche von 0,1 ar bis $\frac{1}{2}$ ha, 3247 oder 24,6% der Tagelöhner $\frac{1}{2}$ bis 1 ha, 1 bis 2 ha bewirtschafteten 1916 oder 14,5% aller grundbesitzenden Tagelöhner, 2 bis 5 ha hatten inne 669 Tagelöhner, d. h. 5%. 30 weitere Tagelöhner (= 0,2%) bewirtschafteten eine Fläche von 5—20 ha. 80% der grundbesitzenden Tagelöhner hatten somit landwirtschaftliche Betriebe in der Grösse von 1 ar bis 1 ha. Je nach der Grösse der Besitzung, der Bodengüte, der Intensität der Wirtschaft und Verwertungsmöglichkeit der gewonnenen Produkte ist natürlich der Wert und der Ertrag ein ganz verschiedener. Ein Morgen Land im Kreise Hanau oder Gelnhausen ist viel wertvoller als ein Morgen Land im Kreise Frankenberg oder Gersfeld.

Das Einkommen einer grundbesitzenden Tagelöhnersfamilie setzt sich in der Hauptsache zusammen aus dem Lohneinkommen des Mannes und dem Einkommen aus der eigenen Wirtschaft, dazu treten ergänzend das Lohneinkommen von Frau

¹⁾ Siehe Tabelle XV.

und Kindern, sowie das Einkommen aus den Gewährungen des Arbeitgebers und eventuell aus der Allmende. Das Lohneinkommen des Mannes¹⁾ lässt sich nicht genau berechnen. Es schwankt nicht unbeträchtlich, die Zahl der Arbeitstage spielt dabei eine grosse Rolle; es erhöht sich, wenn der Arbeitgeber Beköstigung nicht gewährt, es sinkt bei Gewährung von Kost; wo Akkordarbeit häufig ist, steigt es wieder. Zahlreiche, unbestimmbare Momente beeinflussen also die Gestaltung des Lohneinkommens des Mannes. Das Lohneinkommen der Frau ist fast durchweg ohne höhere Bedeutung. Es wurde bereits ausgeführt, dass die Frauen der Tagelöhner nur noch selten zur Arbeit gehen; höchstens zur Erntezeit und auch dann vielfach nur halbe Tage. Der erhöhte Verdienst des Mannes hat die Frau erfreulicher Weise von der beständigen Mitarbeit befreit. Andererseits nimmt die Führung des Haushaltes und Besorgung der eigenen kleinen Wirtschaft die Kräfte der Frau in Anspruch. Auch die Beschäftigung der Kinder ist von geringem Umfang, sie ist auf die schulfreien Nachmittage, auf die Sommer- und Herbstferien beschränkt. Nur in einem Falle wird von einem grösseren Gut im Kreise Fritzlar berichtet, dass dort 2 Kinder einer Tagelöhnersfamilie ca. 4 Monate lang halbtägig beschäftigt sind und zusammen in dieser Zeit ca. M 150,— verdienen. In allen übrigen Fällen wird das Einkommen aus der Arbeit der Kinder auf 30 M, höchstens 50 M angegeben. Für das Einkommen aus der eigenen Wirtschaft lassen sich bestimmte Sätze ebenfalls nicht aufstellen. Es ist von Fall zu Fall naturgemäss verschieden.

Bedeutsam sind die Gewährungen seitens des Arbeitgebers; sie sind jedoch stark im Schwinden begriffen. Die Erhöhung des Barlohnes geht offenbar Hand in Hand mit einer Ermässigung der Naturalgewährungen. Sundermann²⁾ urteilt darüber wie folgt: „Um auch ihrerseits der Neigung nach „bar Geld“ Rechnung zu tragen, gab die Landwirtschaft grösstenteils die Naturallöhnung preis, aber sie erschütterte durch die damit verbundene Aenderung des Arbeitsvertrages die Stetigkeit des landwirtschaftlichen Arbeitsvertrages aufs schwerste, ohne doch mit der Industrie in der Lohnhöhe gleichen Schritt halten zu können.“ Hat er auch östliche Verhältnisse im Auge, einigermassen treffen diese Worte auch für den

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle XVI.

²⁾ „Der landwirtschaftl. Arbeitsnachweis“, Berlin 1904, S. 2.

Reg.-Bez. Cassel zu. So betrug 1873 nach v. d. Goltz¹⁾ der Wert der den ständigen Tagelöhnern gewährten Naturalien im Kreise Wolfhagen 75 Taler oder etwas über $\frac{1}{3}$ des gesamten Einkommens, in Gelnhausen 63 Taler, in Schlüchtern 68 Taler, in Hanau sogar 134 Taler. Grundbesitzer und Tagelöhner hatten noch mehr dasselbe Interesse, mit dem Rückgang der Naturaliengewährungen verringert sich auch die Interessengemeinschaft. In Kurhessen ist diese Art der Löhnung, wie sich aus den eingegangenen Berichten ergibt, auch in den Jahren 1892—1907 wieder zurückgegangen. Einige Bedeutung hat sie nur noch in den Kreisen: Landkreis Cassel, Eschwege, Hersfeld, Hünfeld, Rotenburg, also in Niederhessen. Im Hanauischen, wo sie 1873 noch in grossem Umfang in Uebung war, ist sie verschwunden, desgleichen in den oberhessischen Kreisen: allerdings hat sie hier, wo der mittelbäuerliche Besitz stark überwiegt, wahrscheinlich nie grosse Bedeutung gehabt. Die Naturalleistungen bestehen hauptsächlich in Gewährung von Land, Wohnung, Ackerbestellung, Fuhren, Futter für Ziegen usw. 1895 gab es im Reg.-Bez. Cassel 1208 landwirtschaftliche Betriebe in Grösse von 1 ar bis 2 ha, die ausschliesslich Deputatland bewirtschafteten, darunter 1105 mit einer Fläche von 1 ar bis $\frac{1}{2}$ ha; ausserdem gab es noch 10 Betriebe von 2 bis 5 ha mit ausschliesslichem Deputatland. Teilweise Deputatland hatten 2450 Betriebe in den Grössenklassen von 1 ar bis 2 ha, sowie 205 Betriebe von 2 bis 5 ha. Das Deputatland betrug 736 ha, durchschnittlich betrug die Landgewährung im einzelnen Falle 18 ar oder circa $\frac{3}{4}$ Morgen. Gehen wir nun auf den Umfang und den Wert der Gewährungen wegen ihrer hohen sozialen und volkswirtschaftlichen Bedeutung näher ein. In einer Gemeinde im Kreise Rotenburg werden den Tagelöhnern gewährt: „freie Fuhren und Ackerbestellung, 400 qm Kartoffelland und 400 qm Rübenland (zus. 8 ar), beides gedüngt, dazu noch soviel Land, als sie neben ihrem eigenen Land mit in ihrer Wirtschaft erzeugtem Miste gut zu düngen vermögen.“ Der Wert dieser Gewährungen wird auf 117,50 M veranschlagt. Ein anderer Bericht gibt den Pachtwert des Deputatlandes auf M 50, den Wert der Fuhren etc. ebenfalls mit M 50 an. Auf einer Domäne in demselben Kreise erhalten die Tagelöhner ihr Brennholz gegen Entrichtung des Hauerlohnes. Ein Bericht aus dem Kreise Hünfeld schätzt den Wert der Fuhren sowie von Grasnutzung auf M 25. In Schmalkalden betragen

¹⁾ „Die Lage der ländl. Arbeiter im deutschen Reich“, Berlin 1875, S. 64 - 65.

die Gewährungen in einem Falle $\frac{1}{9}$ ha Kartoffelland, etwas Grasnutzung, freie Fuhren und Ackerbestellung im Werte von zusammen M 75. Ein Bericht aus dem Kreise Hersfeld bringt die Naturalien mit M 260, ein anderer mit M 240 in Anrechnung. Da sie sich auf grosse Güter beziehen, ist offenbar freie Wohnung miteinbezogen. Im Kreise Fritzlar werden in einem Falle $\frac{1}{2}$ Morgen Deputatland, dazu Fuhren und Feldbestellung mit M 120 angegeben. Auch im Kreise Eschwege, in dem der grosse Besitz stark vertreten ist, finden sich Naturalgewährungen, die ziemlich hoch, nämlich mit 80 bis 100 M, angesetzt sind. Dasselbe gilt vom Landkreise Cassel. Freie Holzfuhren im Werte von M 20, sonstige Gespannarbeiten in gleicher Höhe, Gras von den Feldwegen des Gutes und Zuckerrübenblätter, M 10 wert, zusammen M 50 sind häufige Gewährungen auf grösseren Gütern. Dazu kommt öfters noch die Ueberlassung von 12 bis 25 ar gedüngten Landes, auch unentgeltliches Füttern einer Ziege. Umfangreich ist die Gewährung solcher Naturalien vor allem im Kreise Rinteln. Wir führen einiges aus den Berichten an: „Futter für Ziege M 20, billige Kartoffeln M 15, freie Fuhren M 15, zusammen M 50.“ „Freie Wohnung, 12 ar Land, freie Bestellung auch des noch hinzugepachteten, zusammen M 200.“ Gewiss hohe Summen! Aber trotz alledem, die Naturalgewährungen sind ein Ueberrest alter Zeit, der sich in die neue Gestaltung der Dinge hinüber gerettet hat, um dann doch abzubröckeln und allmählich unterzugehen. Nicht nur in den mehr industriellen, auch in vielen rein ländlichen Kreisen sind sie bereits verschwunden, sie werden hier nicht mehr erwähnt.

Nachstehend geben wir eine Uebersicht über das Einkommen eines grundbesitzenden Tagelöhners, wie wir sie in einem aus dem Kreise Rinteln eingegangenen Bericht vorfinden. Freilich kann sie wegen ihrer Unvollständigkeit und wegen der Mannigfaltigkeit der Verhältnisse keineswegs als allgemein gültig angesehen werden. Die Aufstellung lautet:

1. Lohneinkommen des Mannes

a) 200 Arbeitstage à M 1,50	=	300 M
b) 90 Akkordarbeitstage à 3,50 M	=	315 „
ohne Kost.		

2. Lohneinkommen der Frau 25 „

3. Einkommen aus der eigenen Wirtschaft 120 „

darunter aus der Schweinehaltung M 60

4. Gewährungen: 1. Futter für Ziege	20 M
2. Billige Kartoffeln	15 „
3. Freie Fuhren	15 „
5. Sonstige Nutzungen aus Wald, Weide etc.	50 „

Summa 860 M

Diese Aufstellung dürfte so ziemlich das gesamte Einkommen der Tagelöhnersfamilie umfassen. In der Regel zieht die Tagelöhnersfamilie einen grossen Teil ihres Unterhalts aus der eigenen Wirtschaft. So hier anscheinend den grössten Teil der in ihrer Wirtschaft verzehrten Kartoffeln, das Gemüse und vielleicht einen Teil der Brotrucht, sofern das Korn nicht zur Mästung der Schweine benutzt wird. Dem aber stehen wieder Wirtschaftsausgaben gegenüber. Zunächst sind nach dem Bericht die Ländereien gepachtet. Der Pachtzins beläuft sich im Kreise Rinteln nach den eingegangenen Berichten durchschnittlich auf M 25 pro Morgen; dazu kommen die Ausgaben für Saatgut, für Düngemittel, dann Steuern und Abgaben. Auch ist die darauf verwendete Arbeit in Anschlag zu bringen. Es fragt sich nun, ob die zur Erzielung des eigenen Wirtschaftseinkommens verwendeten Ausgaben den Wert der selbsterzeugten und im eigenen Haushalt verwendeten Produkte erreichen oder nicht oder ihn gar übersteigen. Sind beide Werte gleich, so wäre das Gesamteinkommen gleich M 860, sind die Wirtschaftsausgaben niedriger, so wäre das Gesamteinkommen höher anzunehmen, sind dagegen die Wirtschaftskosten höher als der Wert der verbrauchten Produkte, so wäre aus dem angeführten Wirtschaftsüberschuss wieder ein entsprechender Teil in Abzug zu bringen, das Gesamteinkommen etwas niedriger als 860 M. Eine genaue Berechnung liesse sich nur anstellen, wenn der betreffende Tagelöhner exakt Buch führte, was aber nicht anzunehmen ist. Nach allgemein ländlichen Verhältnissen werden indes die Ausgaben für die eigene Wirtschaft den Wert der in der eigenen Wirtschaft erzeugten und verzehrten Produkte nicht erreichen, sodass das Gesamteinkommen im vorliegenden Falle wohl 860 M etwas übersteigen, mithin circa M 900 erreichen dürfte. Anders liegt die Sache vielfach im Kreise Hanau und Gelnhausen sowie dem Landkreis Cassel, in denen die Bareinnahme aus der eigenen Wirtschaft oft eine erkleckliche Summe ausmacht. Hier wird vielfach Spatenkultur betrieben, besondere Gemüsearten werden kultiviert, die Erzeugnisse der eigenen Wirtschaft werden nur zum geringsten Teile im eigenen Haushalt verbraucht. Der eigene Bedarf wird grössten-

teils durch Kauf gedeckt. Lässt sich der Bruttoertrag einer Tagelöhnerswirtschaft im grossen und ganzen noch berechnen, so stösst eine Reinertragsrechnung auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Wirtschaftsausgaben, der Wert der auf den Boden verwendeten Arbeit, die Abnutzung der Gebäude und der Geräte sind dabei in Betracht zu ziehen; die Durchführung einer solchen Berechnung ist fast unmöglich, beim Parzellenbetrieb steht die eigene Arbeitskraft im Vordergrund, hierin aber liegt gerade die Schwierigkeit. Um auch die anderen Kreise zu berücksichtigen, seien noch einige Angaben hier angeführt: Im Kreise Fulda besteht der Besitz eines grundbesitzenden Tagelöhners aus Haus und 1—3 ha Acker und Wiesen. Das Einkommen aus der eigenen Wirtschaft wird mit 200—400 M angegeben. Im benachbarten Kreise Hünfeld wird das Einkommen aus 4 Morgen eigenem und 2 Morgen Pachtland auf 150—180 M geschätzt, die durch den Verkauf von Vieh und tierischen Produkten erzielt werden. In den Kreisen Hanau und Gelnhausen ist das Einkommen aus der eigenen Wirtschaft mit 250—350 M als Durchschnitt angegeben. Die Produkte sind, wie gesagt, meistens Gemüse, Bohnen usw., die auf den Frankfurter Markt gebracht werden. Im Kreise Schlüchtern halten sich die meisten Tagelöhner „in der Regel eine Kuh, auch Schweine und Ziegen“. Mitunter wird dann ein Rind, auch wohl ein gemästetes Schwein verkauft und so aus der eigenen Wirtschaft ein Bareinkommen von ev. 200, 250, selbst 350 M erzielt. Im oberhessischen Kreise Kirchhain wird das Einkommen eines Tagelöhners mit 1 ha Grundbesitz aus seiner eigenen Wirtschaft auf 130 M beziffert. Ein Bericht aus dem Kreise Marburg besagt: „Die Tagelöhner haben nur soviel Land, dass sie die nötigen Kartoffel darauf ziehen“, ein anderer aus demselben Kreise: „Die Tagelöhner haben eigene Wohnung, dazu etwas Viehhaltung, nämlich 1 Ziege, 1—2 Schweine, Gänse und Hühner; das Einkommen aus dem eigenen Wirtschaftsbetrieb darf auf 100 M angenommen werden.“ Günstiger scheinen in dieser Hinsicht die Verhältnisse im Kreise Ziegenhain zu liegen. So sagt ein Bericht aus Asterode: „Als Einkommen aus eigener Wirtschaft kann gerechnet werden: Der Nutzen von 2—3 Ziegen, mehrfach auch 1—2 Kühe, der von 1—2—3 Schweinen und der Ertrag von $\frac{1}{4}$ —1 ha Ackerland, z. T. Eigentum, vielfach auch gepachtet. Das Bareinkommen kann 100—300 M gerechnet werden“. Ein anderer Bericht sagt: „Jeder Tagelöhner hat durchweg 1 ha Land, 1—2 Ziegen oder 1 Kuh.“ Wie verschieden-

artig die Verhältnisse sind, beleuchtet eine Angabe aus dem Kreise Cassel: „Das Einkommen aus der eigenen Wirtschaft ist sehr verschieden; je nachdem der Inhaber Kleinbauer oder nur Besitzer oder gar Pächter einiger Parzellen ist, beläuft es sich auf M 750 fallend bis zu 150 M“. „Das Bareinkommen aus der eigenen Wirtschaft beträgt 80 M (Erlös für ein gemästetes Schwein)“, heisst es in einem aus dem Kreise Fritzlar eingegangenen Fragebogen. Interessant ist auch folgende Mitteilung aus dem Kreise Rinteln: „Einkommen aus eigener Wirtschaft 100–200 M, je nach Ausfallen der Obsternte, die für die Tagelöhner bei starkem Anbau von Kirschen äusserst wichtig ist“. Allgemein ist anzunehmen, dass bei einem Besitz von $\frac{1}{2}$ –1 ha der eigene Bedarf an Kartoffeln und Gemüse gedeckt wird, dazu Futter für 1–2 Ziegen, 1–2 Schweine, unter Umständen für eine Kuh, auch für das Geflügel, gewonnen wird. Bei grösserem Besitz wird durch Verkauf von Eiern, auch von Mastschweinen, ausserdem eine Bareinnahme von 80–200 M erzielt werden.

Was die Nutzungen aus Allmende (Weide, Wald etc.) anbetrifft, so finden sich häufig keine Angaben, häufig werden 5, 10, 20, 30, auch 80 M angegeben. In der Heimatgemeinde des Verfassers, dem Städtchen Amöneburg, im Kreise Kirchhain, stellt sich die Allmendenutzung wie folgt: Die Allmende ist in das Eigentum der Gemeinde übergegangen. Die Nutzungen stehen den Bürgern weiter ungeschmälert zu, der Grossbauer wie der Tagelöhner erhält gleichen Anteil. Aus dem Wald (ca. 357 ha) erhält jeder Bürger jährlich ca.:

3 rm Eichen-Scheit- oder Knüppelholz	. 12,— M
1 rm Buchenscheit 7,— „
15 rm Reisig 8,— „
	zusammen 27,— M

Es sind dafür die Hauerkosten (ungefähr M 7,—) zu entrichten, bleiben M 20,—. Zu Johannis erhält jeder ohne Entgelt 1 Auloos = 19 ar Wiese für Heu- und Grummeternte: Wert M 20,—. Sodann ist eine Grossviehweide 35 ha, zusammenhängend, vorhanden. Es ist gemeinsamer Weidegang, der Hüterlohn beträgt M 2,50 pro Stück; jeder kann treiben, so viel er will. Auch die Tagelöhner halten vielfach eine Kuh, der Wert der Weidenutzung beträgt niedrig veranschlagt M 20,—, sicher aber mehr. Ebenso besteht gemeinsame Gänse- und Schweineweide, letztere im Wald. Der Hütelohn beträgt M 1,— bzw. M 2,50 pro Stück, der Wert der Nutzung

mindestens M 2,50 bzw. M 10,—. Ausserdem sind zerstreut liegende Schafhuten (30 ha) vorhanden. Die Tagelöhner haben vielfach 1 bis 2 Schafe, die sie als „Beitreiber“ den Schafherden gegen einen Hütelohn von M 1,— pro Stück beigeben. Die Nutzung ist auf mindestens M 5,— zu veranschlagen. Jeder Tagelöhner kann dieser Nutzung sich teilhaftig machen, er zieht aus der Allmende einen Nutzen von wenigstens M 40,— (Holz und Auloos), kann aber den Nutzen auf mindestens M 77,50 erhöhen, wenn er die ihm gebotenen Vorteile ausnützt. M 77,50 ist aber immerhin ein beträchtlicher Posten im Budget einer Tagelöhnersfamilie.

So bietet denn die Entwicklung der Lage der grundbesitzenden Tagelöhner ein wenn auch nicht rosiges, so doch auch nicht ungünstiges Bild dar. Am besten sind die Tagelöhner gestellt, denen ihr Besitz Vieh- und vor allem Schweinehaltung ermöglicht, sie erzielen aus ihrer eigenen Wirtschaft häufig noch einen Barerlös; dadurch sind sie mitunter in der Lage, sich zu Kleinbauern emporzuarbeiten, sodass die Tagelöhnerei Nebenberuf wird. Nach einem Bericht aus dem Landkreis Cassel sind in einer dortigen Gemeinde drei Bauerngüter von 10—15 ha wegen Tod der Besitzer bzw. Vermögensverfall parzelliert worden. „Der Erwerb erfolgte meistens durch Parzellenbesitzer, die sich zu Kleinbauern emporzuschwingen.“ Ein Bericht aus dem Kreise Melsungen besagt: „Es sind in letzterer Zeit mehrere Güter, wohl meistens wegen schwerer Verschuldung, parzelliert worden. Die Erwerber der Parzellen waren früher landwirtschaftliche Arbeiter, jetzt haben dieselben für sich zu tun.“ Mag im Augenblick ein solcher Vorgang den grösseren Besitzer einer Arbeitskraft berauben, für die Dauer kommt er dem grossen Besitz doch zugute. Denn einmal pflegt aus solchen Familien das Gesinde hervorzugehen, anderseits bleibt mancher Arbeiter auf dem Lande zurück, wenn er sieht, dass auch ihm Gelegenheit gegeben ist, auf der sozialen Stufenleiter emporzusteigen und einmal selbständig zu werden.

Hat sich nun auch eine Besserung in der Lebenshaltung der ländlichen Arbeiter vollzogen? Die Beantwortung dieser Frage erfordert ein Zurückgehen in die Vergangenheit. Vergleichen wir die heutigen Verhältnisse zunächst mit den Erhebungen von 1873, so sind die Löhne durchschnittlich um 55 % gestiegen, das Gesamteinkommen wird eine fast ebenso grosse Steigerung erfahren haben.

Die Durchschnitts-Detailhandelspreise ¹⁾ für Rindfleisch und Schweinefleisch sind in den Jahren 1903—1906 gegenüber dem Durchschnitt 1873—1876 nur um 18 bzw. 17 % gestiegen, das Jahr 1906 allein genommen dagegen allerdings um 24 bzw. 31 %; die Roggenpreise sind 1903—1907 um 22 % niedriger als 1873—1876, dagegen 1906 nur noch 16 %. Die Preise dieser Produkte haben für das Budget einer grundbesitzenden ländlichen Tagelöhnerfamilie bei weitem jedoch nicht die Bedeutung wie für den Haushalt einer industriellen Arbeiterfamilie. Was v. d. Goltz 1875 bezüglich der grundbesitzenden Tagelöhner sagte, gilt auch heute noch: „Sie haben meist ein eigenes Haus, sie bauen auf ihrem Lande Kartoffeln, Gemüse; sie erzeugen in der eigenen Wirtschaft Milch, Fleisch, Eier usw. Bei allen diesen ländlichen Arbeitern und in geringerem Grade auch bei denen, welche bloss ein Stück Land gepachtet haben, dient der bare Lohn wesentlich zur Deckung solcher Lebensbedürfnisse, bei welchen die stattgehabte Preissteigerung eine minder erhebliche gewesen ist. Auch einen Teil des nötigen Getreides produzieren sie vielfach selbst oder erhalten es von dem Arbeitgeber zu einem billigeren als dem gewöhnlichen Preise“ ²⁾. Gegenüber der Periode 1890—1894 sind die Detailhandelspreise für Rind- und Schweinefleisch 1903—1906 um 15 bzw. 12 % gestiegen. Bei Berücksichtigung des Jahres 1906 allein um 22 bzw. 26 %, die Roggenpreise haben in derselben Zeit ein Sinken um 12 bzw. 6 % zu verzeichnen. Die Löhne sind dagegen 1907 durchschnittlich 40 % höher als 1902. Demnach muss sich eine Besserung in der Lebenshaltung der ländlichen Arbeiter vollzogen haben. Einen äusseren Anhalt dafür liefert u. a. auch die Tatsache, dass die Abwanderung seit 1900 erheblich nachgelassen hat. Der Arbeiter findet jetzt auch auf dem Lande einen guten Verdienst, er kann seine Wohnung besser und behaglicher einrichten, von der Kartoffelnahrung mehr zur Getreide- und Fleischnahrung übergehen, kurz sich eine bessere Lebenshaltung als früher gestatten. Natürlich kann bei Gegenüberstellung der materiellen Lage des Landarbeiters und der des Industriearbeiters die Lohnfrage nicht allein berücksichtigt werden; denn dem höheren Lohne des Industriearbeiters stehen auch höhere Ausgaben für Wohnung, Kleidung und Nahrung gegenüber. Der etwas niedrigere Lohn des

¹⁾ Siehe Tabelle XVII Anhang S. XX,

²⁾ „Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich“, Berlin 1875, Seite 497.

Landarbeiters lässt seine Lage noch nicht ungünstiger erscheinen, es fragt sich nur, ob auch im Winter Arbeitsgelegenheit ausreichend vorhanden ist. Diese Frage wird immer mehr akut, je mehr die Dreschmaschine in Anwendung kommt und dem Tagelöhner die sichere Beschäftigung im Winter hinwegnimmt. Allein die eingelaufenen Berichte erklären durchweg, es fänden die Arbeiter auch im Winter reichlich Beschäftigung, vor allem in den Forsten mit Holzfällen und beim Wegebau; nur zwei Fragebogen aus dem Kreise Gersfeld lassen erkennen, dass dort zeitweise Arbeitsgelegenheit im Winter nicht vorhanden ist. Der Waldbestand des Reg.-Bez. Cassel beträgt an reinem Waldland 396 102 ha, davon 207 935 ha Staats- und 65 000 ha Gemeindeforsten. Arbeitsgelegenheit ist also ziemlich vorhanden. Wie viele Arbeiter in den Staatsforsten während der Wintermonate Beschäftigung finden, konnte der Verfasser leider nicht ermitteln; noch viel weniger war dies für die Gemeinde- und Privatforsten möglich. Der Verdienst ist sehr gut. Nach einem Berichte aus dem Kreise Gersfeld verdient ein Mann beim Holzfällen in den Wintermonaten bei Akkordarbeit M 2,70 täglich; das ist ungefähr der Sommertagelohn eines unbeköstigten Tagelöhners. Nach einem Bericht aus einem Forstgutsbezirk im Kreise Rinteln sind in diesem Bezirk 240 Holzhauer vorhanden, die im Sommer als landwirtschaftliche Tagelöhner tätig sind. Als solche erhalten sie M 2,50 täglich ohne Kost. Von Oktober bis April sind sie im Walde beschäftigt, dabei verdienen sie M 3—4, durchschnittlich M 3,80 pro Tag. Das Geschäft eines Holzhauers ist also verhältnismässig einträglich. Leider können nicht alle Tagelöhner mit Holzhauen beschäftigt werden, zumal die Zahl der Arbeiter durch die aus den Industriebezirken heimkehrenden Bauarbeiter und Handwerker vermehrt wird. Doch benötigt auch die Landwirtschaft im Winter Arbeitskräfte und zunächst werden die auch während des Sommers landwirtschaftlich Tätigen herangezogen. So sagt ein Bericht aus dem Kreise Wolfhagen: „Nur die nach auswärts gehenden Arbeiter haben während des Winters meistens keine Beschäftigung.“ Vielfach gehen während der Wintermonate landwirtschaftliche Tagelöhner als „Pferdetreiber“ in die Kohlenbergwerke Westfalens oder auch nach Hannover sowie in die Zuckerfabriken der Provinz Sachsen. Aus Rinteln, Melsungen, Rotenburg und Hersfeld werden solche Fälle mitgeteilt. Anderweitige Erwerbsgelegenheit ist im Winter nicht vorhanden, zumal die Hausindustrie im Reg.-

Bezirk Cassel heute ohne jede Bedeutung ist. In den Fragebogen wird ihrer nirgends Erwähnung getan. Ihr Verschwinden hängt vielfach mit dem Rückgang des Anbaues von Flachs ¹⁾ und Verminderung der Schafhaltung zusammen. In früheren Zeiten war die Leinenweberei als Nebenbeschäftigung namentlich in Niederhessen viel verbreitet. 1846 zählte Kurhessen 4861 Webstühle ²⁾, die nebenberuflichem Erwerb dienten. Sie dürfte heute verschwunden sein. Der Rückgang der Hausweberei ist auch daran erkennbar, dass die Naturalgewährungen an Dienstboten, die in der Hauptsache aus selbstgefertigtem Leinen und Tuch bestanden, wie wir noch sehen werden, stark zurückgegangen oder gänzlich verschwunden sind. Im Kreise Witzenhausen und Gelnhausen wird vereinzelt Zigarrenfabrikation als Hausindustrie betrieben, in der Rhön die Anfertigung von Holzschuhen, in einzelnen Orten des Kreises Rotenburg die Fabrikation von Körben und Besen ³⁾. Angaben über die Höhe des aus diesen Beschäftigungen gewonnenen Einkommens sind nicht gemacht. Nach alledem ist das Einkommen aus hausindustrieller Tätigkeit für das Budget des ländlichen Tagelöhners ohne Bedeutung.

Wichtig für die Gestaltung der ländlichen Arbeiterverhältnisse und die Lage des ländlichen Arbeiters ist die Frage, ob dem Landarbeiter die Erwerbung oder doch wenigstens Pachtung von Grundbesitz und somit die Sesshaftmachung ermöglicht ist. Die Möglichkeit des Ankaufs ist meistens gegeben, in den Industriekreisen und in den Kreisen mit Realteilung mehr als in den rein agrarischen Kreisen und dem Anerbengebiet. Vielfach werden für den grösseren Besitzer unrentable Parzellen abgestossen, auch wird Abverkauf wegen Arbeitermangels, Verkauf wegen Abwanderung, dann Zertrümmerung wegen Ueberschuldung, letzteres namentlich aus den Kreisen Hünfeld, Hersfeld, Rotenburg und Melsungen, berichtet. Die Erwerber waren in den meisten Fällen Arbeiter, die zum Teil schon vorher Grundbesitz hatten, dann auch Kleinbauern, die ihren Besitz vergrössern wollten. Die Berichte illustrieren so recht den „Landhunger“, aber auch die erhöhte Kaufkraft des

¹⁾ 1873 wurden mit Flachs angebaut: 4545 ha, 1900 nur noch 1283 ha, Vierteljahrsschr. d. Stat. d. D. R. 1880 und 1902, Zahl der Schafe 1882: 494 399, 1895: 287 120.

²⁾ Metz, „Stat. Beschreibung des Reg.-Bez. Cassel“, Cassel 1871.

³⁾ Nach den Erhebungen des Ver. f. Soz., 1892.

Tagelöhners. In den Kreisen Gersfeld, Kirchhain, Marburg und Hersfeld scheinen es nicht so sehr die Arbeiter, als vielmehr die Kleinbauern zu sein, die ihren Besitz zu vergrössern streben; wenigstens wird es so in den Berichten meistens angegeben. Dagegen heisst es in einem Berichte aus dem Kreise Ziegenhain: „Die parzellierten Grundstücke sind fast sämtlich von der Arbeiterbevölkerung aufgekauft worden;“ in einem anderen: „Arbeiter, die ihren Besitz vergrössern wollten, haben zugekauft.“ Ein Fragebogen aus dem Kreise Wolfhagen sagt: „Bei Parzellierungen vergrössern namentlich Arbeiter und kleine Stellenbesitzer ihren Besitz.“ Berichte aus dem Kreise Hünfeld melden die Parzellierung von acht Gütern, die meistens wegen Vermögensverfall erfolgte. Die neugeschaffenen Stellen, soweit die Parzellen nicht zugekauft wurden, umfassen 0,5—2 ha, als Käufer werden durchweg landwirtschaftliche Tagelöhner bezeichnet. Ein Bericht aus dem Kreise Fritzlar begründet die Parzellierungen wie folgt: „Sie wurden vorgenommen, weil seitens der kleinen Leute starke Nachfrage nach Land war und hohe Preise erzielt werden konnten.“ Aus dem Orte Kleinseelheim im Kreise Kirchhain wird berichtet, dass die Tagelöhner in der benachbarten Gemarkung Rossdorf Land erwerben, da ihnen in der eigenen Gemeinde Gelegenheit nicht geboten ist. Ueber die Höhe der Bodenpreise finden sich leider keine Angaben. Der Erwerb von Land zu Bauplätzen und auch zur landwirtschaftlichen Benutzung wird aus den Kreisen Marburg, Rotenburg, Cassel und Fulda gemeldet. So sind im Kreise Fulda von einem Gute 90 Morgen Land abverkauft worden. Der Besitzer des Gutes schreibt: „Die parzellierten 90 Morgen Feld und Wiesen haben ausschliesslich Fabrikarbeiter gekauft, um die Haltung von 1—2 Kühen zu ermöglichen, und in demselben Sinne werden bei Parzellierungen kleinerer und Bauerngüter die Grundstücke von Arbeitern angekauft.“ Es ergibt sich also, dass der ländliche Tagelöhner allgemein die Möglichkeit hat, Grundbesitz zu erwerben, dass er aber auch in der Lage ist, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, und drittens, dass er es häufig tut. Es gilt heute in verstärktem Masse, was schon 1892 ein hessischer Landwirt schrieb¹⁾: „Es ist nicht zu verkennen, dass der Arbeiter bei der Gelegenheit, das ganze Jahr hindurch hohen Verdienst zu bekommen, in eine bessere Lage gekommen ist als früher. Das kennzeichnet sich besonders darin,

¹⁾ Schrift des Vereins für Sozialpolitik, B. 54, S. 266.

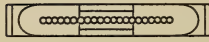
dass er bei Verkäufen von Ländereien viel mehr als früher als Mitbewerber und Käufer auftritt. Entschieden zeigt sich weit öfters als früher, dass Arbeiter sparen, um Land erwerben zu können. Die Gelegenheit zu Landerwerb ist für den Arbeiter günstig.“ Pachtgelegenheit ist fast noch mehr geboten, als Kaufgelegenheit, auch über die Pachtpreise sind Angaben leider nicht gemacht, nur im Kreise Rinteln ist in einem Falle die Pachtsumme pro Morgen angegeben, sie beträgt 25 M.

Werfen wir noch einen Blick auf den Spartrieb der Tagelöhner. Es ist klar, dass die landerwerbenden Tagelöhner Kapitalien nicht besitzen, sondern ihre Ersparnisse zu Abzahlungen, zur Wirtschaftseinrichtung und -verbesserung benutzen, also über Einlagen bei Kassen weiter nicht verfügen. Bei 13 Darlehnskassen ¹⁾ und 1 Kreiskasse im Kreise Gersfeld, bei denen der Verfasser diesbezügliche Erhebungen anstellen liess, hatten 76 Tagelöhner und 96 Tagelöhnerinnen Spareinlagen. 21 Tagelöhner und 38 Tagelöhnerinnen besaßen Sparbücher über 10—100 M, 33 Tagelöhner und 42 Tagelöhnerinnen solche über 100—500 M, über Einlagen von 500—1000 M verfügten 10 Tagelöhner und 14 Tagelöhnerinnen, 8 Tagelöhner hatten Einlagen von 1000—2000 M, 4 Tagelöhner und 2 Tagelöhnerinnen solche über 2000 M. Die Zahlen beweisen, dass heute auch der Tagelöhner in der Lage ist zu sparen; sie sind ein erfreuliches Zeichen der Aufwärtsbewegung dieser Bevölkerungsschicht in volks- und hauswirtschaftlicher Beziehung.

Die Untersuchungen über die Lage der ländlichen Tagelöhner haben zu folgendem Ergebnis geführt: Die grundbesitzlosen Tagelöhner dürften erfreulicher Weise fast gänzlich verschwunden sein. Sie sind zur Industrie übergegangen, ein ländliches Arbeiterproletariat existiert wohl nirgends mehr. Die Lage der grundbesitzenden Tagelöhner ist, wenn auch noch verbesserungsbedürftig, keineswegs ungünstig zu nennen. Wo der Grundbesitz und damit die Viehhaltung grösser, somit ein Bareinkommen aus der eigenen Wirtschaft garantiert ist, sind die Verhältnisse recht erträglich; der gute Lohn, dazu die mehr oder minder grosse Deckung des Nahrungsbedarfs aus der eigenen Wirtschaft ermöglichen eine gute Lebenshaltung. Ist der Besitz kleiner, so sind die Verhältnisse etwas ungünstiger. Daneben weist die Lage des ländlichen Tagelöhners mancherlei Schattenseiten

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle XVIII.

auf, als solche sind zu nennen: Die zeitweise Beschäftigungslosigkeit im Winter, der Rückgang der Allmende und damit des Einkommens aus der eigenen Wirtschaft, die Schwierigkeit des Landerwerbs bei hohen Grundstückspreisen, die fehlende Bildungsmöglichkeit, das Fehlen der gemeinsamen Interessenvertretung.



3. Kapitel.

Das Gesinde.

In Gegenden mit vorwiegend bäuerlichen Betrieben pflegt das Gesinde in der Zahl der in der Landwirtschaft hauptberuflich Tätigen eine hervorragende Stellung einzunehmen. Der bäuerliche Betrieb mit seiner in der Regel starken Viehhaltung und seiner Intensität ist so recht auf die Gesindehaltung zugeschnitten. Es ist deshalb anzunehmen, dass auch in Kurhessen eine rege Nachfrage nach Gesinde besteht. Dies ist in der Tat so, leider hat aber, wie wir bereits gesehen haben, die Zahl der Gesindepersonen sich in den Jahren 1882—95 um 1093 vermindert, und zwar die Zahl der Knechte um nicht weniger als 1909, während die der Mägde eine kleine Zunahme um 816 Personen erfahren hat. Immerhin steht hinsichtlich der Gesindehaltung der Reg.-Bez. Cassel günstiger da als andere Teile Preussens. Es kamen 1895 im Reg.-Bez. Cassel auf 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche 4,8 Gesindepersonen, in Preussen nur 4,4. Gleichwohl besteht in Kurhessen ein fühlbarer Mangel an Gesinde. Wir haben bereits auf eine derartige Aeusserung in den Jahresberichten der Landwirtschaftskammer ¹⁾ hingewiesen, auch in den eingegangenen Berichten finden sich solche Klagen, insbesondere mangelt es an Knechten. Im allgemeinen konnte 1895 der Bedarf an Gesinde noch hinreichend gedeckt werden in den Kreisen Marburg, Homberg, Ziegenhain, Fritzlar. Hier machte das Gesinde ca. $\frac{1}{4}$ aller hauptberuflich in der Landwirtschaft Erwerbstätigen aus. Auch in den Kreisen Rinteln und Fulda war das Verhältnis noch im allgemeinen befriedigend zu nennen, es kamen in den 6 genannten Kreisen Gesindepersonen auf 100 ha: 7,2, 7,0, 6,6, 5,9, 5,9, 5,9, dagegen in Rotenburg, das ungefähr dieselbe Besitzverteilung wie Fritzlar aufweist, noch nicht ganz 3, in Hersfeld, das hinsichtlich der Grundbesitzverteilung Ziegenhain nahesteht, 3 Gesindepersonen auf 100 ha. So kann es denn nicht wunder nehmen, wenn in fast ganz Kurhessen die Klagen über die Gesindenot nicht nur nicht verstummen wollen, sondern tagtäglich lauter und eindringlicher

¹⁾ Siehe Seite 28.

werden. „Es fehlt an Gesinde, namentlich an Knechten,“ „unverheiratete Knechte sind überhaupt nicht zu bekommen,“ „Knechte sind hier nicht vorhanden“, heisst es vielfach in den Berichten, dagegen ist über einen Mangel an Mägden fast nichts gesagt. Hiermit stimmt es auch überein, dass die Frage: „Widmen sich die Kinder der landwirtschaftlichen Arbeiter wieder der Landwirtschaft?“ fast allgemein dahin beantwortet ist: „Die Mädchen meistens“, „die Mädchen in der Mehrzahl“, „Die Mädchen zu 50 %“, dagegen: „Die Knaben nur selten“, „nur zum geringen Teil“, „ $\frac{1}{3}$ ja, die anderen gehen zur Industrie“. Ein Zeichen der im Gesindewesen eingetretenen Zersetzung ist auch die wöchentliche oder monatliche Zahlung, die statt der früher üblichen jährlichen oder doch vierteljährlichen hier und da Platz gegriffen hat. Auch die Naturalgewährungen¹⁾ sind in starkem Abnehmen begriffen, in Hanau und Gelnhausen sind sie fast verschwunden, in Schlüchtern, Fulda, Gersfeld u. a. verringert sich ihr Wert immer mehr, während sie in Ziegenhain und Fritzlar fast noch $\frac{1}{4}$, mitunter sogar $\frac{1}{3}$ des Barlohnes ausmachen.

Wenden wir uns nunmehr den Lohnverhältnissen zu. Es ist bei der Fülle des eingegangenen Materials und der Eigenart der ganzen Materie ausserordentlich schwierig, ein annähernd genaues Bild zu entwerfen. Nicht nur die einzelnen Kreise, ja schon die einzelnen Ortschaften selbst weisen mitunter weitgehende Unterschiede auf; zum Teil rührt dies daher, dass beim Gesinde weit mehr als bei den Tagelöhnern die Person selbst bezüglich der Lohnverhältnisse in den Vordergrund tritt. Alter, Geschlecht, physische und geistige Leistungsfähigkeit spielen bei der Lohnbemessung eine erhebliche Rolle. Wir haben den Versuch gemacht, aus unseren Erhebungen und denjenigen des Vereins für Sozialpolitik aus dem Jahre 1892 eine Tabelle²⁾ zu gewinnen. Sie zeigt deutlich eine gewaltige Steigerung der Löhne in den letzten 15 Jahren. Lassen wir den Kreis Rinteln (die Angaben für Rinteln aus dem Jahre 1892 beziehen sich nur auf ganz grosse Güter) ausser Betracht, so ergibt sich, dass 1892 die Knechtlöhne ein Lohnmaximum von ca. M 250 und darunter erreichten in den Kreisen Eschwege, Gersfeld, Witzenhausen, Landkreis Hanau³⁾, Hünfeld³⁾, Hersfeld, Ziegenhain und Wolfhagen, ein Lohnmaximum von M 300 erreichten

¹⁾ Vgl. S. 48 ff. und S. 57.

²⁾ Siehe Anhang Tabelle XIX.

³⁾ In bäuerlichen Besitzungen.

sie in den Kreisen Landkreis Cassel, Fritzlar, Hofgeismar, Homberg, Melsungen, Rotenburg, Frankenberg, Fulda, Gelnhausen, Schlüchtern und Schmalkalden. Das Lohnmaximum dieser Kreise bildete 1908 das Lohnminimum in den Kreisen Eschwege, Hofgeismar, Melsungen, Rotenburg, Marburg, Kirchhain, Ziegenhain, Fulda, Hünfeld, Hanau, Gelnhausen, Schlüchtern und Gersfeld. In den Kreisen Landkreis Cassel, Fritzlar, Homberg, Witzenhausen, Wolfhagen ging das Lohnminimum 1907 über M 300 hinaus, es betrug in Cassel, Witzenhausen und Homberg sogar M 350. Im Kreise Rinteln betrug das Lohnminimum M 250, im Kreise Hersfeld in bäuerlichen Wirtschaften M 280. Andererseits ist das Lohnmaximum in einzelnen Kreisen (Cassel, Fulda) bis auf M 500 gestiegen, die allerdings nur in seltenen Fällen gezahlt werden. Durchschnittlich bewegen sich die Löhne zwischen M 300—400. Eine besonders starke Lohnsteigerung haben erfahren der Landkreis Cassel; dann Fritzlar, Homberg, Hersfeld, Witzenhausen, Wolfhagen, Hünfeld, Gersfeld, Ziegenhain. Neben den industriellen Kreisen Landkreis Cassel und Landkreis Hanau sind es also 6 überwiegend ländliche Kreise, die an der stärksten Lohnsteigerung beteiligt sind. Die Minima von 1908 erheben sich hier um ca. M 120—150 über diejenigen von 1892. Die Maxima von 1908 stehen M 110—200 über denjenigen des Jahres 1892. Die Löhne der Knechte haben in den letzten 15 Jahren eine Steigerung von 50—60% erfahren. Dabei ist allerdings zu bemerken, dass die Naturalgewährungen durchweg zurückgegangen sind.

Dasselbe Bild zeigen die Mägdelöhne. Während 1892 das Lohnminimum zwischen 90 und 120 M in den einzelnen Teilen des Reg.-Bez. schwankte, ging es 1908 nicht unter 150 M hinunter, betrug meistens 160 und 180 M. Das durchschnittliche Lohnmaximum betrug 1892 circa 150, vereinzelt 180 M, 1908 meist 240 M, in einer Anzahl Kreise (5) 210 M. Löhne von 90—120 M, wie sie 1892 noch zu finden waren, sind heute nicht mehr anzutreffen. Besonders bemerkenswert ist die Lohnsteigerung in den Kreisen Fritzlar, Hofgeismar, Rotenburg, Fulda, Hünfeld, Ziegenhain, Schmalkalden, Gelnhausen und Gersfeld. Allgemein sind die Mägdelöhne um circa 50% in die Höhe gegangen.

Erst recht fällt die Lohnsteigerung in die Augen, wenn wir die Erhebung von 1873 ¹⁾ zum Vergleich heranziehen. Der Durch-

¹⁾ v. d. Goltz: „Die Lage der ländlichen Arbeiter im deutschen Reich“, Berlin 1875, S. 64/65.

schnittslohn eines Knechtes betrug 1873 im Landkreis Cassel 60 Taler, in Wolfhagen 50, in Gelnhausen $33\frac{1}{3}$, in Hanau 60 Taler. Eine Magd erhielt im Landkreis Cassel 29 Taler, in Wolfhagen 25, in Gelnhausen $26\frac{1}{3}$, in Hanau 40 Taler, in Frankenberg gar erst 20 Taler. Fast alle diese Zahlen erreichen kaum die Hälfte des heutigen Minimallohnes, in Gelnhausen beträgt z. B. der heutige Minimallohn eines Knechtes das dreifache des Durchschnittslohnes von 1873.

Allgemein tritt also eine beträchtliche Zunahme der Löhne zu Tage, nicht nur in den industriellen und den der Stadt nahegelegenen Kreisen, auch in den rein ländlichen Kreisen, in diesen oft in erhöhtem Masse. Die früheren Unterschiede gleichen sich immer mehr aus. Die Gründe für diese Erscheinung sind dieselben, wie sie bereits bei der Steigerung der Löhne der freien Tagelöhner besprochen worden sind.

Eine besondere Würdigung verdienen noch die neben dem Barlohn gewährten Geschenke, Naturalien usw., zumal sie leider immer mehr in Wegfall zu kommen drohen. Nur noch unbedeutend sind sie in Hanau und Gelnhausen; ihr Wert wird hier mit 10—20 M angegeben, es sind meistens Führen für die Eltern des Gesindes und kleine Weihnachtsgeschenke. Auch in den Kreisen Fulda, Gersfeld, Schlüchtern und Hünfeld gehen die Naturalgewährungen immer mehr zurück. Eine hohe Bedeutung dagegen haben sie noch in Ober- und Niederhessen, namentlich in den Kreisen Marburg, Kirchhain, Ziegenhain und Fritzlar, in denen alte Sitte und Tracht, wie überhaupt altes Wesen, sich am besten erhalten hat. So erhält z. B. eine Magd in Niedergrenzebach ¹⁾ im Kreise Ziegenhain neben 195 M Barlohn 2 Ztr. Roggen, 2 Ztr. Weizen, $\frac{1}{2}$ Acker Kartoffelland, 4 Pfund Wolle, 2 Steigen (à 20 Ellen) Hemdentuch, 2 Steigen Bettbezüge, 1 Rock, 1 Schürze, für die Eltern wird ein Tag Gespannarbeit geleistet. In Emsdorf ¹⁾, Kreis Kirchhain, erhält eine Magd neben einem Barlohn von 180 M, Land zu Flachs 20 M, 1 Rock 10 M, 1 Paar Schuhe zu 14 M, Leinen für 15 M, Wolle für 6 M, Führen für die Eltern im Werte von 20 M. So spielen in diesen Kreisen die Naturalgewährungen, namentlich bei dem weiblichen Gesinde, noch eine hervorragende Rolle. Ihre Beibehaltung ist in beiderseitigem Interesse nur zu wünschen. Leider geht hier der

¹⁾ Nach einem dem Verfasser zugestellten Kontrakt.

Grossgrundbesitz mit einem schlechten Beispiel voran, indem er die Naturalgewährungen aufgibt, dafür aber einen höheren Barlohn gewährt.

Da lediges Gesinde nicht mehr leicht zu bekommen ist, sehen sich die Besitzer genötigt, in steigendem Masse verheiratete Leute als Knechte anzuwerben. Diese essen und schlafen in der Regel zu Hause, erhalten infolgedessen natürlich einen höheren Barlohn. Auf grossen Gütern wird ihnen häufig freie Wohnung, Futter für 1—2 Ziegen, Kartoffel- und Getreidedeputat, an dessen Stelle auch $12\frac{1}{2}$ —25 ar Land gewährt. Ihr Gesamteinkommen wird im Kreise Kirchbain mit 900—1000 M angegeben; in Gersfeld beläuft es sich auf M 750 Barlohn, dazu Wohnung und Feuerung im Werte von 95 M, zusammen M 850. Im Kreise Rinteln werden sehr viele verheiratete Knechte gehalten. Auf einem grösseren Gute des Kreises z. B. erhält ein solcher Knecht in den 7 Sommermonaten 52 M Barlohn monatlich = 364 M, in den 5 Wintermonaten 48 M = 240 M, zusammen 604 M Barlohn, dazu $\frac{1}{2}$ Morgen gedüngtes Land, $\frac{1}{4}$ Morgen Garten, Wohnung und Feuerung, Ackerbestellung, Führen etc. im Gesamtwerte von 86 M. Der Barlohn für verheiratete Knechte schwankt zwischen 570 und 650 M, je nach dem Umfang der ihnen gewährten Naturalien. Das Bareinkommen wird häufig noch durch Arbeit von Frau und Kindern erhöht. Auf einem grossen Gute im Kreise Hünfeld erhalten verheiratete Knechte sogar einen Barlohn von 800 M, dazu Naturalgewährungen im Werte von 90 Mark. Das Gesamteinkommen einer solchen Arbeiterfamilie im Reg.-Bez. Cassel dürfte sich incl. der gewährten Naturalien auf 750—950 M belaufen.

Eine besondere Art des Gesindes bilden dann die Kuh-schweizer¹⁾, die speziell in der Wartung und Pflege des Rindviehs ausgebildet sind und als Qualitätsarbeiter einen hohen Lohn beziehen. Ihre Löhnung ist jedoch recht verschieden, je nachdem ihnen freie Station gewährt wird oder nicht, desgleichen nach dem Umfang der gewährten Naturalien. Oberschweizer, die aus ihrer Tasche einen Unterschweizer bezahlen müssen, erhalten natürlich einen entsprechenden Aufschlag. So erhält im Landkreise Hanau ein Schweizer z. B. 820 M Barlohn, dazu freie Wohnung, Feuerung und Kartoffeln. Auf einem anderen Gute im selben Kreise erhält der Schweizer wöchentlich 16,50 M = 858 M jährlich, dazu wöchentlich 7 Liter

¹⁾ Einen Arbeitsvertrag mit einem Schweizer, siehe Anlagen, Seite XXIII.

Milch und 25 Pfund Kartoffeln. Im Kreise Rinteln bezieht der Schweizer eines Gutes 60 M monatlich bei freier Station. Auf einem anderen Gute desselben Kreises erhält der Oberschweizer 2040 M bar, dazu Naturalien im Werte von 360 M, hat aber dafür auch einen Unterschweizer auf seine Kosten zu halten. Auf einem Gute des Kreises Hersfeld erhält der Oberschweizer ohne Beköstigung 1250 M, dazu Naturalien für 360 M. Die Löhne dieser Kategorie von Gesinde müssen ebenfalls als günstig bezeichnet werden. Die Qualitätsarbeit wird demnach auch auf dem Lande entsprechend bezahlt.

Trotz der teilweise ganz enormen Steigerung der Löhne müssen die Zustände im Gesindewesen, wie wir eingangs sahen, als unerfreulich bezeichnet werden. Eine Lohnfrage aber gibt es nicht, die Bezahlung ist eine durchaus angemessene. Dies geht auch aus der Beteiligung der Dienstboten an den Einlagen der Darlehnskassen hervor. Nach einer vom Verfasser bei 12 Darlehnskassen und einer Kreiskasse im Kreise Gersfeld vorgenommenen Ermittlung ¹⁾ hatten zusammen 241 Knechte und 421 Mägde, d. h. 77% aller 1895 dort ermittelten Gesindepersonen, Einlagen bei diesen Kassen. Es fehlen aber noch einige Kassen, sodass sich die Beteiligungsziffer sicher noch erhöhen würde. 43 Knechte und 92 Mägde hatten Einlagen in der Höhe von 10—50 M, 44 Knechte und 79 Mägde solcher von 50—100 M, 63 Knechte und 118 Mägde besaßen Einlagen von 100—300 M, 33 Knechte und 46 Mägde solche von 300—500 M, bei 33 Knechten und 49 Mägden schwankten die Einlagen zwischen 500—1000 M, 21 Knechte und 23 Mägde hatten Guthaben von 1000—2000 M, 12 Knechte und 4 Mägde solche von 2000 M und mehr; im letzteren Falle mag vielleicht ererbtes Vermögen mitenthalten sein. Die Statistik lehrt aber, dass das Gesinde recht wohl in der Lage ist, Ersparnisse zu machen. Die Darlehnskassen geben ihm Gelegenheit zum Anlegen der Gelder, und diese Gelegenheit wird erfreulicherweise rege benutzt, von den Mägden mehr als von den Knechten. Auch die Beköstigung ist entschieden besser geworden: „Das Gesinde isst mit der Herrschaft an einem Tisch“, heisst es häufig in den Fragebogen. Die Fleischkost hat zugenommen, im allgemeinen ist die Kost in bäuerlichen Wirtschaften besser als auf den grossen Gütern, nur im Kreise Schlüchtern scheint es umgekehrt zu sein. Am schlechtesten steht es in dieser Hinsicht in den Kreisen

¹⁾ Siehe Anhang, Tabelle XVIII.

Schlichtern, Hünfeld, Rotenburg, Melsungen, Wolfhagen. Hier erhält das Gesinde nur 3—4 Mal in der Woche Fleischkost. 4—5 Mal wöchentlich wird dem Gesinde Fleischkost verabreicht in den Kreisen Hersfeld, Gersfeld, Fritzlar, Eschwege und Rinteln. Am besten sind die Verhältnisse in den Kreisen Kirchhain, Marburg, Gelnhausen, Cassel, Fulda und Hanau. In diesen Kreisen erhält das Gesinde tagtäglich Fleisch, in der Erntezeit sogar 2—3 Mal täglich. Auch die Arbeit ist für das Gesinde nicht allzu drückend, der hohen Zahl von Arbeitsstunden in den Sommertagen stehen die Wintertage mit weniger Arbeitsstunden gegenüber. Die Dreschmaschine hat ihm dazu die schwere Arbeit des Dreschens in der Hauptsache abgenommen. Ferner sind die Wohnräume für die Dienstboten entschieden verbessert worden. Das Schlafen in einer im Stall untergebrachten Bettstelle hat aufgehört, helle, luftige, heiz- und verschliessbare Kammern stehen heute in der Regel dem Gesinde zur Verfügung. Die Wohnungsverhältnisse werden allgemein als gut, ja als sehr gut bezeichnet. Trotz aller dieser Fortschritte und Verbesserungen ist bei den jungen Leuten keine Neigung mehr vorhanden, sich dem Gesindedienst zu widmen. Woran ist das gelegen? Welches sind die Gründe dieser Erscheinung? „Die Neigung zu Gesindedienst nimmt im gleichen Verhältnis ab, als die Wertschätzung der persönlichen Freiheit wächst“, sagt v. d. Goltz ¹⁾, ähnlich drücken sich andere Autoren aus, wir werden auf diese Dinge noch zurückzukommen haben.

¹⁾ „Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung“, Danzig 1879.



4. Kapitel.

Wanderarbeiter.

Wir haben bereits betont, dass die ausländischen Wanderarbeiter für absehbare Zeit in der deutschen Landwirtschaft nicht entbehrt werden können, ja ihre Zahl von Jahr zu Jahr wächst. Nach einer auf Grund amtlicher Quellen bearbeiteten Statistik des polnischen Wirtschaftsstatistikers Caro ¹⁾ kamen 1905 105 833 polnische Wanderarbeiter allein über die beiden Stationen Oswieczim und Sczakowa nach Deutschland, 1906 110 692. Insgesamt werden jährlich ca. 260 000 solcher Arbeiter von der deutschen Landwirtschaft herangezogen. Auch die Landwirtschaft des Reg.-Bez. Cassel hat zu diesem Notbehelf ihre Zuflucht in steigendem Masse nehmen müssen. 1873 ²⁾ finden sich nur in den Kreisen Schlüchtern und Frankenberg fremde, aber inländische Arbeitskräfte. Schlüchtern holte sie aus der Rhön, Frankenberg aus den benachbarten Kreisen. Die Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik ³⁾ im Jahre 1892 berichten über die Verwendung von ausländischen Wanderarbeitern auf fast allen grösseren Gütern Niederhessens, sowie der Kreise Rinteln, Fulda und Gelnhausen. Oberhessen kam 1892 ohne Wanderarbeiter aus, desgleichen Hünfeld, Gersfeld, Schlüchtern und Hanau. Dieses Bild trifft, abgesehen von Hanau, ungefähr auch für heute das Richtige. Während aber Ende der 90er Jahre nur ca. 1000 ausländische Wanderarbeiter im Reg.-Bez. Cassel beschäftigt wurden, waren es 1906 3241. Tabelle XX ⁴⁾ des Anhangs veranschaulicht ihre Verteilung auf die einzelnen Kreise, sowie die Gliederung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, ca. 84 % sind darnach russische, 16 % österreichische Untertanen, 48 % Männer, 52 % Frauen; alle sind polnischer Nationalität. Gersfeld, Kirchhain und Marburg ziehen

¹⁾ Siehe „Germania“ Nr. 288, 14. Dezember 1907.

²⁾ v. d. Goltz: „Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich“, S. 290 – 91, Bertin 1875.

³⁾ Schriften des Vereins für Sozialpolitik, B. 54, Seite 258 ff.

⁴⁾ Von der hessischen Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau zur Verfügung gestellt.

fast gar keine ausländischen Arbeitskräfte heran, verhältnismässig viel dagegen Hofgeismar (348), Fritzlar (312), Eschwege (310), Cassel Land (283) und Witzenhausen (257). Jeder dieser Kreise zählt über 15 Güter von 100 ha Grösse und mehr, daher diese Erscheinung.

Wenden wir uns nunmehr den Lohn- und Einkommensverhältnissen der Wanderarbeiter zu. Deutsche Wanderarbeiter, aus der Rhön stammend, werden, wenn auch in abnehmender Zahl, in den Kreisen Schlüchtern, Gelnhausen und Hanau beschäftigt. In Schlüchtern erhalten die „Fuldaer Mädchen“, die in der Zeit vom 1. April bis 10. November hier Arbeit finden, täglich M 1,20—1,50, dazu volle Kost. Ihr Bareinkommen beläuft sich also auf circa 225 bis 285 M. Im Kreise Gelnhausen verdienen die aus der Rhön bezogenen Arbeiter in der Erntezeit 3 M täglich, die Mädchen 2,— bis 2,50 M. Dazu erhalten sie Wohnung und Kost. Ihr Barverdienst während der Erntemonate wird mit 240 bzw. 160—200 M. angegeben. Im Kreise Kirchhain werden in unerheblicher Zahl Mädchen aus dem Kreise Hersfeld ohne Vermittelung für die Zeit vom 1. April bis 1. November bezogen. Bei voller Verköstigung verdienen sie in dieser Zeit $250 \text{ M} = 1,35 \text{ M}$ täglich. Im Kreise Marburg dengen die grösseren Landwirte bei Bedarf für die Zeit von Juli bis zur Beendigung der Ernte Mädchen aus den umliegenden Gebieten. Sie erhalten Wohnung und Verpflegung, dazu täglich 1,25 M, ihr Bareinkommen beläuft sich in 12 Wochen auf ca. 105 M.

Die russisch-polnischen Arbeiterinnen erhalten ungefähr denselben Taglohn, aber keine Beköstigung, sondern nur Wohnung und ein bestimmtes Deputat. Die Männer stehen im Lohn den deutschen Wanderarbeitern erheblich nach. Der Taglohn des ausländischen Arbeiters ist für das ganze Gebiet ziemlich einheitlich, er beträgt, da die Verträge meistens nach demselben Formular und den darin normierten Sätzen abgeschlossen sind, für Männer 1,50 bis 2,— M, für Frauen und Mädchen 1,20 bis 1,30 M. Gegen 1892 ist er um ca. 20—40 % gestiegen. In der Erntezeit erhalten die Leute eine Zulage, die Männer 30—50 Pfennige, die Frauen 20 bis 50 Pfennige. Wenn es jedoch irgendwie angängig ist, arbeiten die Wanderarbeiter in Akkord. Russisch-polnische Wanderarbeiter nehmen überhaupt Verträge ohne reichliche Akkordarbeit nicht an. Bei Akkordarbeit stehen sie sich erheblich besser. Männer verdienen dabei 2,50—3—4 M pro Tag, Frauen und Mädchen 1,80—2—2,50 M. Die Naturallieferungen sind überall fast dieselben. Es werden

in der Regel gewährt pro Person und Woche: 25 Pfd. Kartoffeln, 3½ Liter Vollmilch, das nötige Salz, Licht und Wohnung; Galizier erhalten dazu auch noch 1 Pfund Schmalz, 1 Pfund Fleisch, 1 Pfund Reis und 1 Pfund Graupen, ihr Barlohn ist geringer. Der Wert der Naturalien wird verschieden angegeben, bald mit 0,20 M, bald mit 0,40 M, auch mit 0,50 M und 0,60 M pro Person und Tag. Ferner erhalten die Wanderarbeiter, die ihren Kontrakt inne halten, Reisevergütung für die Her- und Rückfahrt, sie beträgt durchschnittlich 25—30 M. Das Kochen besorgt in der Regel eine der Frauen, welche zu diesem Zwecke die Arbeitsstelle früher verlassen darf. Dass der Arbeitgeber für die Wanderarbeiter eine eigene Kochfrau hält, wird nur in zwei Fällen berichtet¹⁾. Volle Kost erhalten die Wanderarbeiter nur in ganz vereinzelter Fällen, in der Regel nur, wenn sie in geringerer Anzahl auf einem grösseren Bauerngute tätig sind; so z. B. in Obervellmar im Landkreise Cassel. Männer erhalten in diesem Falle einen Tagelohn von 1,60 M, Mädchen 1,00—1,20 M. Hie und da, z. B. in Oberzwehren, Ldkr. Cassel, erhalten die Wanderarbeiter neben Wohnung sogen. „halbe Kost“, d. h. Morgenkaffee, Mittag- und Abendessen, dazu in 7—8 Monaten Männer 300—350 M, Frauen 270—300 M, ausserdem 34 M Reisevergütung.

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Wanderarbeiter auf manchen Gütern 7, auf anderen 8—9 Monate beschäftigt werden, dass sie bald im Taglohn, bald im Akkord arbeiten, dass die gewährten Naturalien verschiedenen Wert besitzen, so ist es klar, dass ein richtiges Bild über ihr Gesamteinkommen kaum zu entwerfen ist. Es wird für die Männer durchschnittlich mit 500 bis 550, für die Mädchen mit 325—400 M angegeben. In der Regel werden die Leute 8 Monate beschäftigt, d. h. ca. 205 Arbeitstage, die Akkordarbeit bildet die Regel. Nehmen wir 120 Akkordarbeitstage für den starken männlichen Arbeiter à 2,75 M = 330 M, 85 Tagelohnarbeitstage à 1,75 M = 150 M, Reisevergütung 30 M, so ergibt das insgesamt 510 M Bareinkommen. Für Mädchen dürften sich die Zahlen folgendermassen stellen: 120 Akkordarbeitstage à 2 M = 240 M, 85 Tagelohnarbeitstage à 1,25 M = 106,25 M, Reisevergütung 30 M, zusammen 376,25 M.

¹⁾ Nach dem Kontraktsformular der Feldarbeiterzentrale nur bei mindestens 20 Arbeitern.

Was kostet nun eine solche Arbeitskraft den Arbeitgeber? Um dies festzustellen, ist zu dem oben berechneten Bareinkommen noch der Wert für die Wohnung und die gewährten Naturalien sowie die Vermittlungsgebühren hinzu zu rechnen. Wohnung und Naturalien dürften nach den Angaben mit durchschnittlich 90 M pro Person in Anschlag zu bringen sein. Die Vermittlungskosten sind sehr verschieden, sie schwanken zwischen 3—15 M pro Person; ungefähr die Hälfte aller Wanderarbeiter wird im Reg.-Bez. Cassel durch die Vorarbeiter bezogen. Sie erhalten für jede vermittelte Person in der Regel 3 M. Teurer ist natürlich die Vermittlung durch den Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer, H. Schultz in Witzenhausen, bzw. die deutsche Feldarbeiterzentrale in Berlin. Letztere berechnet pro Person eine Einschreibgebühr von 1 M (jedoch höchstens 10 M für einen Auftrag), dann eine Uebernahmegebühr von 2 M, für die Beförderung vom Wohnsitz des Arbeiters nach der Grenze 3—7,50 M; bei kleineren Aufträgen erhöhen sich die Gebühren um 1—2 M pro Person; im günstigsten Falle wird sich sonach die Vermittlungsgebühr auf 8—10 M pro Person belaufen. Der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer vermittelte 1906¹⁾: 1251 d. h. über $\frac{1}{3}$ der im Reg.-Bez. Cassel beschäftigten Wanderarbeiter. In anderen Fällen besorgten Breslauer Agenten die Arbeiter, diese Vermittlung dürfte die teuerste sein. Es kostet also die Beschäftigung eines männlichen Arbeiters den Landwirt durchschnittlich 610 M, die Beschäftigung einer Arbeiterin 476,25 M. Bei 205 Arbeitstagen ergibt das pro Tag 3 M bzw. 2,35 M. Die Arbeit kommt also mindestens so teuer wie diejenige zeitweise beschäftigter freier Tagelöhner ohne Kost. Dazu kommt, dass die Leute leicht zum Kontraktbruch neigen und bei Differenzen einfach die Arbeit niederlegen, sodass der Arbeitgeber in die grösste Verlegenheit gerät. Um diesen Misständen vorzubeugen, hat die Landwirtschaftskammer 1902 Arbeitskontraktformulare in zweisprachischem Text erscheinen lassen und ihre Verwendung den Interessenten empfohlen. Auch die deutsche Feldarbeiterzentrale wendet solche Formulare an. Kontraktbrüche sind seitdem seltener geworden.

Einen heiklen Punkt bilden vom sozialen und sittlichen Standpunkt aus die Wohnungsverhältnisse. Die Ansprüche der polnischen Wanderarbeiter sind in dieser Beziehung entsprechend

¹⁾ Jahresbericht der Landwirtschaftskammer 1905/06, S. 65.

ihrer kulturellen Bildung nicht besonders gross. Eine Trennung nach Geschlechtern ist zwar auf Grund polizeilicher Vorschriften durchgeführt, allgemein aber sind die Schlafräume nicht besonders hell, mitunter feucht und unreinlich, ein Strohsack mit wollener Decke bildet das Nachtlager. Am besten dürfte es auf den Domänen sein; völlig den Forderungen der Neuzeit entsprechen die Arbeiterwohnungen, die neu errichtet sind. Ueber die Einrichtung der Arbeiterwohnungen auf den Domänen gelten allgemeine Vorschriften, die indes den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend modifiziert sind. Eine im Vorjahr auf der Domäne Maberzell im Kreise Fulda errichtete Wohnung für Wanderarbeiter enthält im Erdgeschoss die Küche, den Essraum sowie Wohn- und Schlafgemächer für den Aufseher. Im Obergeschoss (1. Stockwerk) befinden sich auf der einen Seite der Schlafraum und das Krankenzimmer für die Frauen, auf der anderen, durch eine durchgehende Wand von diesen getrennt, der Schlafraum für die Männer, sowie ein Krankenzimmer. Für den Neubau auf der Domäne Maberzell ist der Schlafraum für 10 Frauen berechnet. Der Rauminhalt beträgt pro Person 10—12 Kubikmeter. Der „Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege“ verlangt mindestens 10 cbm Schlafraum für jede erwachsene Person. Diese Ziffer stellt demnach das Mindeste dar, was aus Gesundheitsrücksichten verlangt werden muss. Das Krankenzimmer für Frauen hat einen Rauminhalt von 22 Kubikmetern. Es sei noch einmal bemerkt, dass diese Bauten im Sommer 1908 aufgeführt wurden. Wie mögen dagegen die Zustände auf solchen Gütern sein, auf denen die Schlafräume in alten Bauten sich befinden?

Die Verwendung ausländischer Wanderarbeiter ist als unerfreulich zu bezeichnen. Sie kommen hauptsächlich für den Grossgrundbesitz in Betracht, für den bäuerlichen Besitz wohl kaum, einmal weil sie nur in grösseren Trupps zu arbeiten pflegen, dann aber auch, weil sie für die Wartung des Viehes, das in den bäuerlichen Wirtschaften einen grossen Teil der Kräfte beansprucht, nicht anstellig sind. Sie sind nur zu den groben Feldarbeiten zu verwenden. Ihre Heranziehung überhaupt ist das deutlichste und zugleich am meisten beklagenswerte Zeichen der Zerfahrenheit der Verhältnisse auf dem heimischen ländlichen Arbeitsmarkte.



III. Abschnitt.

Die ländlichen Arbeiterverhältnisse als ländliche Arbeiterfrage.

1. Kapitel.

Die ländliche Arbeiterfrage als Betriebsfrage.

Wenn wir nun nach der Erörterung der tatsächlichen Verhältnisse dazu übergehen, die ländlichen Arbeiterverhältnisse unter dem Gesichtspunkt der „ländlichen Arbeiterfrage“ zu betrachten, so sind von vornherein zwei Richtlinien für die Darstellung gegeben, je nachdem wir uns auf den Standpunkt des Arbeitgebers oder auf den des Arbeitnehmers stellen. Für den Arbeitgeber ist die ländliche Arbeiterfrage in der Hauptsache eine „Betriebsfrage“, die sich dahin zusammenfassen lässt: Stehen den Arbeitgebern genügend Arbeitskräfte zur Verfügung, um eine geordnete, dem jeweiligen Stande der Landwirtschaft entsprechende Bewirtschaftung durchzuführen? Sind genug Arbeiter vorhanden oder mangelt es an solchen? Wie sind die event. mangelnden Arbeitskräfte zu ersetzen bzw. zu beschaffen? Eine genaue Antwort liesse sich nur geben, wenn alle einzelnen Güter auf ihren Arbeitsbedarf und ihren Arbeitsvorrat untersucht würden, denn „mit der Verschiedenheit des Bodens, des Wiesenverhältnisses, der Lage, des Klimas, den Neigungen, Anlagen und Fähigkeiten des Betriebsleiters machen sich Einflüsse geltend, die wohl sämtlich bestimmend auf die Gestaltung des Betriebes einwirken“¹⁾. Eine solche allgemeine Untersuchung ist aber für den Reg.-Bez. Cassel nicht ausgeführt, auch wohl kaum durchführbar. Thaer, Pabst. Settegast, v. d. Goltz, Walz und zahlreiche andere haben den Arbeiterbedarf für die verschiedenen Betriebssysteme unter verschiedenen Bedingungen zu ermitteln gesucht, sind aber zu den verschiedensten Resultaten gelangt. Dettweiler²⁾ kommt bei der Kritik der auf diesem Gebiete bis jetzt angestellten Untersuchungen zu dem Schluss, „dass

¹⁾ Dettweiler, Die Handarbeit in der Landwirtschaft, Jena 1905, S. 6.

²⁾ A. a. O. S. 14.

die Ausbeute eine recht dürftige ist und, vielleicht darf man sagen, dass es zum grössten Teil das Fehlen zuverlässiger Angaben über den Bedarf und die Verwendung des Faktors „Handarbeit“ ist, welches die gesamte „Betriebslehre“ bei den praktischen Landwirten förmlich in Verruf, jedenfalls zur vollständigen Nichtbeachtung gebracht hat“. Die Handarbeit hat neben der tierischen Kraft in der Landwirtschaft stets die hervorragendste Rolle gespielt, sie wird diese Stellung auch in der Zukunft weiter behalten, ja bei zunehmender Intensität des Betriebes noch an Bedeutung gewinnen. Es ist deshalb eine Existenzfrage für die Landwirtschaft, ob ihr die nach ihrem jeweiligen technischen Stande erforderlichen menschlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Da, wie bereits bemerkt, keinerlei wissenschaftliches Material über diese Frage für den Reg.-Bez. Cassel vorliegt, sind wir gehalten, uns auf die Nachrichten in den Fragebogen, die Berichte der Landwirtschaftskammer sowie ältere derartige Angaben zu beschränken. Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre kann in Kurhessen von einer Arbeiternot auf dem Lande nicht gesprochen werden. Erst die Einigung Deutschlands, die Einführung der Freizügigkeit, der enorme Aufschwung von Handel und Industrie bewirkten eine Art „Völkerwanderung“ vom Land in die Städte und in die Industriebezirke. Die Landwirtschaft konnte die Lohnsteigerung nicht im gleichen Tempo mitmachen, das platte Land wurde infolgedessen von Arbeitskräften entblösst, das Angebot sank, ein fühlbarer Mangel an Arbeitern machte sich bemerklich, während anderseits die zunehmende Intensität immer mehr Handarbeit erheischte. Der Abfluss von Arbeitskräften liess dann Mitte der 70er Jahre bis tief in die achtziger Jahre hinein etwas nach, hier und da sanken sogar die Löhne¹⁾. Im nächsten Jahrzehnt nahm dann die Abwanderung wieder riesig zu²⁾, um von 1900 an wieder etwas abzuflauen³⁾. Die Berufszählung von 1895 hat eine Abnahme der landwirtschaftlichen Berufsbevölkerung und eine nur ganz unbedeutende Zunahme der hauptberuflich in der Landwirtschaft Erwerbstätigen gegenüber dem Jahre 1892 ergeben. Kein Wunder, wenn daher allüberall über Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften geklagt wird. Von den 21 Kreisen, aus denen Berichte eingegangen sind, klagen nicht

¹⁾ Siehe Seite 43.

²⁾ Siehe Tabelle VII.

³⁾ Siehe Tabelle VIII.

weniger als 18 über Arbeiternot. Dieselbe Klage findet sich alljährlich in den Berichten der Landwirtschaftskammer. So heisst es z. B. im Jahresbericht für 1903 ¹⁾: „Die Arbeiterverhältnisse lassen für die Landwirtschaft nach wie vor recht viel zu wünschen übrig. Leute aus der einheimischen Bevölkerung sind kaum zu haben. Die Rückkehr zu normalen Verhältnissen wird anscheinend auch kaum möglich sein und die umfangreiche Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter zu einer dauernden Einrichtung werden.“

Allein es ist nicht nur Mangel an Arbeitskräften vorhanden, auch die Qualität der Arbeiter lässt, wie aus den Berichten hervorgeht, viel zu wünschen übrig. Das männliche Gesinde besteht meist aus jungen Leuten von 16—20 Jahren, ältere, tüchtigere Knechte sind kaum zu haben. So sagt denn auch der Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für das Jahr 1902 ²⁾: „Die Zahl der Arbeitskräfte, welche sich den Landwirten anbietet, hat sich vermehrt. Dagegen lässt die Qualität der Arbeitsuchenden durchaus zu wünschen übrig. Vielfach sind es körperlich Gebrechliche und Leute, welche in den Industriebezirken an ihrer Gesundheit Schaden gelitten haben und dann abgeschoben worden sind.“

Mit dem Gesindewesen aufs engste verknüpft ist das Gesindevermittlungswesen. In den Fragebogen selbst ist über Art und Umfang der Vermittlung sozusagen nichts enthalten. Wie jeder Kenner der hessischen Verhältnisse weiss, vollzieht sie sich derart, dass im Herbst der Bauer sich selbst auf die Suche nach Gesinde begibt, falls das alte nicht bleiben will. Zwischenpersonen wirken nur selten mit. Eine Aenderung gegen früher hat sich nur in der Weise vollzogen, dass früher die Arbeitnehmer sich den Arbeitgebern anboten, während heute bei dem geringen Angebot, namentlich tüchtiger Arbeitskräfte die Arbeitnehmer von den Arbeitgebern heiss umworben werden. Gewerbsmässige Vermittlung ländlicher Dienstboten dürfte nur für den Grossgrundbesitz, vielleicht auch grössere Bauerngüter, dann vor allem auch für die Umgebung der grösseren Städte in Betracht kommen. Die öffentlichen Arbeitsnachweise der Städte werden dann auch, wie aus Tabelle XXI ³⁾ hervorgeht, zur ländlichen Gesindevermittlung herangezogen.

Das Vorstehende enthält in kurzen, keineswegs vollkommenen Zügen das Hauptsächlichste über die ländliche Arbeiterfrage als

¹⁾ Seite 46.

²⁾ Seite 36.

³⁾ Siehe Anhang, S. XXV.

Betriebsfrage. Das Hauptproblem lautet nach alledem: Wie kann die Arbeiternot beseitigt, der Mangel an Arbeitskräften gemildert werden?

Vorschläge zur Abstellung der Arbeiternot sind in den Berichten fast nicht gemacht. Ein Berichterstatter aus dem Kreise Hünfeld scheint der Meinung zu sein, durch Anwendung von Maschinen dem Arbeitermangel abhelfen zu können. Er schreibt nämlich: „Es ist hier maschineller Betrieb eingerichtet, daher sind so viele Arbeitskräfte nicht mehr nötig.“ Niemals wird jedoch die Maschine in der Landwirtschaft diejenige Bedeutung gewinnen, die sie in der Industrie erlangt hat; so tritt einerseits eine Steigerung der Produktivität durch Verwendung von Maschinen in der Landwirtschaft nicht im entferntesten in dem Masse in die Erscheinung wie in der Industrie. Zwar gibt es eine grössere Anzahl landwirtschaftlicher Maschinen ¹⁾, die gegenüber der Handarbeit sowohl eine Rothertragssteigerung als auch eine Verbilligung der Unkosten bedeuten. Es ist in erster Linie die Dreschmaschine, die einen 15% höheren Ertrag bringt als der Flegeldrusch und um 30% billiger ist als dieser. Andererseits ist, worauf es hier besonders ankommt, nach den Feststellungen Bensings die Dreschmaschine, die einzige landwirtschaftliche Maschine, die Arbeiter verdrängt, während die anderen Maschinen fast noch mehr Hände verlangen und eventl. sogar Qualitätsarbeit erfordern. Bensing gelangt zu dem Ergebnis ²⁾: „Die Landwirtschaft ist nicht, wie die Industrie, imstande, durch vervollkommnete Maschinenteknik umwälzende Betriebsorganisationen herbeizuführen, welche die Menschenarbeit in grösserem Umfang entbehrlich machen; im Gegenteil verlangt der intensive und technisch vervollkommnete Betrieb mehr Arbeitskräfte als der extensive und gerade der intensive Betrieb leidet unter dem Mangel an Händen am meisten.“ Bedeutet also die Maschinenverwendung an und für sich kaum einen Ersatz für menschliche Arbeitskräfte, so ist ausserdem die Einführung von Maschinen in die kurhessische Landwirtschaft bei dem Vorrherrschen des mittelbäuerlichen Besitzes sehr erschwert; in einem solchen Betriebe dürften sich viele Maschinen nicht rentieren. Maschinengenossenschaften sind aber fast nur bezüglich der Dreschmaschinen durchführbar. Dazu kommt, dass in dem gebirgigen Lande mit seinem grösstenteils unebenen Terrain, Bodenbearbeitungs-

¹⁾ Siehe Bensing: „Der Einfluss der landwirtschaftl. Maschinen auf Volks- und Privatwirtschaft“, Breslau 1900, S. 99 ff. u. S. 93.

²⁾ A. a. O. S. 52.

und Erntemaschinen kaum gute Arbeit zu leisten vermögen. Was nun die tatsächliche Benutzung von Maschinen anlangt, so wurden 1882 in 4348 oder nicht ganz 4⁰/₁₀ aller landwirtschaftlicher Betriebe Maschinen verwendet, in der Hauptsache waren es Dampf- und andere Dreschmaschinen. 1895 arbeiteten bereits 17 883 oder circa 16⁰/₁₀ aller landwirtschaftlichen Betriebe mit Maschinen. Neben der Dreschmaschine hat sich vor allem die Verwendung von Drillmaschinen (3000 Betriebe) und Mähmaschinen (8000 Betriebe) eingebürgert; in den letzten 10 Jahren dürften die Maschinen noch stärkere Anwendung gefunden haben, einmal unter dem Druck der Arbeiternot, dann auch mit Rücksicht auf die hohen Löhne der Arbeiter. Im grossen und ganzen wird die Maschine die Arbeiternot nicht abzustellen vermögen: dies trifft in besonderem Masse zu für den Klein- und Mittelbetrieb, der intensiv bewirtschaftet werden muss; intensiver Betrieb erfordert mehr Hand- weniger Maschinenarbeit. Nun überwiegt aber im Reg.-Bez. Cassel der Mittelbetrieb; in der Maschinenverwendung ist also für die hessische Landwirtschaft eine Lösung des Arbeiterproblems nicht zu erblicken.

Zwingt nun die Arbeiternot die hessische Landwirtschaft, zu einer anderen, weniger Arbeitskräfte beanspruchenden Betriebsweise überzugehen? Abgesehen davon, dass die hessische Landwirtschaft so sehr nicht vom Arbeitermangel bedrückt ist, birgt es ein grosses Risiko in sich, von einer erprobten Wirtschaftsweise zu einer neuen überzugehen. Ein solcher Uebergang, der zweifellos nur in der Richtung nach rückwärts zu geschehen hätte, könnte die Rentabilität vieler Betriebe leicht in Frage stellen und empfindlichen Schaden mit sich bringen.

Ein anderes Mittel, die nötigen Arbeitskräfte zu gewinnen, ist mit der Erhöhung der Löhne ¹⁾ gegeben; wir haben gesehen, wie innerhalb des Reg.-Bez. Cassel die Löhne beträchtlich gestiegen sind, wie sich ein allmählicher Ausgleich vollzogen hat und die Abwanderung zurückgegangen ist. Ob eine weitere Lohnsteigerung stattfinden kann, ist eine Frage der Rentabilität, sie steht auch mit der Verschuldung in Zusammenhang, in bescheidenen Grenzen ist es jedenfalls möglich. Ob aber die Landwirtschaft je dieselben Löhne wie die Industrie wird zahlen können, ist nicht vorauszusagen; aber selbst in diesem Falle wird die Abwanderung nie aufhören, weil dem „Zug nach der Stadt“ nicht nur wirtschaftliche, sondern auch

¹⁾ Bezüglich der Akkordlöhne siehe Seite 40 ff.

soziale und, namentlich bei unverheirateten Leuten, psychologische Momente zugrunde liegen, letztere aber oft wirksamer sind als die ersteren.

Ein Mittel, den Mangel an einheimischen Arbeitskräften zu beseitigen, ist gegeben in der stärkeren Heranziehung ausländischer Wanderarbeiter, eine solche findet denn auch tatsächlich statt. Aber sie kommt nur dem Grossgrundbesitz zugute. Denn wie bereits erwähnt, arbeiten diese Leute nur in grösseren Trupps. Da sie ferner nach behördlicher Anordnung auf einige Monate zur Winterszeit in ihre Heimat zurückkehren müssen, würde die Fortführung eines bäuerlichen Betriebes in Frage gestellt sein. Denn der bäuerliche Betrieb basiert als hauptsächlichster Viehzüchter auf der Gesindehaltung, braucht also ständiges Personal. Die Viehzucht erfordert ferner sorgfältige, mitunter qualifizierte Arbeit, für welche die ausländischen Wanderarbeiter die Befähigung bis jetzt nicht erbracht haben, auch wohl schwerlich besitzen. Auch eine dauernde Besserung durch die Heranziehung von Wanderarbeitern ist kaum zu erhoffen, zumal sich ihrer Beschaffung neuerdings nicht unerhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen. Circa 250 000 Wanderarbeiter kommen alljährlich aus Russisch-Polen, Galizien und Ungarn nach Deutschland. Der westliche Teil von Galizien hatte unter diesen Wanderungen besonders zu leiden, die Arbeiternot war dort fast so gross wie im Osten Deutschlands ¹⁾, die Löhne gingen um 50% in die Höhe. Die polnischen Grossgrundbesitzer taten deshalb Schritte, um sich hinreichend Arbeiter und zwar zu angemessenen Löhnen zu sichern. 1901 wurde auf ihr Drängen hin dem galizischen Landtag ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Errichtung eines obligatorischen Zentralarbeitsnachweises forderte. Der Gesetzentwurf wurde einige Jahre später auch angenommen. Nach § 4 des Gesetzes darf die Vermittlung von Arbeitern nach dem Ausland nur mit besonderer Genehmigung des Landesarbeitsvermittlungsbureaus betrieben werden; ihm unterstehen die obligatorischen Arbeitsnachweise, die in jeder grösseren Landgemeinde und den Städten Galiziens zu errichten sind. Diese amtliche Vermittlung aber kann leicht einen schleppenden Gang annehmen. Dazu hat eine Novelle zum österreichischen Gewerbegesetz den privaten Vermittlern das Recht entzogen, nach dem Ausland Wanderarbeiter zu vermitteln.

¹⁾ Verhandlungen des Kgl. Landesökonomiekollegiums vom 4. – 6. Februar 1904, S. 241.

So sind die Aussichten, galizische Arbeiter immer und in stets grösserer Zahl heranziehen zu können, etwas verschlechtert worden. In den nordungarischen Komitaten hat sich freilich ein neues Bezugsgebiet eröffnet¹⁾. Auch die Ruthenen beginnen infolge der diesbezüglichen Schritte des ruthenischen Nationalkomitees als Wanderarbeiter immer mehr eine Rolle zu spielen. Die Hauptbezugsquelle war seither, auch für den Reg.-Bez. Cassel, Russisch-Polen. Die russische Regierung hat aber 1903 längs der ganzen preussisch-russischen Grenze den Grenzrayon, aus welchem Wanderarbeiter nach Deutschland zugelassen werden, von fünf auf drei Meilen Entfernung beschränkt. Grund zu der Massregel war der Arbeitermangel in den Grenzdistrikten und die ungeheure Lohnsteigerung. So sind denn die Aussichten, für die verloren gegangenen einheimischen Arbeitskräfte einen Ersatz in den Wanderarbeitern zu finden, keineswegs rosig. Der Bericht der Landwirtschaftskammer für 1905/06²⁾ besagt denn auch: „Im Frühjahr 1906 hat sich auch hier (bezüglich der Möglichkeit, Wanderarbeiter zu bekommen) eine vollständige Wandlung zu Ungunsten der Arbeitgeber vollzogen. Die Arbeiter für 1906 waren nur mit grosser Mühe zu bekommen, sodass auch inbezug auf die Saisonarbeiter für die kommende Arbeitszeit weitgehende Befürchtungen bestehen.“ Nach dem Jahresbericht 1906/07³⁾ hält die Erscheinung an.

Es mag hier noch erwähnt werden, dass die Landwirtschaftskammer ersucht hat, entlassene Reservisten der Landwirtschaft zuzuführen. So zog man das 10., 11. und 18. Armeekorps⁴⁾ heran, doch meldete sich niemand. Die Landwirtschaftskammer hat ihre Bemühungen in dieser Richtung hin fortgesetzt, ohne indes Erfolge zu erzielen. Der Jahresbericht von 1902⁵⁾ sagt darüber: „Die Bemühungen, durch Beteiligung der Militärbehörden entlassene Reservisten als Arbeiter auf das Land zu ziehen, sind nach wie vor erfolglos geblieben.“ Sie sind demnach als gescheitert anzusehen.

Viele Landwirte erwarten das Heil von einer Beschränkung der Freizügigkeit für jugendliche Personen. Sie fordern u. a. Heraufsetzung des Alters, von welchem ab Personen beiderlei Ge-

¹⁾ Ebenda, S. 237 38.

²⁾ S. 65.

³⁾ S. 25.

⁴⁾ Jahresbericht 1898 S. 13.

⁵⁾ S. 36.

schlechts in Fabriken beschäftigt werden dürfen. Andere wieder glaubten in der Aufhebung der Arbeiterfahrkarten¹⁾ oder doch deren Beschränkung das Heilmittel gefunden zu haben. Diese Angriffe auf die Arbeiterfahrkarten sind sehr zu bedauern; die Arbeiterfahrkarten sind für die Arbeiterbevölkerung in wirtschaftlicher, sozialer und sittlicher Beziehung von hoher Bedeutung. Ihre Beibehaltung ist deshalb sehr zu wünschen. Abgesehen davon, dass solche Bestrebungen wohl schwerlich Aussicht auf Erfolg haben, würde diese Politik der kleinlichen Mittel und Nadelstiche befriedigende Zustände auch kaum zu schaffen vermögen.

Der Kontraktbruch, der heute zu einem ständigen Klage-
lied geworden ist, scheint in Kurhessen wenig vorzukommen. Er wird kriminell bestraft auf Grund der „Gesindeordnung von 1797 für die Städte Marburg, Cassel, Rinteln und Hanau“, der Gesindeordnung von 1801 für die Landstädte und das platte Land sowie der Gesindeordnung für das Grossherzogtum Fulda von 1816. Nach § 5 und 7 d. G.-O. von 1797 und 1801 und § 3 und 4 der G.-O. von 1816 soll der Kontraktbruch mit „Lohnverlust, Zuchthaus und anderen (willkürlichen) Strafen“ belegt werden; ausserdem sind die Kontraktbrüchigen sofort zu inhaftieren und zwangsweise zurückzuführen. Desgleichen ist die Aunahme des Mietgeldes von mehr als einer Herrschaft strafbar. Die hessischen Gesindeordnungen atmen, da sie aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts stammen, keinen modernen Geist, aber sie räumen der Anwendung des Rechts, mehrfach auch dem freien richterlichen Ermessen, einen weiten Spielraum ein; dazu hat das Gesetz vom 18. Oktober 1863 betreffs des Strafverfahrens manche harten Strafbestimmungen d. G.-O. aufgehoben oder doch erheblich gemildert. Ein Koalitionsverbot für ländliche Arbeiter, wie es in den älteren Provinzen Preussens besteht, existiert in Kurhessen nicht. Im Dezember 1907 hat die „Ständige Kommission des Preuss. Landes-Oekonomiekollegiums“²⁾ in einem Beschlusse u. a. die Uebertragung des Koalitionsverbotes auf die neuen Provinzen, also auch auf den Reg.-Bez. Cassel gefordert. Es ist nicht recht einzusehen, aus welchem Grunde dieser

¹⁾ In der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer zu Cassel 1908 erklärte Generalsekretär Gerland, er habe an die Eisenbahndirektion Cassel eine Eingabe betreffs Einschränkung der Arbeiterfahrkarten gemacht, allerdings ohne Erfolg.

²⁾ „Post“ No. 580 vom 11. Dezember 1907.

sonderbare Beschluss erfolgte. Eine Vereinigung landwirtschaftlicher Arbeiter besteht in den neuen Provinzen, auch im Reg.-Bez. Cassel, nicht. Vielleicht wäre die Arbeiternot nicht so gross, wenn Organisationen der ländlichen Arbeiter vorhanden wären. In vielen Fällen wird es der Arbeitgeber vorziehen, auf das ihm dem Kontraktbrüchigen gegenüber zustehende Klagerecht zu verzichten. Das Verfahren ist langsam, der Erfolg bei der herrschenden Freizügigkeit ungewiss; ausserdem wird zwangsweise zurückgebrachtes Gesinde seinen Dienst nur widerwärtig versehen, und dem Arbeitgeber manche Unannehmlichkeiten, wenn nicht Schaden bereiten. Trotzdem zielen die Bemühungen der landwirtschaftlichen Arbeitgeberkreise auf eine strengere Bestrafung des Kontraktbruches ab. Dieser Tendenz entsprach ein Gesetzentwurf „betreffend Erschwerung des Kontraktbruches landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes“, den die preussische Regierung 1904 dem Landtage vorlegte. Er bedrohte mit Geldstrafe bis zu 150 M oder Haft denjenigen, der kontraktbrüchiges Gesinde oder landwirtschaftliche Arbeiter wissentlich oder fahrlässig in Arbeit nimmt. Mit derselben Strafe war Verleitung zum Kontraktbruch bedacht. Für den Rückfall sollten Geldstrafen von 50—600 M oder entsprechende Haft platzgreifen. Die Landwirtschaftskammer in Cassel¹⁾ verlangte aber auch Bestrafung der kontraktbrüchigen Arbeiter. Der Entwurf ist an dem Widerstand des Landtages gescheitert. Trotzdem hat die „Ständige Kommission des Landes-Oekonomiekollegiums“ in der erwähnten Dezembersitzung von neuem ein solches Gesetz gefordert, unter allen Umständen aber ein Gesetz folgenden Inhalts verlangt:

§ 1. Wer für landwirtschaftliche Arbeitnehmer einen neuen Arbeitsvertrag vermittelt, obwohl er weiss oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muss, dass sie einem anderen Arbeitgeber noch vertraglich verpflichtet sind, wird mit Geldstrafe bis zu 150 M oder mit Haft bestraft.

§ 2. Mit Geldstrafe von 50—500 M oder mit Haft wird bestraft, wer, nachdem er auf Grund des § 1 rechtskräftig verurteilt ist, innerhalb der nächsten drei Jahre abermals eine nach diesen Vorschriften strafbare Handlung begeht.“

Der Kontraktbruch sollte eigentlich nur zivilrechtliche Wirkung haben. Nach § 823 B. G. B. ist der kontraktbrüchige Arbeiter schadenersatzpflichtig für den durch den Vertragsbruch entstandenen

¹⁾ Jahresbericht 1904 S. 27.

Schaden; allein bei der fast generellen Mittellosigkeit der Arbeiter ist diese Bestimmung natürlich sozusagen illusorisch. Deshalb legen die Arbeitgeber auch keinen Wert auf diese zivilrechtliche Seite.

Eine Kritik des preussischen Gesetzentwurfes, sowie der Forderungen des preussischen Landes-Oekonomiekollegiums und der Landwirtschaftskammer zu Cassel wollen wir unterlassen. Die Annahme eines derartigen Entwurfes würde ein Ausnahmegesetz gegen die ländlichen Arbeiter bedeuten. Der Landwirtschaft selbst wäre mit solchen Gesetzen am wenigsten gedient; die Landflucht würde noch grösser werden. Denn „den Arbeiter treiben nicht den Lebensnerv berührende Bedingungen nach der Stadt, sondern das wachsende Gefühl persönlicher Freiheit, des Selbständig- und Unabhängigseins“, sagt Brase ¹⁾ richtig. Polizeiliche Massnahmen und Ausnahmebestimmungen werden am wenigsten erfolgreich gegen die Entvölkerung des platten Landes ankämpfen, sie werden sie nur noch beschleunigen. Dr. Heim ²⁾ urteilt über derartige Bestrebungen folgendermassen: „Was wird mit Strafen erreicht? Ist der Dienstbote gewissenhaft, so braucht er keine schärferen Strafbestimmungen; ist er gewissenlos, so kann er durch seine Bosheit seinem Dienstherrn so viel Schaden antun, dass dieser ihn gern los ist. Nirgends ist die passive Resistenz leichter als bei der Landwirtschaft. Es sind keine Freunde der Landwirtschaft, die mit solchen Mitteln die Dienstbotennot auf dem Lande aus der Welt schaffen wollen, das sind Leute, die nichts gelernt und deshalb nichts vergessen haben.“ Diese Sätze kann jeder aufrichtige Freund der Landwirtschaft Wort für Wort unterschreiben.

Wir haben gesehen, dass der Kontraktbruch mit dem privaten Gesindevermittlungswesen aufs engste verknüpft ist, und dass sowohl der preussische Gesetzentwurf von 1904 als auch die jüngsten Beschlüsse des Landes-Oekonomiekollegiums darauf abzielen, gerade die Verleitung zum Kontraktbruch unter härtere Strafbestimmungen zu stellen. Schon verschiedentlich ist man der gewerbsmässigen Stellenvermittlung, auch in anderer Beziehung, energisch zu Leibe gegangen. In Preussen gehörte sie nach der Allgemeinen Gewerbeordnung von 1845 (§ 51) zu den konzessionspflichtigen Gewerben. Die G. O. von 1869 hob diese Bestimmung auf, der § 38 erteilte den Landeszentralbehörden nur die Befugnis,

¹⁾ A. a. O. S. 28.

²⁾ Die ländliche Dienstbotenorganisation, Regensburg 1907, Seite 15.

Kontrollvorschriften für dieses Gewerbe zu erlassen. Preussen machte indessen davon keinen Gebrauch. 1883 wurden die gesetzlichen Bestimmungen etwas verschärft. Die Landwirte erblickten in der privaten Gesindevermittlung einen die Landflucht begünstigenden Faktor und sagten ihr deshalb den Krieg an; so forderte denn der deutsche Landwirtschaftsrat¹⁾ in seiner 21. und 22. Plenarversammlung 1893 und 1894 die Wiedereinführung der Konzessionspflicht für die Gesindevermittlung und reichte am 31. Mai 1894 eine entsprechende Eingabe an den Bundesrat ein. Auch der preussische Landtag beschäftigte sich 1898 und 1899 gelegentlich einer Interpellation Szmula über die Landarbeiternot in Schlesien mit dieser Frage. Daraufhin veranlasste dann Preussen den Bundesrat, beim Reichstag einen Entwurf zur Abänderung der Reichsgewerbeordnung in dem gewünschten Sinne einzubringen. Der Entwurf wurde mit verschiedenen Abänderungen vom Reichstag angenommen und ist am 1. Oktober 1900 in Kraft getreten. In § 34 der R. G. O. ist nunmehr für die Gesindevermietung die Konzessionspflicht ausgesprochen. Die Erlaubnis „ist zu versagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden inbezug auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb dartun.“ Nach § 53 kann die bereits erteilte Genehmigung bei Eintreten solcher Tatsachen zurückgenommen werden. Nach § 38 sind die Zentralbehörden befugt, über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie den Geschäftsbetrieb der Gesindevermittler Vorschriften zu erlassen, sowie insbesondere das Ausüben des Gewerbes im Umherziehen zu untersagen. Nach § 75 müssen die Gesindevermieter ihre Gebührenordnung der Polizei einreichen, die aber auf die Höhe der Gebühren keinen Einfluss hat. Ein abgestempeltes Exemplar ist „an einer in die Augen fallenden Stelle“ des Vermittlungs-Bureaus anzuschlagen. Auf Grund des § 38 der R. G. O. hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe am 10. August 1901 Ausführungsbestimmungen erlassen, nach denen die Ausübung des Gewerbes im Umherziehen verboten ist. Die gesetzlichen Massnahmen haben sich jedoch als unwirksam erwiesen. Die Klagen der Landwirte sind lauter, ihre Forderungen bezüglich Einschränkung der privaten Gesindevermittlung radikaler geworden. Das Landes-Oekonomiekollegium hat in der 3. Tagung der zehnten Sitzungsperiode in den Tagen vom 6.—9. März 1907 erneut zu der

¹⁾ Archiv des deutschen Landwirtschaftsrats, Jahrg. 1894, 18. Bd. S. 30 ff., S. 201 ff.

Frage Stellung ¹⁾ genommen. Einstimmig fand eine Resolution Annahme, welche die Missstände in der gewerbsmässigen Gesindevermittlung beklagt, auf die Unzulänglichkeit der gesetzlichen Bestimmungen hinweist und zum mindesten eine Abänderung des § 34 der R. G. O. fordert, dahingehend, dass die Konzessionierung von Gesindevermietern und Stellenvermittlern künftighin von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht und die Bedürfnisfrage überall dort verneint wird, wo für den betreffenden Ort oder wirtschaftlichen Bezirk bereits öffentliche, gemeinnützige Arbeitsnachweise bestehen ²⁾. Desgleichen wird die Festsetzung der Taxen durch die Ortspolizeibehörde verlangt. Eine radikale Beseitigung der gewerblichen Vermittelung ist natürlich nicht möglich; einmal ist ein vollgültiger Ersatz überall noch nicht geschaffen, dann aber würden die privaten Vermittler zu entschädigen sein. Bei einer Zahl von za. 7000 Stellenvermittlern im Deutschen Reich würde dies eine Entschädigungssumme von mindesten 42 Mill. M erfordern. ³⁾ Schon daran dürfte die Verwirklichung der Forderung scheitern.

Die Landarbeiterfrage ist eine Bewegung, hervorgegangen aus wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und psychologischen Motiven. Es hiesse ihren Geist verkennen, wollte man sie mit Gewaltmassregeln eindämmen. Die Erfahrung hat gelehrt, dass solche Mittel nur das Gegenteil von dem herbeiführen, was sie eigentlich bezwecken. Dagegen hat sich in neuerer Zeit eine Erscheinung herausgebildet, die als das geeignete Instrument erscheint, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zu regulieren, auch dem platten Land zukommen zu lassen, was dem Lande gebührt. Es sind dies die öffentlichen Arbeitsnachweise. Sie sind errichtet teils von Korporationen sowohl der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer, teils von gemeinnützigen Vereinen, mehr und mehr gewinnen an Bedeutung die von den Kommunen errichteten paritätischen Arbeitsnachweise. Der Verbandstag deutscher Arbeitsnachweise beschloss 1898, auch die landwirtschaftliche Arbeitervermittlung in die Tätigkeit der Arbeitsnachweise einzubeziehen. Man hat auf landwirtschaftlicher Seite das Entstehen und Anwachsen der paritätischen städtischen Arbeitsnachweise bis auf den heutigen Tag mit gemischten, ja feind-

¹⁾ Siehe 36. B. 1907, Ergänzungsband 1, Seite 383–426.

²⁾ A. a. O. S. 426.

³⁾ Ebenda, S. 425.

seligen Gefühlen beobachtet. Viele Landwirte sehen auch in den städtischen Arbeitsnachweisen nur ein Mittel zur Begünstigung der Landflucht. Ihrer Stimmung gab ein Herr v. Werder Ausdruck, als er auf der 24. Plenarversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates ausführte: „Diese Arbeitsnachweisstellen sind hinsichtlich der allgemeinen Erhaltung der Arbeitskräfte auf dem Land geradezu schädlich. Durch sie werden die Leute vom Land verführt, in den Städten Arbeitsgelegenheit zu suchen; je mehr ein Aufschwung der Industrie in der Stadt stattfindet, umso schädlicher werden derartige Organisationen für das Land wirken, da durch sie die Arbeiter in vermehrter Masse vom Land abgezogen werden. Dagegen wird, wenn in der Stadt Ueberfluss an Arbeitskräften ist, etwas geeignetes nicht nach dem Lande abgeschoben werden.“¹⁾ Dies ist im grossen und ganzen auch heute noch der Standpunkt der Landwirtschaft. Das Reichsamt des Inneren hat im Juni 1907 bei den unteren Verwaltungsbehörden eine Rundfrage darüber veranstaltet, ob die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Stellenvermittlung reformbedürftig seien und ob sich eventl. der Erlass eines besonderen Gesetzes hierfür empfehle. Im Anfang des Jahres 1908 hat daraufhin Reg.-Rat Dominicus, Beigeordneter der Stadt Strassburg, allen dem „Verbande deutscher Arbeitsnachweise“ angeschlossenen Arbeitsnachweisstellen ein Rundschreiben zugehen lassen, das die „Grundzüge zum Entwurf eines Reichsgesetzes betreffend Arbeitsnachweis“ enthält.²⁾ § 1 dieses Entwurfes macht die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises für alle Gemeinden mit über 10 000 Einwohner obligatorisch. Am schwierigsten ist § 3 des Entwurfes: „Die Neueröffnung eines Gewerbebetriebes für Stellenvermittlung, aber auch die Errichtung eines Arbeitsnachweises durch Interessenten (Arbeitgeber oder Arbeitnehmer) ist von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig. Ein Bedürfnis soll als nicht vorhanden gelten, wenn in der betr. Stadt oder dem betr. Bezirk bereits eine öffentliche Nachweisstelle eingerichtet ist. § 11 sieht die Zusammenfassung der Arbeitsnachweise in Bezirksverbände vor, die dem Reichsarbeitsamt unterstehen sollen. Dr. v. Stojentin-Stettin unterzieht in „Zeitschrift für Agrarpolitik“³⁾ diesen Entwurf

¹⁾ Archiv des deutsch. Landwirtschaftsrates, B. 20. Jahrg. 1896, S. 274.

²⁾ Siehe den Entwurf in der „Zeitschr. für Agrarpolitik“, 6. Jhrg. Nr. 4, Berlin, April 1908, S. 168 ff.

³⁾ Siehe Anmerkung ²⁾).

einer scharfen Kritik. Er erkennt an, dass manche städtischen Arbeitsnachweise auch auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung sich Verdienste erworben haben, wendet sich aber mit Nachdruck gegen die Absicht, die Fortentwicklung der fachlichen Arbeitsnachweisorganisationen zu unterdrücken. Haben auch in Süddeutschland die kommunalen Arbeitsnachweise den ländlichen Arbeitsmarkt günstig beeinflusst, so liegt die Sache im preussischen Osten doch wesentlich anders, hier spielen die kommunalen Arbeitsnachweise nicht die Rolle wie im Westen und Süden; ausserdem sind die ländlichen Arbeiterverhältnisse infolge der Besitzverhältnisse ganz anders geartet, erheischen also auch andere Behandlung. Mit Nachdruck wendet sich Stojentin gegen eine reichsgesetzliche Regelung im Sinne des Dominicusschen Entwurfes; man wird seinen Ausführungen im allgemeinen beipflichten müssen, ohne indes allen Einzelheiten zuzustimmen. Wenn Stojentin von der Auslieferung des platten Landes an die Grossstädte redet, so ist das jedenfalls eine Uebertreibung. Im übrigen bleibt abzuwarten, ob der Entwurf von Dominicus, der im November 1908 auf dem Verbandstag „des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ beraten werden soll, Zustimmung findet und ob er einen Einfluss auf die gesetzgebenden Faktoren auszuüben vermag. Das Misstrauen der Landwirte gegen die städtischen Arbeitsnachweise ist nicht ganz unbegründet, sie entziehen dem Lande namentlich die weiblichen Arbeitskräfte, sodass Mägde für landwirtschaftliche Dienste kaum zu haben sind. Doch kann bei richtiger Organisation des Arbeitsnachweises den Bedürfnissen von Stadt und Land gleichwohl ganz gut Rechnung getragen werden. ¹⁾

Die Vermittlung der ausländischen Wanderarbeiter ist bereits im grossen und ganzen zentralisiert. Die einzelnen Kammernachweise machten sich selbst unliebsame Konkurrenz. Schon 1900 beschäftigte sich deshalb das Landes-Oekonomiekollegium mit der Frage der Zentralisation des Nachweises. Es blieb jedoch alles beim alten. Während der dritten Tagung der neunten Sitzungsperiode vom 4.—6. Februar 1904 beriet das Kollegium die Angelegenheit von neuem. Eine vom Referenten Dr. v. Stojentin, dem Vorkämpfer für die Zentralisation, vorgeschlagene Resolution, welche den Landwirtschaftsminister ersuchte, die Errichtung einer Zentralstelle für den Bezug galizischer Wanderarbeiter in die Wege zu leiten, wurde

¹⁾ Siehe Ludwig, a. a. O. S. 132: Der Görlitzer Arbeitsnachweis.

infolge der Sonderinteressen einzelner Nachweise abgelehnt. Als aber durch die bereits erwähnten Massnahmen der russischen und galizischen Regierung¹⁾ dem Bezuge genügender Arbeitskräfte Schwierigkeiten erwuchsen, wurde 1905 unter Mitwirkung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, des Ministeriums des Innern und des Justizministeriums die „Deutsche Feldarbeiterzentrale“ mit dem Sitz in Berlin ins Leben gerufen. Der Zweck des Vereins ist die Vermittelung von Dienstverträgen mit ausländischen, vornehmlich landwirtschaftlichen Arbeitern und die Lösung der damit in Zusammenhang stehenden Fragen²⁾. Die Feldarbeiterzentrale hat zu Zwecken der Vermittelung russischer Landarbeiter 14 Grenzämter eingerichtet, durch 2 weitere Grenzämter erfolgt die Vermittelung galizischer Feldarbeiter, ein Grenzamt vermittelt ungarische Landarbeiter. Seit dem 1. Februar 1908 ist für alle ausländischen Wanderarbeiter der Passzwang eingeführt. Die Arbeiter erhalten eine in deutscher Sprache ausgefertigte Legitimationskarte. Sie enthält den Namen, Heimatsort und ein genaues Signalement des Inhabers, daneben auch den Namen und Wohnort des Arbeitgebers, die Art der Beschäftigung und Dauer des Vertragsverhältnisses. Die ausländischen Ausweispapiere werden den Arbeitern abgenommen und ihren Arbeitgebern zugeschiedt, die sie ihnen bei ordnungsmässigem Abgang wieder aushändigen. Diese schon so lange geforderte Massregel soll den Kontraktbruch erschweren und unmöglich machen. Die Landwirtschaftskammer in Cassel beschloss am 23. März 1905 den Anschluss an die Feldarbeiterzentrale unter folgenden Bedingungen:

„1. dass den Kammern aus der Errichtung und der Arbeit der Feldarbeiterzentrale keinerlei Kosten entstehen;

2. dass die Feldarbeiterzentrale keine Massnahmen trifft, welche zu einer allgemeinen Verteuerung der landw. Arbeiter führen;

3. dass die Ueberleitung in die neuen Verhältnisse ganz allmählich geschieht.“³⁾

Am 19. Juli 1906 wurde der Anschluss definitiv vollzogen. Die Vermittelung soll in der Weise erfolgen, dass der Arbeitsnachweis der Kammer als Agentur der Feldarbeiterzentrale bestehen bleibt. Die Tätigkeit der Feldarbeiterzentrale hat zu Klagen Anlass gegeben,

¹⁾ Siehe Seite 100 ff.

²⁾ § 1, Absatz 2 der Satzung.

³⁾ Jahresbericht 1905, S. 27.

weil sie sich nicht auf den Verkehr mit den Kammernachweisen beschränkte, sondern auch mit einzelnen Arbeitgebern Geschäfte abschloss¹⁾. Indes ist zu erwarten, dass die Feldarbeiterzentrale im Laufe der Zeit ihre Geschäftsführung ausbildet und verbessert, sie muss naturgemäss erst Erfahrungen sammeln.

Wenden wir uns nach diesen mehr allgemeinen Ausführungen wieder den Verhältnissen im Reg.-Bez. Cassel zu. Wie steht es hier bezüglich des Arbeitsnachweises? Für die Landwirtschaft, insbesondere den Grossgrundbesitz, kommt an erster Stelle der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer in Betracht. Ueber die Zahl der von dem Kammernachweis in den Jahren 1903 bis 1907 vermittelten Arbeiter gibt Tabelle XXII²⁾ Aufschluss. Der Nachweis beschränkt sich fast nur auf die Vermittelung von Wanderarbeitern, dient also nur den grösseren Besitzern. Die Zahl der vermittelten Arbeiter dieser Kategorie ist von 766 im Jahre 1902/03 auf 1251 im Jahre 1906/07, also um 63% gestiegen. Der Kammernachweis vermittelte 1906/07 über ein Drittel aller im Reg.-Bez. Cassel beschäftigten Wanderarbeiter. Durch den Anschluss an die Feldarbeiterzentrale und die Einführung des Passzwanges dürfte der Bezug der Wanderarbeiter auch innerhalb des Reg.-Bez. Cassel selbst sich immer mehr bei dem Kammernachweis konzentrieren. Die Zahl der durch die Landwirtschaftskammer vermittelten Knechte ist sehr gering, sie fällt gegenüber der Zahl der Wanderarbeiter nicht ins Gewicht. Vermittelungen von Mägden, Tagelöhnern und Schweizern sind, wie die Tabelle lehrt, überhaupt nicht zu verzeichnen.

Oeffentliche städtische Arbeitsnachweise³⁾ gab es bis 1907 im Reg.-Bez. Cassel nur 5. Die städtischen Arbeitsnachweise zu Cassel, Hanau und Fulda haben dem Verfasser zahlenmässige Angaben über die Vermittelung ländlicher Arbeiter in den Jahren 1905—1907 zur Verfügung gestellt, von Marburg sind solche Zahlen nicht eingegangen. Bei dem Arbeitsnachweis in Gelnhausen wurden landwirtschaftliche Arbeitskräfte weder verlangt, noch angeboten, es sind deshalb auch keine Vermittelungen zu verzeichnen. Die Vermittelung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte durch die städt. Arbeitsnachweisstelle in Fulda ist nur unbedeutend, etwas höher sind schon die Zahlen in Hanau. Von erheblicher Bedeutung für

¹⁾ Jahresbericht der Landwirtschaftskammer für 1906, S. 25 ff.

²⁾ Siehe Anhang S. XXVI.

³⁾ Siehe Tabelle XXI.

die Landwirtschaft ist dagegen die städtische Arbeitsvermittlungsstelle in Cassel; sie hat in den drei letzten Jahren landwirtschaftliche Tagelöhner in steigendem Masse vermittelt, die Zahl der vermittelten Knechte ist etwas zurückgegangen, aber immerhin noch erheblich. Landwirtschaftliche Mägde wurden dagegen in nur geringer Zahl vermittelt. Die Wirksamkeit des Kasseler Nachweises ist also auch für die Landwirtschaft vor allem der nächsten Umgebung äusserst erspriesslich.

Arbeitsnachweise sind auch mit den im Reg.-Bez. Cassel bestehenden „Herbergen zur Heimat“ — zirka 16 — verbunden, sie sind für die Landwirtschaft kaum von Bedeutung. Naturgemäss vermitteln sie kein ständiges Personal, sondern nur Tagelöhner, d. h. Handwerksburschen, die in der Regel einige Tage Arbeit nehmen, um dann mit dem verdienten Gelde weiterzuziehen. Diese Arbeiter sind häufig von minderwertiger Qualität.

Die städtischen wie überhaupt öffentlichen Arbeitsnachweise kamen seither, wie sich aus dem Gesagten ergibt, für den landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt kaum in Betracht; auch war ihre Zahl zu gering, dazu fehlte den städtischen Arbeitsnachweisen die organische Verbindung mit dem Lande. Neuerdings hat sich nun auf diesem Gebiete eine Wandlung vollzogen durch die Gründung des „Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes“ mit dem Sitz in Frankfurt a. M. Der Verband wurde am 25. April 1907 ins Leben gerufen, er bezweckt die Förderung des gemeinnützigen Arbeitsnachweises im Gebiete der Provinz Hessen-Nassau, des Fürstentums Waldeck, des Grossherzogtums Hessen und der benachbarten Gebiete. Der Verband betrachtet als eine seiner Hauptaufgaben die Vermehrung der Arbeitsnachweise und ihre organische Verbindung. Gemeinden, sonstige Korporationen, Institute, Vereine, Gesellschaften, Genossenschaften und Privatpersonen, die den gemeinnützigen Arbeitsnachweis pflegen, können Mitglieder werden ¹⁾. Es soll „alles vermieden werden, was den Zuzug von Arbeitern in die grossen Städte zu fördern geeignet ist.“ „Der Mitteldeutsche Arbeitsnachweisverband erachtet es vielmehr für eine Hauptaufgabe, Arbeitnehmern Arbeit auf dem platten Lande und in den kleineren Städten zu vermitteln.“ ²⁾ Es sollen Bezirksarbeitsnachweise in den grösseren Städten, Arbeitsnachweise in den

¹⁾ § 3 der Satzungen.

²⁾ Schriften des Verbandes.

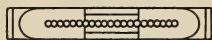
kleineren Orten eingerichtet werden. Die Ortsarbeitsnachweise melden die offenen Stellen allwöchentlich an einem bestimmten Tage bei dem zuständigen Bezirksarbeitsnachweis an. Die Bezirksarbeitsnachweise stellen die Anmeldungen systematisch zusammen und senden sie an den Arbeitsnachweis Frankfurt. Dieser stellt eine Liste für das ganze Verbandsgebiet auf und sendet sie den Bezirksnachweisen zu, die sie aushängen. Auch bei den Ortsnachweisen kann der Aushang erfolgen. Auf jeden Fall ist der für die Landwirtschaft in Betracht kommende Teil überall auszuhängen. Die ganze Arbeit soll innerhalb zweier Tage geleistet sein. 30 Körperschaften erklärten am 25. April 1907 ihren Beitritt, darunter der Kommunalverband für den Reg.-Bez. Cassel sowie die Landwirtschaftskammer. Der Verband will, wie gesagt, in möglichst allen Orten des Verbandsgebietes Arbeitsnachweise errichten; diese ganz kleinen Nachweise tragen natürlich rein bürokratischen Charakter. Um die Arbeitsvermittlung schnell auszuführen, wird vor allem die Benutzung des Telefons dringend empfohlen. Die Kosten trägt der Verband. Um den Austausch von Arbeitskräften zu erleichtern und zu befördern, hat der Verband von der Eisenbahndirektion in Frankfurt a. M. eine Fahrpreismässigung für durch ihn vermittelte Arbeiter erwirkt. Die genannte Eisenbahndirektion hat im Einvernehmen mit den Eisenbahndirektionen zu Cassel, Erfurt und Mainz solchen Arbeitern für die Hinreise zur Arbeitsstätte eine Fahrpreismässigung auf den Eisenbahnen zum Kilometersatz von 1,5 Pfg. in der 4. Wagenklasse eingeräumt, sobald die Strecke 25 km und mehr beträgt.

Ueber die Wirksamkeit und die Erfolge des Verbandes lässt sich natürlich noch nichts sagen, es müssen einige Jahre vergehen, ehe man ein Urteil abgeben kann. Aehnliche Verbände bestehen in den süddeutschen Staaten sowie seit einigen Jahren in Westfalen. Die süddeutschen Verbände haben bekanntlich grosse Erfolge erzielt. Die Verhältnisse sind im Gebiete des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes fast ebenso gelagert wie im Süden, die Organisation ist so ziemlich dieselbe. Es steht also zu erwarten, dass nach einigen Jahren auch der Mitteldeutsche Arbeitsnachweisverband gute Resultate zu verzeichnen hat, zumal die Leitung sich in bewährten Händen befindet ¹⁾. Möge ihm sein Hauptziel: „Schaffung eines Aus-

¹⁾ Oberbürgermeister Dr. Adickes, Frankfurt a. M., Stadtrat Dr. Flesch Frankfurt a. M.

gleiches zwischen dem Arbeiterüberfluss in den grossen und mittleren Städten und dem Arbeitermangel in den kleinen Gemeinden und besonders auf dem platten Lande, also die Versorgung der kleineren Stadt- und Landgemeinden mit Arbeitskräften aller Art, insbesondere aber auch mit landwirtschaftlichen Arbeitern (Tagelöhner, Mägde, Knechte)“ gelingen.

Im Reg.-Bez. Cassel sind „Bezirksnachweise“ errichtet in Cassel, Eschwege, Fulda, Hanau, Marburg und Gersfeld; daneben bestehen städtische Arbeitsnachweise in weiteren 10 Kreisstädten. Auch sind eine grössere Anzahl von bureaukratischen Arbeitsnachweisen bereits eingerichtet; so im Kreise Gelnhausen in den 9 bedeutendsten Ortschaften, im Kreise Gersfeld (abgesehen von Gersfeld) in 8 Gemeinden, im Kreise Hersfeld in 4 Orten, im Kreise Hanau in nicht weniger als 18 Gemeinden. In einigen Jahren wird also der Reg.-Bez. Cassel voraussichtlich mit einem dichten Netz organisch mit einander verbundenen Arbeitsnachweise überzogen sein. Sicherlich werden sie grossen Nutzen stiften. Im Reg.-Bez. Cassel ist gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeit vielfach noch miteinander verbunden. Die Uebernahme landwirtschaftlicher Arbeiten durch den lokalgewerblichen Arbeiter ist bei weitem nicht so schwierig, als wenn ein grossstädtischer Arbeiter aufs Land dirigiert wird. Die ländliche Arbeit ist noch nicht vergessen, sie ist leicht wieder erlernt. Andererseits wird der Abzug nach der Stadt durch ein dicht verzweigtes Netz von Arbeitsnachweisen eine Abschwächung erfahren. Die Arbeitsnachweise werden unstreitig eine Besserung der Verhältnisse auf dem ländlichen Arbeitsmarkt zur Folge haben. Freilich darf man nicht im Anfang gleich allzuviel erhoffen und verlangen, die Organisation muss sich erst einleben. Die Pflanze muss erst kräftig Wurzel fassen, sie wird sich dann schon weiter entwickeln und schliesslich auch gute Früchte bringen. Der Anfang ist glücklich gemacht, möge das Unternehmen einen guten Fortgang nehmen zum Wohl der arbeitenden Klassen, aber auch der heimischen Landwirtschaft.



2. Kapitel.

Die ländliche Arbeiterfrage als soziale Frage.

Es wäre einseitig und unzulänglich, die ländliche Arbeiterfrage bloss als „Betriebsfrage“, also nur vom Standpunkte des ländlichen Arbeitgebers aus zu betrachten; sie ist nicht minder eine soziale Frage von eminenter Bedeutung. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Schattenseiten haften der Lage der ländlichen Arbeiter an; sie zu mildern und zu beseitigen, ist nicht nur im Interesse der Landarbeiter, sondern auch der gesamten Landwirtschaft, also auch der Arbeitgeber, gelegen. Leider haben die berufenen Kreise dieser Seite der Frage früher wenig oder gar keine Aufmerksamkeit geschenkt, und die heutige Arbeiternot ist nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen. „Der Landarbeiter war derjenige, dem in den Zeiten des allgemeinen Vorwärtstommens am wenigsten zugefallen war,“ sagt Dr. Fr. Heiser-Harttung ¹⁾. Brase ²⁾ drückt ebendasselbe in folgenden Worten aus: „Ich habe mich nicht dem Gedanken verschliessen können, dass die meisten Landwirte erst verspätet dem Arbeiter ein Interesse an seinem Befinden und ihr Entgegenkommen bewiesen haben.“ Auch der Staat setzte die Landarbeiter hinter den anderen Arbeiterklassen und Berufsständen zurück; wir erinnern nur an das Koalitionsverbot für ländliche Arbeiter in den altpreussischen Provinzen, ferner besteht z. B. noch heute kein Zwang für die Versicherung der landwirtschaftlichen Gesindepersonen in Krankenkassen, nach § 617 des B. G. B. ist der Arbeitgeber zwar verpflichtet, dem Gesinde im Falle der Erkrankung 6 Wochen lang Wohnung und Verpflegung zu gewähren, darüber hinaus aber besteht eine Verpflichtung nicht. Indes ist in den meisten Kreisen des Reg.-Bez. Cassel die Krankenversicherung durch Statut obligatorisch eingeführt.

Eine Besserung der Lage der ländlichen Arbeiter ist nun zunächst durch Erhöhung ihres Bareinkommens herbeizuführen. Wir haben gesehen, wie in den letzten Jahrzehnten die Gesinde-

¹⁾ Landwirtschaftliche Jahrbücher, Jahrgang 1903: „Die Berufswahl der ländlichen Jugend und das Schicksal der in die Städte Abgewanderten“, S. 403 ff.

²⁾ „Der Arbeitermangel in der deutschen Landwirtschaft, seine Ursachen und die Mittel zur Abhilfe“, Berlin 1900, S. 27.

löhne ganz enorm, aber auch die Tagelöhne für ländliche Arbeiter bedeutend in die Höhe gegangen und noch fortwährend im Steigen begriffen sind. Die materielle Lebenshaltung der ländlichen Arbeiter hat sich verbessert, auch ist das Familienleben ein mehr geregeltes geworden. Die Frau geht heute allgemein nicht mehr auf Erwerb ausserhalb des Hauses, sie führt und besorgt fast nur ihren Haushalt. Die Wohnung, die früher dem Landarbeiter fast nur als Schlafstätte diente, ist ihm heute auch Wohnstätte, Sammelpunkt eines geordneten, gemütlichen Familienlebens geworden, alles aus dem Grunde, weil die Löhne so stark gestiegen sind. Eine Lohnfrage ist die ländliche Arbeiterfrage im Reg.-Bez. Cassel also nicht, wenigstens bezüglich des Gesindes ganz und gar nicht, aber auch kaum für den Tagelöhner.

Es müssen demnach andere Momente sein, welche die Landarbeiterfrage als soziale Frage charakterisieren. Abgesehen von dem Trieb nach wirtschaftlicher Verbesserung, nach Freiheit und Unge-
bundenheit, von der Sucht nach Genüssen und Vergnügen ist es hauptsächlich die Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit des Landerwerbs und damit des Selbständigwerdens, die das Bleiben bzw. Abwandern vom Lande mitbestimmt. Die ländliche Arbeiterfrage ist als soziale Frage in der Hauptsache eine „Landfrage“. „Vom Interessenstandpunkt des Arbeiters aus gipfelt die »ländliche Arbeiterfrage« darin, ob nach oben Luft geschaffen werden kann und die Möglichkeit eines Aufsteigens zu selbständiger Existenz geboten werden kann. Sie ist eine Landfrage, und zwar ist ihr Hauptcharakteristikum gegenüber der gewerblichen Arbeiterfrage, dass sie nicht nach sozialistischer, sondern mit Naturgewalt nach individualistischer Lösung strebt“¹⁾. Auch Dr. Heim²⁾, ein trefflicher Kenner der bayrischen landwirtschaftlichen Verhältnisse, erblickt das einzige Mittel zur Milderung der Arbeiternot in der Ermöglichung der späteren Selbständigmachung. Er sagt: „Einzig und allein die Aussicht auf eine gesicherte Zukunft macht den Menschen ausdauernd, gutwillig und arbeitsbereit. Wenn den ländlichen Dienstboten eine Aussicht auf die Zukunft eröffnet wird, dann werden wieder bessere Kräfte der Landwirtschaft zuströmen, denn gerade die besseren Kräfte sind es, die von einem berechtigten Streben nach einer gesicherten Zukunft erfüllt sind, und diesem Streben wurde bisher so

¹⁾ Dr. Max Weber: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 55, S. 798.

²⁾ „Die ländliche Dienstbotenorganisation“, Regensburg, S. 30.

gut wie gar nicht Rechnung getragen.“ Wie steht es nun in dieser Hinsicht im Reg.-Bez. Cassel? Wir haben bereits betont, dass Gelegenheit, Land zu kaufen, im Reg.-Bez. Cassel fast überall gegeben ist, und dass die Arbeiter in vielen Fällen davon Gebrauch machen. Circa 50 von den eingegangenen Fragebogen berichten über die in den letzten Jahren stattgefundene Parzellierung von Bauerngütern. Erwerbsmöglichkeit war also den Arbeitern geboten; sie benutzten dieselbe auch, denn in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle werden Arbeiter als Käufer der versteigerten Parzellen bezeichnet. Bei der Zersplitterung des Grund und Bodens kommen Verkäufe von Grundstücken überhaupt sehr häufig vor. So werden im Amtsgerichtsbezirk Birstein¹⁾ von den 68 985 Parzellen jährlich 4000—4000 im Grundbuch umgeschrieben. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass hier Realteilung herrscht und die Umschreibungen hauptsächlich auf ihr Konto zu setzen sind. Im Kreise Fritzlar, wo der grossbäuerliche und der Grossgrundbesitz zusammen 48,50% der landwirtschaftlich genutzten Fläche einnehmen und die Verkoppelung am weitesten fortgeschritten ist, soll die Möglichkeit, Grund- und namentlich Parzellenbesitz zu erwerben, nicht so gross sein. Die Besitzwechselstatistik, die von Zeit zu Zeit in der Zeitschrift des Preuss. Statist. Bureaus²⁾ veröffentlicht wird, beweist, dass Verkäufe von Grundstücken im Reg.-Bez. Cassel allgemein häufig vorkommen. Pachtgelegenheit ist in weitgehendem Masse vorhanden. Das erhellt daraus, dass 1895 11 701 oder 17% aller Parzellenbetriebe nur gepachtetes Land bewirtschafteten, während bei 10 136 oder 15% aller Parzellenbetriebe die gepachtete Fläche mehr als die Hälfte der Gesamtfläche betrug. Ausschliesslich eigenes Land hatten 23 290 oder 34% aller Parzellenbetriebe, bei 16 887 oder 24% betrug das eigene Land mehr als die Hälfte der Gesamtfläche.

Die tatsächliche vorhandene Erwerbsmöglichkeit wird jedoch abgeschwächt durch die geringe Zahlungsfähigkeit des ländlichen Arbeiters. So finden wir denn auch in den Berichten als Käufer industrielle Arbeiter und Kleinbauern fast ebenso häufig angegeben wie die ländlichen Arbeiter. Dazu kommt, dass der Parzellenbesitz in der Regel überzahlt wird, da der Arbeiter das

¹⁾ Sering: „Vererbung d. ländl. Grundbesitzes in Preussen“, Heft 4, S. 94.

²⁾ Siehe z. B. Jahrg. 1902, S. 5 ff. enthaltend den Grundbesitzwechsel vom 1. April 1896 bis 31. März 1900.

Grundstück nicht so sehr als Rentenquelle denn als gesicherte Arbeitsgelegenheit betrachtet. 1896 entfielen im Amtsgerichtsbezirk Fritzlar in der Besitzgrössenklasse 0,1 ar bis 2 ha 49,29 M, in Hünfeld sogar 63,63 M Hypothekenschulden auf M 1,00 Grundsteuerreinertrag. Der Parzellenbesitz ist in Kurhessen unter den Besitzkategorien am stärksten verschuldet. Zum Teil rührt dies daher, dass der Gebäudewert einen hohen Prozentsatz des Gesamtbesitzwertes ausmacht, gerade die Gebäude aber hypothekarisch stark belastet sind. Gleichwohl wurden 1900 nur 8, 1901 10 und 1902 wiederum nur 8 Parzellenbetriebe zwangsversteigert, ein Beweis für die Wirtschaftlichkeit der Inhaber der Parzellenbetriebe.

Ist nun einerseits dem Landarbeiter die Möglichkeit zum Land-erwerb und damit das Aufsteigen in eine höhere Berufsklasse infolge seiner schwachen Zahlungskraft schon erschwert, so ist andererseits der grundbesitzende Landarbeiter durch die Aufteilung der Gemeinheiten schwer benachteiligt, ja seiner eigenen Wirtschaft häufig die Grundlage entzogen werden. Die mit Einführung des Klee- und Hackfruchtbaues in den grösseren Wirtschaften aufgekommene Stallfütterung hatte die gemeinsamen Hutungen für die grundbesitzenden Tagelöhner und die kleinen Besitzer äusserst wertvoll und nutzbringend gemacht. Ihre bei Gelegenheit der Zusammenlegung in der Regel erfolgende Aufteilung brachte schwere Schäden für die kleinen und kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe mit sich. Rückgang der Kuhhaltung in den Parzellenbetrieben war die Folge. Dr. Max Weber ¹⁾ bezeichnet die „Kuhhaltung“ als „das stärkste Zugmittel“ für die Arbeiter, auf dem Lande zu bleiben. Sie ist „dasjenige Moment ²⁾, auf welches die Arbeiter das wesentlichste Gewicht legen und welches auch ihre soziale Stellung nach ihrer Auffassung am wesentlichsten hebt.“ Die Gesamtzahl der in den Parzellenbetrieben des Reg.-Bez. Cassel gehaltenen Kühe einschl. Kälber betrug 1882 31 356 Stück, 1895 28 726 Stück, also 2630 weniger, 1882 kamen in den Parzellenbetrieben auf 100 ha ldw. benutzter Fläche 70,05 Stück, 1895 nur 64,06. Dagegen hat die Ziegenhaltung, die das Zeichen der wirtschaftlichen Schwächung des Parzellenbesitzes bildet, zugenommen. Die Zahl der in den Parzellenbetrieben gehaltenen Ziegen ist von 64 764 im Jahre 1882 auf 82 819 im Jahre 1895, also um 18 055 gestiegen, auf 100 ha berechnet von

¹⁾ Schriften des Ver. f. Sozialpol. B. 55, S. 375.

²⁾ Ebenda, S. 375.

144,43 auf 180,18 ¹⁾). Erfreulicher Weise hat die Schweinehaltung in den Parzellenwirtschaften einen kolossalen Aufschwung genommen. 1895 wurden 74 095 Schweine, 1882 44 717, 1895 mithin 29 378 mehr in den Parzellenbetrieben gezählt, pro 100 ha 165 bzw. 100 ²⁾). Der Rückgang der Kuhhaltung wird dadurch in etwa aufgehoben. Ueberhaupt bedeutet das Halten einer Kuh für einen Parzellenbesitzer, wenn Viehversicherungsvereine nicht bestehen, ein ziemliches Risiko, da eine Kuh für den Arbeiter immerhin ein erhebliches Kapital repräsentiert. Gleichwohl ist die Verminderung des Rindviehbestandes sehr zu beklagen, weil er vor allem auf das Konto der grundbesitzenden Tagelöhner zu setzen sein wird. In Anbetracht des hohen Wertes der Kuhhaltung für die Wirtschaft des grundbesitzenden Tagelöhners ist es für die Gemeinden, welche gemeinsame Weide besitzen, eine vornehme soziale Pflicht, diesen gemeinsamen Besitz zu erhalten und damit das Verbleiben wertvoller Arbeitskräfte auf dem Lande zu sichern. 1895 besaßen noch 679 Gemeinden (unter circa 1400) ungeteilte Weide mit einer Fläche von 17 550 ha, während 323 Gemeinden die Weiden (9598 ha) zu persönlicher Nutzung aufgeteilt hatten. Auch die Erhaltung der gemeinsamen Wälder, die allerdings durch Gesetz vom 14./3. 1881 gesichert ist, wird die Sesshaftigkeit der Landarbeiter erhöhen. 1895 besaßen 695 Gemeinden Wald mit einer Fläche von 62 690 ha in gemeinsamer Nutzung; es ist jedoch nicht zu ermitteln, ob in allen Fällen alle Ortsbürger und alle in gleichem Masse nutzungsberechtigt waren. Starker Allmendebesitz ist sicherlich ein fester Damm gegen allzustarke Abwanderung. Die Wirkungen seiner Aufteilung hat Sohnrey treffend dahin zusammen gefasst: „Man denkt nicht daran, dass den eingesessenen Tagelöhnern ein sehr wertvolles, althergebrachtes Recht genommen wird, sodass ihnen am gemeinsamen Besitz nichts bleibt als die Strasse, auf der sie denn auch von dannen ziehen.“ ³⁾

Im Gebiet des Reg.-Bez, Cassel kann der Arbeiter allezeit Grundbesitz erwerben, er ist jedoch wegen seiner schwachen Zahlungskraft nicht immer dazu imstande. Ist es ihm nun möglich, auch wenn er nicht über bedeutende Barmittel verfügt, in den Besitz

¹⁾ Sering: „Die innere Kolonisation im östl. Deutschland“, S. 10

²⁾ Die Zahl der Parzellenbetriebe selbst hat gegen 1882 um 12 388 oder 21% zugenommen, der Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist v. 9,28 auf 9,05% herabgegangen.

³⁾ „Die Wohlfahrtspflege auf dem Lande“, Berlin 1896, Seite 144.

eines eigenen Häuschens und einer oder einiger Parzellen zu gelangen? Der Staat hat hier seine Hand geboten, indem er die 1890 eingeleitete Rentengutsgesetzgebung durch Ministerialerlass vom 8. Januar 1907 auch der Ansiedlung ländlicher Arbeiter dienstbar machte. Die betreffenden Gesetze zielen eigentlich auf Schaffung eines klein- und mittelbäuerlichen Besitzes in den Gebieten des Grossgrundbesitzes ab. Auf die Verhältnisse des Ostens zugeschnitten, haben sie im Westen nur geringe Erfolge aufzuweisen. So ist denn auch im Reg.-Bez. Cassel mit seinem nicht erheblichen Grossbesitz die Rentengutsbildung ohne besondere Bedeutung geblieben. In der Zeit von 1891 bis Ende 1898 wurden nur 7 Güter ganz oder teilweise zur Rentengutsbildung verwendet, sie hatten einen Flächeninhalt von 1362 ha, davon wurden 390 ha zur Aufteilung benützt. Es wurden 110 Rentengüter geschaffen, davon hatten eine Fläche von unter $2\frac{1}{2}$ ha: 77, von $2\frac{1}{2}$ —5 ha: 13, von 5— $7\frac{1}{2}$ ha: 4, von 10—25 ha: 11, über 25 ha: 5. Der Taxwert der Rentengüter betrug pro ha 1569 M, der Kaufpreis in Rente pro ha 61 M. Wenn man erwägt, dass während desselben Zeitraumes im Bereich der preuss. Monarchie 8475 Rentengüter mit 94 493 Hektar ausgelegt wurden, so ergibt sich daraus wohl am besten die Bedeutungslosigkeit der Rentengutsgesetzgebung für den Reg.-Bez. Cassel. Von den 110 Rentengutsbildungen waren nur 12 reine Neubildungen, 98 dagegen stellen sich dar in der Form des Zukaufes. Der Reg.-Bez. Cassel zählt nur 268 landwirtschaftliche Betriebe mit über 100 ha, darunter 63 Domänen, sie nehmen 9,43% der landwirtschaftlich benutzten Fläche ein, ein Bedürfnis, sie zu Zwecken der Rentengutsbildung aufzuteilen, dürfte mithin kaum vorliegen. So finden wir denn auch in den „Landwirtschaftlichen Jahrbüchern¹⁾“ die Mitteilung, dass die Generalkommission in Cassel ihre Versuche, Rentengüter zu bilden, bald wieder aufgegeben hat (seit 1898). Vielleicht liegt der Grund auch darin, dass ein Teil der gebildeten Rentengüter zugrunde gegangen ist. Immerhin dürfte in einem oder dem andern Falle die Rentengutsbildung am Platze sein, zumal die Aufteilung von Domänen²⁾ in Rentengüter auch für den Staat sich als finanziell vorteilhaft erwiesen hat. Die Rentengutsbildung erfolgt auf Ansuchen derjenigen, die solche Güter auslegen wollen. Die Mitwirkung der Generalkommissionen erstreckt sich nur auf die Genehmigung und Ausführung. Die

¹⁾ B. 34, 1905, S. 102.

²⁾ Ebenda.

Landeskulturrentenbanken beleihen die so geschaffenen Stellen unter Umständen bis zu $\frac{3}{4}$ des Taxwertes. Die Auszahlung erfolgt in Rentenbriefen. Mit persönlichen Diensten dürfen die Inhaber der Rentengüter nicht belastet werden. Da die Generalkommisionen weder mit der Befugnis noch mit den Geldmitteln ausgestattet sind, auf eigene Rechnung und Gefahr Rentengüter auszulegen, so ist natürlich von dieser Form staatlicher Hilfe ein grosser Erfolg nicht zu erwarten.

Auch die Gemeinden sind berufen, an der Sesshaftmachung der Landarbeiter mitzuwirken. Sie können zum Verkauf kommende Güter erwerben, dieselben zerschlagen und an landwirtschaftliche Arbeiter gegen Annuitäten ablassen. Häufig sind allerdings die Landgemeinden finanziell so schwach, dass sie eine derartige Aufgabe wohl nicht übernehmen können. Auch die für die Kreise Fulda, Hünfeld und Gersfeld im Entstehen begriffene Landgesellschaft will der Förderung des Landerwerbs seitens der ländlichen Tagelöhner, namentlich auch der Selbständigmachung älterer Dienstboten ihr Augenmerk zuwenden. Die Darlehnskassen der genannten Bezirke sollen sich an dieser Gesellschaft, über deren Form man noch nicht im Klaren ist, mit mindestens 1 Anteil von je 1000 M beteiligen. Das Stammkapital würde somit bei insgesamt 58 Vereinen mindestens 58 000 M betragen. Die Gesellschaft will in erster Linie der Güterschlächterei Einhalt tun, dann aber auch, wie bei einer Vorbesprechung in Fulda im März 1908 betont wurde, älteren Dienstboten Gelegenheit geben, sich selbständig zu machen. Vom wirtschaftlichen wie sozialen Standpunkte aus ist dieses Unternehmen sehr zu begrüßen. Unter Mitwirkung der Generalkommission und der Landeskulturrentenbank in Münster kann die Gesellschaft in der Ansässigmachung von Arbeitern Erspriessliches leisten. Freilich darf man sich bei den beschränkten Geldmitteln der Gesellschaft allzu-grosse Erfolge einstweilen nicht versprechen. Immerhin ist der Anfang zu einer Entwicklung gegeben, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Grössere Erfolge sind nicht ausgeschlossen, wenn die Organisation sich vielleicht mit der Zeit über den ganzen Reg.-Bez. Cassel verbreitet, somit eine breitere Basis erhält und eventl. die finanzielle Beteiligung der einzelnen Kreise, des Kommunalverbandes und auch des Staates gewinnt, wie dies beispielsweise die ostpreussische Landschaft für Ostpreussen erstrebt.

In den Fragebogen ist ein Versuch ländlicher Arbeitgeber, durch Ansässigmachung von Arbeitern sich ständige Arbeitskräfte

zu sichern, nirgends erwähnt. Nach den Erhebungen des Ver. f. Sozialpolitik aus dem Jahre 1892 sollen derartige Versuche in den Kreisen Homberg ¹⁾ und Melsungen ²⁾ gemacht worden sein. Während die Versuche im Kreise Melsungen glückten, hatten sie in Homberg dauernden Erfolg nicht zu verzeichnen. Ein Berichterstatter ³⁾ aus dem Kreise Eschwege bemerkt zu diesen Bestrebungen: „Von Versuchen der Grundbesitzer, sich Arbeitskräfte durch Ansässigmachung der Arbeiter zu sichern, dürfte bei dem nach Ungebundenheit strebenden Charakter der Hessen wenig zu erwarten sein. Der Hesse erwirbt wohl sehr gerne Land, doch will er unabhängig bleiben. Das, was offenbar von der Regierung gewünscht wird, dass der Arbeiter mehr an die Scholle gebunden werde, vollzieht sich in unserer Gegend nach und nach von selbst, ohne dass dazu von irgend einer Seite besondere Anregung gegeben wird.“ Die Entwicklung der Dinge scheint ihm Recht zu geben, wie aus der Tätigkeit der Generalkommission bezüglich der Rentengutsbildung zu ersehen ist. Die „Landfrage“ ist im Reg.-Bez. Cassel nicht so brennend wie anderwärts. Gelegenheit, Land zu erwerben, ist für die Arbeiter durchweg überall gegeben, es wird von ihr auch Gebrauch gemacht. Die Rentengutsbildung kommt nur für grössere Güter in Frage, ihre Zahl ist aber gering, dem Staat als Besitzer von 63 Domänen ist hauptsächlich die Möglichkeit gegeben, sich sozial zu betätigen.

Betrachten wir die ländlichen Arbeiterverhältnisse vom sozialen Standpunkte aus, so ist auch die Wohnungsfrage zu erörtern. Das Gesinde wohnt, der Natur seiner Stellung entsprechend, in der Regel im Hause des Arbeitgebers, die Tagelöhner haben meistens eigene Wohnung, wohnen aber auch zur Miete. Ständig beschäftigte Tagelöhner wohnen zuweilen auch auf dem Gutshof, teils unentgeltlich, teils gegen eine niedrig bemessene Miete. Es ist nicht zu leugnen, dass früher die Wohnungen des Gesindes und der Tagelöhner vielfach menschenunwürdig waren. Die Abwanderung vom Lande ist vielfach darauf zurückzuführen. Das Gesinde musste vielerorts in mangelhaften Bettstellen im Stalle oder auf dem Dachboden schlafen. Das ist jetzt besser geworden. Durchweg werden die Wohnungen der Dienstboten als gut bezeichnet. „Die Gesindepersonen schlafen im Hause, haben eigene, heizbare, von innen verschliessbare, luftige

¹⁾ Schriften des Vereins für Sozialpolitik B. 54, S. 268.

²⁾ Ebenda, S. 264.

³⁾ Ebenda, S. 256 ff.

Kammer“, heisst es in einem Fragebogen. Die Bauern sahen sich gezwungen, dem Gesinde einen menschenwürdigen Schlafrum zur Verfügung zu stellen, sonst bekamen sie überhaupt kein Personal. So sagt ein Bericht aus dem Kreise Fritzlar: „Da Arbeitermangel vorhanden ist, gehen die Arbeiter nur dort in Arbeit, wo gute Wohnungen vorhanden sind.“ Der Druck der Verhältnisse hat also bezüglich der Gesindewohnungen eine Besserung herbeigeführt. Zahlreiche Arbeitgeber erwähnen in den Berichten, dass sie neue Gesindewohnungen errichtet haben. Wir können unser Urteil in dieselben Worte fassen, die Dr. Heim ¹⁾ auf Bayern anwendet, wenn er sagt: „Ueber mangelnde Wohnungsverhältnisse gibt es berechnigte Klagen, aber die Erhebungen geben ein klares Bild darüber, dass seitens des Bauernstandes alles geschieht, um diese Klagen mehr und mehr aus der Welt zu schaffen. Es wurde in keinem Jahrzehnt auf dem Lande soviel gebaut wie in den letzten 10 Jahren. Bei den Neubauten wird es heute als selbstverständlich angesehen, dass Knechte und Mägde ihre eigenen Kammern bekommen. Die sogenannten offenen Schlafstellen (auf dem Dachboden, im Stall usw.) verschwinden mehr und mehr.“

Bezüglich der Wohnungen für Wanderarbeiter haben wir das Einschlägige bereits an anderer Stelle auseinandergesetzt ²⁾. Was nun die Wohnungen der ländlichen Tagelöhner anbelangt, so ist auch hier eine Besserung nicht zu verkennen. Allgemein werden die Wohnungsverhältnisse der Tagelöhner als „erträglich“, vielfach auch als „günstig“ bezeichnet, nur zwei Berichte, je einer aus dem Kreise Kirchhain und Hanau, nennen die Arbeiterwohnungen „ärmlich“ und „mangelhaft“. Vielfach entsprechen die Wohnungen nicht den Ansprüchen, die aus hygienischen und sittlichen Gründen an sie gestellt werden müssen. Die Fürsorge für die ländlichen Arbeiter ist bezüglich des Wohnungswesens, wie im ganzen Reiche, so auch im Reg.-Bez. Cassel, hinter derjenigen für die städtischen und industriellen Arbeiter weit zurückgeblieben. Weder gemeinnützige Baugenossenschaften noch Arbeitgeber haben den Bau ländlicher Arbeiterwohnungen so gefördert, wie es für die Arbeiter der Städte und Industriebezirke geschehen ist. 1900 wurden im Reg.-Bezirk Cassel ³⁾ 8 gemeinnützige Baugesellschaften und Genossen-

¹⁾ A. a. O. Seite 6.

²⁾ Siehe Seite 54 und 55.

³⁾ Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 96, S. 62—85.

schaften gezählt, nur eine, der 1899 begründete Bauverein für den Kreis Fulda, dehnte seine Tätigkeit auch auf das Land aus. Als Geldquellen kommen für diese gemeinnützigen Bauvereine vor allem auch die Landesversicherungsanstalten in Betracht. Fast 20 % der Bevölkerung des Deutschen Reiches unterliegen der Alters- und Invaliditätsversicherung. Es liegt aus diesen Gründen in der Natur der Sache selbst, die angehäuften Kapitalien in einem sozialen Sinne zu verwalten, sie in Form von Darlehen den Bevölkerungsschichten zukommen zu lassen, von und für welche sie aufgebracht worden sind. Nach § 164 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 dürfen die Landesversicherungsanstalten ihr Vermögen bis zu einem Viertel (wie früher) in „Grundstücken“ anlegen. Bei Ueberschreitung der Mündelsicherheit (50 % des Wertes des Objektes) ist die Genehmigung des Reichsversicherungsamtes erforderlich. Neu ist in dem Gesetze die Bestimmung, dass Kapitalsanlagen für Zwecke, die ausschliesslich oder überwiegend der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu gute kommen, mit Genehmigung des Garantieverbandes sich bis zur Hälfte des Vermögens erstrecken und die Mündelsicherheit überschreiten dürfen. Die Motive zu dem Gesetzentwurfe weisen auf das berechtigte Streben hin, die Kapitalien der Versicherungsanstalten zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land heranzuziehen. Auch die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau hat zu diesen Zwecken Kapitalien zur Verfügung gestellt. Darlehen¹⁾ zum Bau von Arbeiterwohnungen gewährte die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau bis zum 31. Dezember 1907 insgesamt

1. an städt. gemeinnützige Baugenossenschaften	8 510 675,— M
2. 693 Darlehen an einzelne Arbeiter auf dem Lande	
zusammen	2 100 251,— M
3. an landwirtschaftliche Arbeitgeber	9000,— M
Von den unter 2 genannten Darlehen entfielen 549 an industrielle Arbeiter, wie Maurer, Zimmerleute, Weissbinder, Fabrikarbeiter etc. mit	1 403 876,— M
144 Darlehen entfielen auf rein landwirtschaftliche Arbeiter mit	396 375,— M
Insgesamt hat also die Versicherungsanstalt für den Bau von Arbeiterwohnungen 10 619 926 M ausgeliehen; davon kamen 10 214 551 M den städtischen bzw. industriellen Arbeitern zugute, 405 375 M oder	

¹⁾ Nach Mitteilungen an den Verfasser.

4,0% den rein landwirtschaftlichen Arbeitern. Auf jedes an rein landwirtschaftliche Arbeiter gewährte Darlehen entfallen rund 2750 M. Die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau hat natürlich allgemeine Bestimmungen über die Gewährung von Darlehen zum Bau von Arbeiterwohnungen an einzelne Versicherte, an landwirtschaftliche Arbeitgeber und an gemeinnützige Baugenossenschaften erlassen. Die ersteren haben wir im Anhang¹⁾ zum Abdruck gebracht. Die Anstalt gewährt demnach einzelnen Arbeitern ein Darlehen bis event. zu 75% des Wertes des neuerbauten Hauses auf erste Hypothek bei 3% Zinsen; das Darlehen darf aber 4500 M nicht überschreiten, der Darlehnsnehmer muss dauernd und regelmässig bei der Anstalt versichert sein. Die Darlehnsvermittlung hat zu erfolgen durch die Ortsgemeinde, eine Darlehnskasse oder einen gemeinnützigen Bauverein, die zugleich die selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen müssen. Neben dem Zinsfuss ist eine jährliche Amortisationsquote von mindestens 1½% zu entrichten. Zinszahlung und Amortisation hat halbjährlich zu geschehen. Hat also ein Arbeiter 2500 M aufgenommen, so hat er bei 3% Zinsen und 1½% Amortisation nach Ablauf des ersten Halbjahres M 56,25 zu entrichten. Das Darlehen bleibt im allgemeinen unkündbar, so lange das Grundstück sich im Eigentum des ursprünglichen Schuldners befindet und Zinsen und Kapitalsabträge pünktlich gezahlt werden. Vermietung von Räumen darf nur an solche Personen erfolgen, die ebenfalls versichert sind. Für landwirtschaftliche Arbeitgeber, die für ihre Arbeiter Wohnungen erbauen wollen, gelten dieselben Bestimmungen mit einigen entsprechenden Abänderungen. Zinsfuss und Amortisationsquoten sind dieselben. Für Baugenossenschaften sind die Bedingungen strenger, um Missbräuchen vorzubeugen. Eine solche Genossenschaft darf z. B. nicht mehr als 4% Zinsen auf das Aktienkapital verteilen. Ländliche Baugenossenschaften haben im Reg.-Bez. Cassel bis jetzt noch keinen Eingang gefunden. Das Vorwiegen des Klein- und Mittelbesitzes erschwert naturgemäss solche Gründungen. Es ist deshalb eine unabweisbare Pflicht der Spar- und Darlehnskassen, ihrem sozialen Geiste entsprechend, die von der Landesversicherungsanstalt zur Gewährung von Darlehen an Einzelne verlangte Vermittelung und Bürgschaft zu übernehmen. Dann wird es auch den ländlichen Arbeitern möglich sein, sich Wohnungen zu bauen, die den modernen Bedürfnissen genügen. Ein gut Stück der

¹⁾ Siehe Anhang S. XXVII—XXX.

Landverdrossenheit wird damit aus dem Wege geräumt, die Sesshaftigkeit gestärkt und erhöht.

Der Verein zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens in Frankfurt a. M. erliess im Sommer 1903 in Gemeinschaft mit den Landwirtschaftskammern zu Cassel und Wiesbaden und der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau ein Preisausschreiben für die besten Entwürfe von „ländlichen Anwesen für Kleinbauern und Industriearbeiter“, natürlich passen die Entwürfe auch auf die Verhältnisse der landwirtschaftlichen grundbesitzenden Tagelöhner. In dem Mittelpunkt der Bedingungen standen folgende Sätze: „Die Pläne sollen keine Normalskizzen darstellen, sondern den örtlichen Gewohnheiten und Verhältnissen der einzelnen Gegenden unserer Provinz (Hessen-Nassau) unter Verwendung der ortsgebräuchlichen Materialien angepasst sein. Besonderer Nachdruck ist auf die Ausgestaltung und weitere Entwicklung der in den einzelnen Teilen der Provinz vorhandenen künstlichen bäuerlichen Architektur zu legen. Entsprechend den eigenartigen Verhältnissen unserer Provinz, in der fränkische und sächsische Bevölkerung zusammenstösst und zum Teil ineinander übergeht, mit ihren Dörfern in weiter Talebene und auf rauhen Höhen, soll die Aufgabe in zwiefacher Richtung gelöst werden, nach dem hessischen Hoftyp (Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude gesondert) und nach dem sogenannten Westerwaldtyp (Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude unter einem Dach)“¹⁾. Die Bauanlagen sollten den Wohn- und Wirtschaftsbedürfnissen der hessischen und nassauischen Kleinbauern und der Arbeiter, die eine Kuh, ein paar Ziegen und Schweine halten, sowie ein paar Morgen Land zu eigen oder Pacht haben, entsprechen. 108 Bewerbungen gingen ein, davon wurden 35 in die engere Wahl gezogen, und unter diesen wieder erhielten 3 die ausgesetzten Preise, während 11 weitere Entwürfe zum Ankauf empfohlen wurden. Die preisgekrönten und angekauften Entwürfe wurden sodann, um sie praktisch verwertbar zu machen, den hessischen und nassauischen Baupolizeivorschriften angepasst und im Massstabe 1 : 125 umgezeichnet: sie sind in einer Sammlung erschienen. Für eine eingehende Besprechung ist hier weder Ort noch Raum. Die Interessenten können das Nähere aus der erwähnten Sammlung ersehen; auch ist der „Verein für Förderung des Arbeiter-

¹⁾ „Ländliche Anwesen für Kleinbauern und Industriearbeiter“, herausgegeben im Auftrage des Vereins für Förderung des Arbeiterwohnungswesens in Frankfurt a. M., Leipzig, Verlag von Seemann & Cie.

wohnungswesens“ in Frankfurt a. M. zur näheren Auskunftserteilung bereit. Mögen „die Entwürfe zu wirklichem Leben erwachen“. Das ist auch unser Wunsch.

Wir haben bis jetzt diejenigen Momente besprochen, welche wirtschaftlich und sozial in ganz besonderem Masse für die ländliche Arbeiterfrage von Bedeutung sind. Dazu tritt noch eine ganze Reihe von Einrichtungen und Massnahmen, deren Ziel es ist, die ländliche Arbeiterbevölkerung geistig und wirtschaftlich zu heben, ihre Position zu stärken, ihr die Wohltaten zuzuwenden, deren die städtische Bevölkerung in ausgedehntem Masse schon teilhaftig ist, ihr das Leben auf dem Lande angenehm und lieb zu machen. Alle diese Bestrebungen hat man unter dem Namen „ländliche Wohlfahrtspflege“ zusammengefasst. An erster Stelle ist hier zu nennen das ländliche Fortbildungsschulwesen. 1906 zählte der Reg.-Bez. Cassel ¹⁾ 319 solcher Schulen, er marschierte mit dieser Zahl an der Spitze aller preussischen Regierungsbezirke. 44819 M wurden dafür aufgewendet, 6218 Schüler besuchten den Unterricht, der von 499 Lehrern erteilt wurde. Weiter gehören hierher die Krankenpflege, Kleinkinderschulen, Volksbibliotheken, gesellige Veranstaltungen u. a. m. Wirtschaftlich sind bedeutsam Konsumvereine, Viehversicherungsvereine, Sterbekassen usw. Dienstbotenprämierungen und -Auszeichnungen dürften dazu beitragen, den häufigen Siellenwechsel einzudämmen, die Berufsfreudigkeit zu erhöhen. Es ist uns natürlich unmöglich, auf alle diese Dinge näher einzugehen. Der Landwirtschaftskammer, den landwirtschaftlichen Vereinen, den Landgemeinden, insbesondere aber den Genossenschaften ist hier ein weites Feld nutzbringender, edler sozialer Tätigkeit eröffnet. Der Jahresbericht 1906 des Verbandes ländlicher Genossenschaften Raiffeisen-scher Organisation für Hessen glaubt auf Grund seiner diesbezüglichen Erhebungen „ein erfreuliches Wachstum in fast allen Zweigen“ der ländlichen Wohlfahrtspflege konstatieren zu können ²⁾. Die Aufgaben eines echten Raiffeisenvereins bezüglich der Wohlfahrtspflege summiert der Jahresbericht ³⁾ dahin: „Jeder Verein müsste — das ist das Endziel — ein eigenes Heim haben und darin pflegen: Die Krankenpflege, die Kinderschule, die Fortbildungsschule, den Familienabend, die Volksbibliothek, den Verein selbst. Hier wäre die Brunnen-

¹⁾ Landw. Jahrbücher, Bd. 36, Ergänzungsheft 2, S. 22—23.

²⁾ Seite 16—17.

³⁾ Seite 16.

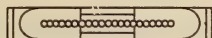
kammer alles Wahren, Schönen und Guten, das sich über das Dorf ergösse“. Der Verband selbst kann durch Mittheilungen über bestehende Wohlfahrtseinrichtungen deren weitere Verbreitung erleichtern und fördern. Leider ist noch viel zu thun, Ansätze dazu sind fast überall im Lande zu sehen. Sind wir einmal so weit, dass der Arbeiter sich auch auf dem Lande wohl fühlt, dann wird er auch den Reizen der Stadt, die seine Hoffnungen so oft täuscht, weit eher widerstehen.

Im Anschluss an dieses Kapitel wollen wir der Organisation der ländlichen Dienstboten und Tagelöhner einige Worte widmen. In den altpreussischen Provinzen besteht bekanntlich auf Grund eines Gesetzes von 1854 ein Koalitionsverbot für ländliche Arbeiter, in den neuen Provinzen, auch im Reg.-Bez. Cassel, existiert ein solches Verbot nicht; gleichwohl sind auch in ihnen weder Organisationen von Dienstboten noch von Tagelöhnern vorhanden. Die Gründe für diese Erscheinung sind verschiedener Art. Gerade die intelligenteren Elemente unter den Landarbeitern haben sich von jeher den industriellen Berufen zugewendet, während die schwerfälligen Landarbeiter blieben. Es sind also im Landarbeiterstande fast keine Leute vorhanden, welche die Energie und die Umsicht besässen, eine Berufsorganisation ihrer Standesgenossen ins Leben zu rufen. Dazu kommt, dass bei den Besitzverhältnissen Kurhessens fast an keinem Orte eine einigermaßen ansehnliche Zahl von Landarbeitern sich befindet, lokale Organisationen also kaum möglich sind. Auch fällt es aus diesem Grunde den Arbeitgebern leicht, Organisationsversuche zu unterdrücken. Ausserdem kann der tüchtige Landarbeiter sich zum Kleinbesitzer heraufarbeiten, und dann der Gewerkschaft entraten. Ferner werden Qualitätsarbeiter auch in der Landwirtschaft gut bezahlt, haben also eine Organisation nicht nötig. Käme aber wirklich eine solche zustande, so würden die Wanderarbeiter das störende Element bilden; der grösste Teil unter ihnen sind Frauen, die naturgemäss schwieriger zu organisieren sind: auch sind diese Wanderarbeiter mit ihrem niedrigen Bildungsgrade und ihren geringen Lebensansprüchen noch nicht reif für eine derartige Organisation. Aus alledem ergibt sich, dass die Organisation der Landarbeiter — zumal bei den Besitzverhältnissen in Kurhessen, wo der Grossgrundbesitz nur schwach vertreten ist, — äusserst schwierig, wenn nicht unmöglich erscheint.

Vor allem fehlt es an der unter gleichen Arbeitsbedingungen arbeitenden Masse, ohne welche eine Organisation kaum denkbar ist.

Auch Vereinigungen von ländlichen Dienstboten, welche natürlich einen anderen Charakter als diejenigen der Tagelöhner haben müssten, sind im Reg.-Bez. Cassel wie anderwärts nicht vorhanden. Neuerdings hat Dr. Heim die Organisation der ländlichen Dienstboten in Bayern in die Hand genommen. Bei dem Gesinde gibt es, wie wir gesehen haben, keine Lohnfrage, eine Organisation nach Art der Gewerkschaften ist demnach, wie Dr. Heim richtig bemerkt, ausgeschlossen. Ein ländlicher Dienstbotenverein würde seine Hauptaufgabe vor allem in folgenden Punkten zu suchen haben: Er hat seine Mitglieder zu belehren über die sozialen Gesetze und die Einrichtungen, die zu ihren Gunsten bestehen, Versammlungen in arbeitsstiller Zeit und ein Vereinsblatt hätten diesem Zwecke zu dienen. Eine Rechtsauskunftsstelle müsste den Gesindepersonen in allen ihre Standesinteressen berührenden Rechtsfragen Auskunft erteilen. Altersheime für ältere, Erholungsheime für genesende Dienstboten zu errichten, würde eine weitere Aufgabe sein. Auch muss älteren Dienstboten die Gründung eines eigenen Herdes und die Selbständigmachung ermöglicht werden, wenn anders die Berufsfreudigkeit erhalten werden soll. Dies sind in Kürze die Aufgaben, die Dr. Heim dem Verein ländlicher Dienstboten zugewiesen wissen will. Er erkennt an, dass der Verein aus sich nicht alles zu leisten vermag. Deshalb will er z. B. zur Errichtung der Alters- und Genesungsheime die christlichen Bauernvereine mitheranziehen. Für die Sesshaftmachung der älteren Dienstboten verlangt er die Beihilfe des Staates. Es sind grosse und erhabene Ziele, die Dr. Heim den Dienstbotenvereinigungen steckt. Auch im Reg.-Bez. Cassel wären die Schwierigkeiten, die Dienstboten in dieser Weise zu organisieren, nicht unüberwindlich. Wir denken hier bezüglich der Alters- und Genesungsheime an die Raiffeisenorganisationen, an deren Spitze in der Regel Männer von echt sozialem Empfinden stehen. Den Geistlichen beider Konfessionen ist hier ein reiches Wirkungsfeld eröffnet, andere Organisationen, wie z. B. die für die Kreise Fulda, Hünfeld, Gersfeld im Entstehen begriffene Landgesellschaft — die es ja auch beabsichtigt — könnten zur Selbständigmachung älterer Dienstboten viel beitragen. Noch ist auf diesem Gebiete nichts geschehen, das darf aber nicht davon abhalten, die ersten Schritte zu tun.

Zweifellos haben die ländlichen Dienstboten und Tagelöhner das natürliche Recht, sich zu organisieren. Was den Arbeitgebern aller Berufsstände, was den gewerblichen und industriellen Arbeitern, was den Handlungsgehilfen erlaubt ist, wird man den ländlichen Arbeitern nicht versagen können, will man sie nicht zu Menschen zweiter Klasse abstempeln. Eine solche Ausnahmebehandlung aber wird die Freude und Lust an der Landarbeit nicht erhöhen, dagegen die geistig vorgeschrittenen Elemente veranlassen, dem platten Lande den Rücken zu kehren. Anders, wenn die Leute ihre Freiheit gewahrt, ihre Rechte geschützt und ihre Zukunft einigermaßen gesichert sehen. Dann wird auch wieder die Lust zur Landarbeit erwachen, der Arbeitgeber aber nicht schlecht dabei fahren.



Schluss.

Die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete hat im Reg.-Bez. Cassel, wie wir gesehen haben, denselben Verlauf genommen, wie im ganzen übrigen Deutschland. Die Landwirtschaft hat an Bedeutung relativ eingebüsst, die landwirtschaftliche Bevölkerung des Reg.-Bez. Cassel hat in den letzten Jahrzehnten sogar eine absolute Abnahme erfahren, sie hat viele Arbeitskräfte an Handel und Industrie abgeben müssen. Immerhin waren die Verluste nicht so stark wie in anderen Bezirken des Reichs, der Rückgang erfolgte nur allmählich. So ist denn auch heute noch in einem grossen Teile von Kurhessen die Landwirtschaft gegenüber der Industrie und dem Handel im Uebergewicht geblieben.

Ist nun diese Verschiebung für die beteiligten Kreise von Vorteil gewesen? Wir glauben in vorliegender Arbeit dargetan zu haben, dass die Entwicklung für den Arbeiter selbst — ihm galt ja hauptsächlich unsere Untersuchung — günstig gewesen ist. In wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist der Gang der Dinge für ihn segensreich gewesen.

Nun ist die Landarbeiterfrage auch eine Betriebsfrage, da ja die menschliche Arbeitskraft im landwirtschaftlichen Betriebe unentbehrlich ist und mit jedem Tage erhöhte Bedeutung gewinnt. Die Veränderungen sind für den ländlichen Arbeitgeber leider allerdings unerfreulich; hier liegen die Schattenseiten der zunehmenden Industrialisierung. Der grundbesitzende Tagelöhner befindet sich heute in einer erträglichen, ja mitunter recht guten Position, er ist in einer weit besseren Lage als die früheren grundbesitzlosen ländlichen Tagelöhner, ja seine wirtschaftliche Zukunft ist gesicherter, als die vieler Industriearbeiter; gleichwohl herrscht auf dem Lande trostloser Arbeitermangel mit allen seinen unerfreulichen Begleiterscheinungen.

Unsere Arbeit behandelt nur einen Teil des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, der sich in Kurhessen wie anderwärts vollzieht. Es war natürlich unmöglich, alle mit dieser Entwicklung im Zusammenhang stehenden Fragen, wie Verschuldung, Produktivität, Rentabilität u. a. m. eingehend zu untersuchen und im Rahmen dieser

Arbeit zu behandeln, so interessant es auch gewesen wäre. Aeusserlich lässt sich ein Zusammenhang dieser Faktoren mit der Lohnhöhe beispielsweise nicht sofort nachweisen, ja er scheint nicht zu bestehen. Vernunftgemäss aber ist eine solche Abhängigkeit nicht in Abrede zu stellen. Uns galt es aber vor allem, die soziale Seite des Problems zu beleuchten, und wir hoffen, dieser Aufgabe, so weit es uns möglich war, gerecht geworden zu sein.



ANHANG.



Tabelle I.

Die Verschuldung der Grundbesitzer mit Haupt- erwerb aus Land- und Forstwirtschaft.*)

Es sind in % aller Grundeigentümer (i. o. S.) mit mindestens 60 Mark Grundsteuerreinertrag (also von ca. 2 ha ab)

Kreis	unverschuldet	unter 50% des Ges.-Vermög. verschuldet	über 50% des Ges.-Vermög. verschuldet
Cassel	23,4	71,8	4,8
Eschwege	56,4	40,5	3,1
Fritzlar	34,1	62,8	3,1
Hofgeismar	34,1	62,0	3,8
Homberg	32,3	62,8	4,9
Melsungen	23,6	69,0	7,4
Rotenburg	36,9	58,6	4,5
Witzenhausen	38,3	57,4	4,2
Wolfhagen	54,7	45,1	0,2
Marburg	35,3	61,7	3,1
Frankenberg	37,7	58,5	3,8
Kirchhain	36,6	60,0	3,4
Ziegenhain	37,0	62,2	0,8
Fulda	23,0	71,1	5,9
Hersfeld	31,1	65,0	3,9
Hünfeld	21,5	67,8	10,7
Hanau	54,5	41,5	4,0
Gelnhausen	49,3	48,9	1,8
Schlüchtern	30,6	55,5	14,0
Schmalkalden	44,8	47,0	8,2
Rinteln	31,8	64,6	3,6
Gersfeld	23,9	68,7	7,4
Reg.-Bez. Cassel	36,6	58,9	4,5
Preussen	29,5	52,9	17,6

*) Preuss. Statist. B. 191, II. Teil, S. XXV.

**Tabelle II. Verschuldung der Grundeigentümer
und Haupterwerb aus Land-**

Die Verschuldung beträgt in % des Gesamtver-

Kreise	60—90 Mark		90—150 Mark		150—300 Mark	
	%	Durchschnittsgrösse der Besetzung. ha	%	Durchschnittsgrösse der Besetzung. ha	%	Durchschnittsgrösse der Besetzung. ha
Stadtkreis Cassel . .	18,0	2,2	2,9	2,9	9,3	5,1
Landkreis Cassel . .	15,5	3,4	15,7	4,8	15,6	8,2
Eschwege	7,2	4,8	9,2	6,9	11,0	13,7
Fritzlar	8,5	3,5	11,1	4,6	13,0	7,1
Hofgeismar	14,1	3,9	14,1	5,0	14,4	8,3
Homberg	9,6	5,9	12,5	8,2	15,7	11,8
Melsungen	13,7	4,2	18,3	6,0	20,4	10,4
Rotenburg	8,0	6,0	13,5	9,4	15,2	15,6
Witzenhausen	9,4	4,5	11,1	6,8	16,1	12,1
Wolfhagen	4,2	3,8	7,6	5,4	8,6	8,8
Marburg	10,6	5,7	11,2	7,7	13,7	12,6
Frankenberg	9,4	7,0	13,4	9,5	15,3	14,8
Kirchhain	12,2	5,3	10,8	6,5	14,4	10,2
Ziegenhain	6,5	5,3	10,1	7,2	10,7	12,0
Fulda	18,0	7,2	18,8	10,9	20,2	17,6
Hersfeld	11,4	6,4	10,6	9,0	15,9	15,0
Hünfeld	17,7	7,6	21,5	11,9	24,6	19,2
Hanau Stadt	—	—	9,4	2,3	—	—
Hanau Land	13,7	1,7	12,2	2,5	9,0	4,1
Gelnhausen	8,4	4,3	9,8	5,5	8,6	9,1
Schlüchtern	14,6	5,5	18,8	8,3	23,0	15,8
Schmalkalden	15,7	6,2	13,7	8,8	9,0	14,8
Rinteln	15,4	3,6	12,9	4,6	13,8	8,6
Gersfeld	17,0	8,3	20,2	12,4	17,2	17,9
Reg.-Bez. Cassel . . .	12,1	5,2	13,4	7,2	14,6	12,0

*) Preuss. Statist. B. 191, II. Teil.

mit mindestens 60 Mark Grundsteuerreinertrag und Forstwirtschaft.*)

mögens in den Grundsteuerreinertragsklassen von

300—750 Mark		750—1500 Mark		1500—3000 Mark		3000 M. u. mehr	
‰	Durchschnittsgrösse der Besetzung. ha	‰	Durchschnittsgrösse der Besetzung ha	‰	Durchschnittsgrösse der Besetzung. ha	‰	Durchschnittsgrösse der Besetzung. ha
11,4	12,7	44,3	32,1	17,6	96,4	22,4	523,4
18,3	15,6	23,6	31,1	35,9	78,2	18,9	200,8
11,6	21,4	6,1	39,6	36,1	68,0	17,9	762,0
17,1	15,3	14,9	29,6	27,4	60,2	22,0	261,0
15,4	16,0	18,5	36,1	30,0	96,9	37,3	251,7
19,1	19,5	23,0	36,7	63,9	83,2	—	—
24,1	17,6	26,2	32,2	41,8	56,3	24,2	97,4
15,9	30,3	22,0	95,9	46,4	140,4	23,7	573,1
21,1	22,3	36,6	37,0	6,7	88,5	30,8	853,1
8,6	15,7	9,5	35,5	16,8	98,1	1,1	341,0
15,5	23,3	15,7	36,1	15,1	81,7	4,9	541,5
20,0	25,4	22,2	51,8	61,1	159,0	82,9	183,2
13,6	17,1	6,4	26,9	16,6	41,7	58,3	132,5
9,8	20,1	6,9	29,5	8,2	56,5	9,6	528,4
18,5	26,3	3,4	46,7	36,4	136,1	92,6	188,9
18,6	26,3	33,8	66,5	40,2	126,9	9,1	470,0
25,5	29,6	35,3	71,8	2,2	234,4	40,7	753,0
—	—	—	—	—	—	—	—
6,4	8,1	4,4	16,7	8,4	37,3	24,6	74,6
8,0	14,2	9,3	35,1	3,3	57,4	17,2	178,4
24,4	24,8	12,2	44,9	172,7	84,2	97,7	517,0
5,0	38,9	45,3	93,1	—	—	—	—
12,5	17,0	12,5	29,6	13,7	44,8	39,0	197,0
20,2	27,3	2,6	148,0	—	—	24,0	144,0
15,1	19,5	14,7	34,2	22,7	76,0	22,7	523,0

Tabelle III. Die Boden- und Kulturverhältnisse im Reg.-Bez. Cassel im Jahre 1900.

Namen der Kreise	Gesamtfläche ha	Von je 100 ha dienen als*)						
		Acker- und Gartenland	Wiesen	bessere Weiden	geringere Weiden	Wald	Oed- und Unland	Haus- u. Hof- räume, Wege, Gewässer
Stadtkreis Cassel	2 152	40,9	10,9	1,7	6,2	1,2	0,5	37,6
Landkreis Cassel	40 208	44,2	12,7	0,4	1,8	35,1	0,7	5,0
Eschwege	50 260	50,2	7,0	1,3	2,8	33,0	1,6	4,3
Fritzlar	34 100	54,0	9,6	0,1	1,8	28,6	0,5	5,2
Hofgeismar	61 504	41,1	7,1	0,9	3,8	42,4	0,4	4,0
Homburg	32 064	46,4	13,8	0,4	3,3	30,9	0,3	4,6
Melsungen	38 903	45,5	8,7	0,2	2,8	40,0	0,5	4,5
Rotenburg	55 415	41,2	6,3	0,0	4,4	44,0	0,8	3,5
Witzenhausen	42 408	36,1	10,1	0,8	4,3	44,1	0,6	4,2
Wolfhagen	40 989	50,8	7,0	0,6	2,6	35,0	0,4	3,6
Marburg	56 693	41,9	10,7	0,1	2,8	40,4	0,2	3,6
Frankenberg	55 990	33,0	9,3	0,8	4,3	46,2	1,4	2,9
Kirchhain	32 960	43,0	14,2	0,3	3,1	35,1	0,5	3,5
Ziegenhain	58 456	38,0	15,6	0,4	2,7	39,5	0,5	3,0
Fulda	61 636	39,0	17,4	0,2	2,3	36,4	0,6	3,6
Herfeld	50 100	38,4	10,3	0,2	2,3	44,2	0,8	2,8
Hünfeld	44 358	47,2	10,8	0,2	2,3	36,1	0,6	2,8
Stadtkreis Hanau	1 176	46,1	27,6	—	—	2,8	1,7	21,1
Landkreis Hanau	29 748	54,9	12,1	—	0,2	26,9	—	5,4
Gelhhausen	64 402	29,0	13,8	0,2	3,1	48,4	0,9	2,7
Schlüchtern	46 269	33,5	20,3	0,4	2,8	39,5	0,5	2,8
Schmalkalden	27 957	27,2	13,4	—	1,8	54,5	0,3	2,7
Rinteln	44 948	51,8	9,4	1,2	1,7	28,9	0,6	5,2
Gersfeld	35 748	28,3	27,4	2,0	10,1	28,1	1,2	2,1
Reg.-Bez. Cassel	1 008 176	41,0	11,9	0,4	3,1	38,8	0,6	3,7

*) Die Prozentzahlen sind berechnet auf Grund der in B. 108, I. der preussisch. Statistik für das Jahr 1900 angegebenen absoluten Zahlen.

Tabelle IV.

Die Berufsgliederung im Reg.-Bez. Cassel 1882 u. 1895

Namen der Kreise	a) Nach der Zählung vom 5./6. 1882			b) Nach der Zählung vom 14./6. 1895		
	Von je 1000 Personen der ortsanwesenden Bevölkerung gehören zur					
	A Land- wirt- schaft	B Indu- strie	C Handel und Verkehr	A Land- wirt- schaft	B Indu- strie	C Handel und Verkehr
Stadtkreis Cassel . .	22,4	393,6	229,4	4,3	418,2	235,1
Landkreis Cassel . .	406,7	423,0	95,9	247,2	503,9	105,4
Eschwege	449,6	375,3	93,6	392,5	399,5	100,8
Fritzlar	523,0	297,3	77,6	500,2	278,1	79,0
Hofgeismar	480,1	324,1	70,3	472,0	308,2	67,3
Homburg	588,4	255,6	58,8	562,2	260,0	62,6
Melsungen	518,0	311,6	76,5	475,8	328,0	82,7
Rotenburg	532,5	264,4	112,4	467,8	294,8	130,1
Witzenhausen . . .	441,0	374,4	76,0	370,0	419,2	82,3
Wolfhagen	569,2	282,8	54,6	537,9	272,0	55,1
Marburg	518,1	252,0	70,4	439,1	272,9	87,7
Frankenberg	654,2	221,3	46,0	622,6	207,8	49,9
Kirchhain	595,6	241,7	75,5	571,0	232,3	86,2
Ziegenhain	582,7	232,7	64,3	570,9	231,0	64,8
Fulda	518,9	288,7	78,1	480,0	297,4	83,3
Hersfeld	538,2	287,6	57,8	496,8	318,4	63,3
Hünfeld	635,0	211,7	73,7	603,6	212,3	74,1
Stadtkreis Hanau . .	32,8	555,1	179,1	38,7	527,4	200,4
Landkreis Hanau . .	339,4	427,3	131,7	380,5	467,7	80,3
Gelnhausen	603,5	258,5	59,8	516,3	322,9	62,8
Schlüchtern	601,4	247,4	68,9	548,6	240,1	90,7
Schmalkalden . . .	227,4	590,0	77,2	175,1	622,3	83,9
Rinteln	421,9	410,5	69,7	360,2	455,1	72,3
Gersfeld	657,7	208,8	52,5	663,4	158,3	62,5
Reg.-Bez. Cassel . .	448,5	332,7	92,3	396,3	354,9	99,1
Preussen	424,5	344,2	99,9	347,7	387,3	113,9
Deutsches Reich . .	413,6	391,2	100,2	344,1	391,2	115,3

Tabelle V. Berufsbevölkerung von 1882 und 1895.

Die Zahl der Erwerbstätigen sowie der Berufsbevölkerung ist gestiegen bzw. gefallen

Reg.-Bez. Cassel	Gesamtsumme der Erwerbstätigen	Gesamtsumme der Bevölkerung	Landwirtschaft		Industrie		Handel	
			Erwerbstätige	Berufsbevölkerung	Erwerbstätige	Berufsbevölkerung	Erwerbstätige	Berufsbevölkerung
1895	347158	838099	145448	344823	112406	297463	29323	83027
1882	310301	810286	144996	374595	98440	269530	22987	74814
Absolut \pm	± 36857	± 27813	± 452	$- 29772$	± 13996	± 27933	± 6336	± 8213
Vom Hundert \pm	$\pm 11,87$	$\pm 3,43$	$\pm 0,29$	$- 7,69$	$\pm 14,19$	$\pm 10,36$	$\pm 27,56$	$\pm 10,97$

Tabelle VI. Die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft nach Geschlecht und Stellung im Beruf 1882 und 1895.

Bez.-Bez. Cassel	Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft ist gestiegen bzw. gefallen bei den Selbstständigen			Angestellten			Hilfspersonen, Gesinde, Arbeitern, Angehörigen		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
1895	40925	8654	49579	1408	212	1620	49445	44804	94249
1882	36439	5911	42350	1204	12	1216	61422	40011	101433
	± 4486	± 2743	± 7229	± 204	± 200	± 404	$- 11977$	± 4793	$- 7184$

Tabelle VII. Die Wanderbewegung im Reg.-Bezirk
Cassel von 1895—1900.

I. Die überwiegend industriellen Kreise.			
Namen der Kreise	Von 10 ⁰ Erwerbstätigen entfallen auf Handel und Industrie	Die absolute Zu- (+) oder Abnahme (—) beträgt	Prozent vom Hundert der Volkszahl am 2./12. 1895
1. Stadtkreis Cassel . . .	61,0	+ 10289	+ 11,4
2. Landkreis Hanau . . .	50,9	+ 1740	+ 4,0
3. Stadtkreis Hanau . . .	66,5	+ 940	+ 3,4
4. Landkreis Cassel . . .	55,0	+ 433	+ 0,9
5. Schmalkalden	65,9	— 513	— 1,5
II. Die überwiegend agrarischen Kreise.			
	Von 100 Erwerbstätigen entfallen auf die Landwirtschaft	Die absolute Zu- (+) oder Abnahme (—) beträgt	Prozent vom Hundert der Volkszahl am 2./12. 1895
1. Wolfhagen	54,6	— 2719	— 10,7
2. Hünfeld	63,5	— 2311	— 9,9
3. Gersfeld	68,5	— 2076	— 9,7
4. Hofgeismar	50,7	— 3174	— 8,6
5. Rotenburg	54,7	— 2431	— 8,1
6. Schlüchtern	57,9	— 2221	— 7,8
7. Kirchhain	62,2	— 1495	— 6,9
8. Fritzlar	51,9	— 1761	— 6,6
9. Gersfeld	50,8	— 1937	— 6,1
10. Ziegenhain	60,0	— 1973	— 6,0
11. Frankenberg	63,6	— 1321	— 5,5
12. Homberg	58,7	— 1125	— 5,3
13. Gelnhausen	54,6	— 2236	— 5,2
III. Kreise, in denen weder Industrie und Handel noch andererseits die Landwirtschaft mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen stellen.			
1. Melsungen		— 1995	— 7,3
2. Eschwege		— 2725	— 6,4
3. Rinteln		— 1751	— 4,1
4. Witzenhausen		— 1160	— 3,9
5. Marburg		— 1666	— 3,5
6. Fulda		958	— 1,9

Tabelle VIII. Die Wanderbewegung im Reg.-Bezirk
Cassel von 1900—1905.

I. Die überwiegend industriellen Kreise.

Namen der Kreise	Von 100 Erwerbstätigen entfallen auf Handel und Industrie	Die absolute Zu- (+) oder Abnahme (—) beträgt	Prozent vom Hundert der Volkszahl am 1.12. 1900
1. Stadtkreis Cassel . . .	61,0	+ 8213	+ 7,8
2. Landkreis Cassel . . .	55,0	+ 2558	+ 4,8
3. Landkreis Hanau . . .	50,9	+ 758	+ 2,4
4. Stadtkreis Hanau . . .	66,5	+ 575	+ 1,9
5. Schmalkalden	65,9	— 289	— 0,8

II. Die überwiegend agrarischen Kreise.

	Von 100 Erwerbstätigen entfallen auf die Landwirtschaft	Die absolute Zu- (+) oder Abnahme (—) beträgt	Prozent vom Hundert der Volkszahl am 1.12. 1900
1. Hersfeld	50,8	+ 75	+ 0,1
2. Ziegenhein	60,0	— 345	— 1,1
3. Gelnhausen	54,6	— 1149	— 2,6
4. Schlüchtern	57,9	— 816	— 2,9
5. Hünfeld	63,5	— 671	— 3,0
6. Rotenburg	54,7	— 936	— 3,1
7. Homberg	58,7	— 688	— 3,2
8. Kirchhain	62,2	— 687	— 3,2
9. Frankenberg	63,6	— 794	— 3,3
10. Hofgeismar	50,7	— 1377	— 3,8
11. Wolfhagen	54,6	— 954	— 4,0
12. Fritzlar	51,9	— 1127	— 4,3
13. Gersfeld	68,5	— 1076	— 5,2

III. Kreise, in denen weder die landwirtschaftliche noch die industrielle plus Handelsbevölkerung mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen stellen.

1. Fulda	+ 1060	+ 2,0
2. Marburg	+ 209	+ 0,3
3. Melsungen	— 719	— 2,6
4. Rinteln	— 1324	— 3,0
5. Eschwege	— 1579	— 3,7
6. Witzenhausen	— 1679	— 5,4

Tabelle XI. Grössenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe 1895.

Von der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche umfassen in % die Betriebe mit einer landw. benutzten Fläche von

Namen der Kreise	unter 2 ha	2—5 ha	5—20 ha	20—100 ha	100 ha u. mehr
Cassel (Stadt u. Land)	13,39	14,62	34,72	25,18	12,09
Eschwege	11,46	14,61	33,52	20,44	19,97
Fritzlar	8,06	12,86	30,56	33,31	15,21
Hofgeismar	10,15	16,98	36,67	22,32	13,88
Homburg	6,75	11,53	41,30	30,34	10,08
Melsungen	10,12	13,58	36,40	31,26	8,64
Rotenburg	8,50	13,45	35,54	29,41	13,10
Witzenhausen	13,72	18,00	29,79	19,57	18,92
Wolfhagen	7,90	13,40	50,23	17,56	10,91
Marburg	5,95	11,37	45,90	34,11	2,67
Frankenberg	6,44	16,43	50,95	19,22	6,96
Kirchhain	8,44	14,58	54,40	18,77	3,81
Ziegenhain	7,08	12,64	40,63	32,49	7,16
Fulda	5,46	14,05	51,21	22,40	6,88
Hersfeld	8,73	14,52	40,81	29,32	6,62
Hünfeld	5,02	10,17	44,12	38,95	1,74
Hanau (Stadt u. Land)	10,41	22,26	40,29	7,56	19,48
Gelnhausen	12,24	27,14	45,63	8,34	6,95
Schlichtern	6,73	15,96	47,00	25,83	4,48
Schmalkalden	26,72	23,87	37,74	9,04	2,63
Rinteln	12,91	14,60	32,71	30,82	8,96
Gersfeld	5,10	14,47	64,29	10,91	5,23
Reg.-Bez. Cassel . .	9,05	15,19	42,04	24,29	9,43
Preussen	4,91	7,84	24,30	32,01	30,94
Deutsches Reich . .	5,56	10,11	29,90	30,35	24,08

Tabelle X.

Die Inhaber landwirtschaftlicher Parzellenbetriebe nach ihrem Hauptberuf 1895.

Von 100 Inhabern landw. Betriebe unter 2 ha sind hauptberuflich tätig in:													
Landwirts- schaft	Gärtnerei		Industrie		Handel		Verkehr		Gast- und Schankw.		wech- seln der Lohn- arbeit	anderen Berufs- arten	
	selbst.	un- selbst.	selbst.	un- selbst.	selbst.	un- selbst.	selbst.	un- selbst.	selbst.	un- selbst.			
14,89	19,2	0,35	1,60	19,01	22,72	4,01	0,24	0,43	3,54	0,89	0,01	1,32	11,79
14,71	25,57	0,72	1,42	14,18	24,13	2,86	0,36	0,73	2,99	1,19	0,02	1,23	9,89
17,43	21,30	0,75	1,62	16,51	22,95	3,24	0,38	0,73	2,93	1,30	0,02	1,11	9,73

Tabelle XI. Die Löhne der dauernd beschäftigten freien Tagelöhner
im Reg.-Bez. Cassel 1892 und 1907.

Namen der Kreise	Die Löhne für dauernd beschäftigte männliche Tagelöhner betrugen 1892				Die Löhne für dauernd beschäftigte männliche Tagelöhner betrugen 1907			
	ohne Kost		mit Kost		ohne Kost		mit Kost	
	Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter
Stadt- u. Landkr. Cassel . . .	2,00—3,00 2,50 1)	1,00—1,50 1,25	1,25—1,75 1,50	0,50—0,75 0,60	2,00—3,00 2,50	1,50—2,50 2	1,25—1,50 1,50	1,20 1,20
Eschwege . . .	1,40—1,50 1,50	1,20—1,50 1,30	1,00 1,00	0,80 0,80	1,60—2,00 1,80	1,30—1,80 1,50	1,50—1,80 1,70	1,20—1,70 1,50
Fritzlar . . .	1,50 1,50	1,00 1,00	0,75—1,00 0,85	0,50—0,80 0,65	1,80—3,00 2,50	1,50—2,00 1,80	1,60—2,00 1,80	1,00—1,50 1,25
Hofgeismar . .	1,50—2,00 1,75	1,20—1,50 1,30	0,70—1,50 1,00	0,50—1,00 0,75	2,00—2,50 2,25	1,50—2,00 1,75	1,00—1,50 1,25	1,00 1,00
Homburg . . .	1,80—2,00 2,00	1,50—1,60 1,50	1,00—1,20 1,10	0,80 0,80	2,20—3,00 2,50	1,70—2,00 2,00	1,20—2,00 1,60	0,85—1,50 1,20
Melsungen . .	1,40—2,50 1,80	1,00—1,30 1,20	1,00 1,00	0,80 0,80	2,50—3,00 2,75	2,20 2,20	1,50 1,50	1,20 1,20
Rotenburg . .	1,50 1,50	1,30 1,30	— —	— —	1,50—2—2 1,80 [(2,5)	1,20—1,90 1,50	0,80—1,80 1,30	0,70—1,50 1,25
Witzenhausen .	1,20 2)–1,50 1,50	1,00—1,30 1,20	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Wolfhagen . .	1,25—1,50 1,40	1,00—1,20 1,10	— —	— —	1,50—2,25 2,00	1,50 1,50	— —	— —
Marburg . . .	1,80—2,50 2,25	— —	— —	— —	2,30—2,60 2,50	1,40—2,00 1,75	1,30—1,80 1,50	1,00—1,50 1,20
Frankenberg .	— —	— —	0,80—1,20 1,00	0,70—1,20 1,00	— —	— —	— —	— —
Kirchhain . . .	1,80—2,00 1,80	1,50 1,50	1,20—1,40 1,20	1,00 1,00	2,00—3,00 2,50	1,50—2,50 2,00	1,40—2,00 1,65	1,00—1,25 1,10
Ziegenhain . .	1,50 1,50	1,00 1,00	— —	— —	2,00—3,00 2,50	1,60—2,00 1,80	1,00—2,00 1,50	0,80—1,50 1,25
Fulda	1,50—2,50 2,00	1,20—1,50 1,30	1,00—1,20 1,00	0,70—1,00 0,80	2,50—3,00 3,00 3)	2,00—2,40 2,25	2,00 2,00	1,00—1,50 1,25
Hersfeld . . .	— —	— —	— —	— —	2,50—3,00 2,50 3)	1,50—2,50 2,25 3)	1,50—2,00 1,75	1,20—1,80 1,40
Hünfeld	1,20—1,80 1,50	1,00—1,50 1,25	0,80—1,00 0,90	0,50—0,60 0,60	2,00—3,00 2,50	2,00 2,00	1,20—1,80 1,50	0,90—1,20 1,10
Stadt- u. Landkr. Hanau	2,00 2,00	1,50 1,50	1,00 1,00	0,70—0,80 0,75	2,50 2,50	2,00 2,00	1,20 1,20	1,00 1,00
Gelnhausen . .	1,50—2,00 1,75	1,20—1,40 1,30	1,50 1,50	0,80 0,80	2,50—3,50 3,00 3)	1,50—3,00 2,00 3)	2,00—2,50 2,50 3)	1,20—1,80 1,60
Schlüchtern . .	1,80—2,00 2,00	1,40—1,60 1,50	1,00—1,20 1,10	0,60—0,80 0,70	2,30—3,00 2,75 3)	1,80—2,00 2,00	1,00—2,00 1,50	0,65—1,50 1,00 3)
Schmalkalden .	1,00 1,00	0,75 0,75	0,60 0,60	0,50 0,50	2,00—2,50 2,25	2,00—2,50 2,00	— —	— —
Rinteln	1,30 1,30	1,10 1,10	— —	— —	1,50—2,50 2,20 3)	1,50—2,00 1,75	1,50—2,00 1,75	1,00—1,25 1,10
Gersfeld . . .	1,40 1,40	1,00 1,00	— —	— —	2,00—2,50 2,25	1,70—2,00 2,00 3)	2,00 2,00	1,50 1,50

1) Durchschnittsziffer. 2) Nur ganz vereinzelt. 3) Fast durchweg.

Tabelle XII. Die Löhne der zeitweise beschäftigten freien Tagelöhner
im Reg.-Bez. Cassel 1892 und 1907.

Namen der Kreise	Die Löhne für zeitweise beschäftigte männliche Tagelöhner betragen 1892				Die Löhne für zeitweise beschäftigte männliche Tagelöhner betragen 1907			
	ohne Kost		mit Kost		ohne Kost		mit Kost	
	Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter	Sommer	Winter
Stadt- u. Landkr. { Cassel	2,00—3,00 2,50 1)	1,00—1,50 1,25	1,75—2,25 2,00	0,50—0,75 0,70	2,50—3,00 2,75	2,00—2,50 2,25	1,50 1,50	1,20 1,20
Eschwege { —	—	—	—	—	1,60 1,30	1,60—1,80 1,80 2)	1,20—1,60 1,50	1,20—1,60 1,50
Fritzlar { 1,75—2,00 1,85	1,00 1,00	1,00—1,50 1,25	0,50—0,80 0,70	2,50—3,50 3,00	1,70—2,00 2,00 2)	1,80—2,50 2,00	1,20—2,00 1,50	1,20—2,00 1,50
Hofgeismar . . . { 1,50—2,50 1,80 2)	1,20—1,80 1,40 2)	1,00—1,80 1,20 2)	0,90—1,25 1,00	2,00—2,50 2,25	1,40—2,00 1,75	1,50 1,50	1,00 1,00	1,00 1,00
Homburg { 2,00—2,50 2,25	1,70—1,80 1,75	1,25—1,70 1,50	1,00 1,00	2,00—3,00 2,75	2,00—2,50 2,25	2,00—2,50 2,25	1,20—1,60 1,40	1,20—1,60 1,40
Melsungen . . . { 1,50—2,00 1,75	1,00—1,20 1,40	1,40 1,40	0,90 0,90	3,00 3,00	2,00 2,00	1,50—2,40 2,00	1,20—1,60 1,40	1,20—1,60 1,40
Rotenburg . . . { 1,50 1,50	1,00 1,00	1,00 1,00	0,50 0,50	1,50—3,00 2,50 2)	1,50—2,20 1,80	1,20—2,00 1,50	1,00 1,00	1,00 1,00
Witzenhausen . { 1,50—2,50 2,00	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Wolfhagen . . . { 1,50 1,50	— —	— —	— —	— —	1,50—2,25 2,00	1,50 1,50	— —	— —
Marburg { 2,00—3,00 2,50	— —	1,00—1,20 1,10	0,60—1,00 0,80	2,50—2,80 2,50	1,80—2,00 2,00 2)	1,50—2,00 1,75	0,80—1,50 1,20	0,80—1,50 1,20
Frankenberg . . { — —	— —	0,80—1,50 1,20	0,70—1,20 1,00	— —	— —	— —	— —	— —
Kirchhain { 2,00—2,20 2,0 2)	1,50—1,80 1,60	1,30—1,50 1,40	0,90—1,10 1,00	1,75—3,50 2,75	1,75—3,00 2,25	1,50—2,50 1,75 2)	1,20—1,50 1,25 2)	1,20—1,50 1,25 2)
Ziegenhain . . . { 2,00 2,00	1,25 1,25	— —	— —	2,00—3,00 2,80 2)	1,50—2,50 2,25	1,50—2,50 2,00	1,00—2,00 1,50	1,00—2,00 1,50
Fulda { 2,00—3,00 2,5 1)	1,20—2,00 1,75	1,00—2,00 1,50	0,70—1,00 0,85	3,00—4,00 3,50	2,00—2,70 2,25	1,50—2,50 2,00	1,50—2,00 1,75	1,50—2,00 1,75
Hersfeld { 2,00—2,50 2,25	— —	1,00—1,50 1,25	— —	2,00—3,00 2,25	1,50—2,20 1,80	1,00—2,00 1,75 2)	1,00—2,00 1,25 2)	1,00—2,00 1,25 2)
Hünfeld { 1,20—2,00 1,60	1,00—1,20 1,10	0,80—1,00 0,90	0,50—0,60 0,60	1,80—3,50 2,50	1,70—2,50 2,00	1,50—2,50 1,75 2)	1,00—1,20 1,20 2)	1,00—1,20 1,20 2)
Stadt- u. Landkr. { Hanau	2,50 2,50	1,80 1,80	1,50 1,50	1,00 1,00	3,50—4,00 3,50	2,00—2,7 2,25	1,50—2,50 2,00	1,00—2,00 1,25 2)
Gelnhausen . . . { 2,00—3,00 2,50	1,20—1,50 1,40	2,00 2,00	0,80 0,80	2,80—3,50 3,00 2)	1,20—2,50 2,00	2,00—3,00 2,50	1,00—2,00 1,50	1,00—2,00 1,50
Schlüchtern . . . { 2,00—3,00 2,50	1,20—1,50 1,35	1,00—2,00 1,50	0,60—0,80 0,70	2,50—3,50 3,00	2,00—2,50 2,20	1,50—2,50 2,00	1,50 1,50	1,50 1,50
Schmalkalden . { — —	— —	— —	— —	2,00—2,50 2,25	2,00—2,50 2,25	— —	— —	— —
Rinteln { — —	— —	— —	— —	2,50—3,00 2,75	1,50—2,50 2,00	1,50—2,50 2,00	1,50 1,50	1,50 1,50
Gersfeld { 1,40 1,40	1,00 1,00	1,00—1,20 1,10	0,60—0,80 0,70	2,00—3,00 2,50	2,00 2,00	1,80—2,00 2,00 2)	0,80—1,50 1,10	0,80—1,50 1,10

1) Durchschnittsziffer. 2) Fast durchweg.

Tabelle XIII.
Die Löhne der zeitweise beschäftigten Frauen.

Namen der Kreise	1892		1907	
	Mit Kost		Mit Kost	
	Sommer	Winter	Sommer	Winter
Cassel	0,60—0,80 0,70	0,30—0,60 0,40	0,80 0,80	— —
Eschwege	0,90 0,90	— —	1,20 1,20	1,00 1,00
Fritzlar	1,00 1,00	0,80 0,80	0,80—1,20 1,00	0,60—1,00 0,80
Hofgeismar	— —	— —	— —	— —
Homberg	— —	— —	0,90 1,20 1,20	0,50—1,00 0,80
Melsungen	— —	— —	1,00 1,00	1,00 1,00
Rotenburg	0,60 0,60	— —	0,70—1,00 0,80	— —
Witzenhausen	— —	— —	1,00 1,00	0,80 0,80
Wolfhagen	— —	— —	— —	— —
Marburg	— —	— —	1,00—1,50 1,25	0,60—1,00 0,80
Frankenberg	— —	— —	— —	— —
Kirchhain	1,00 1,00	— —	0,80—1,50 1,20	0,70—1,00 0,80
Ziegenhain	1,00 1,00	0,70 0,70	0,80—1,50 1,25	0,70—1,00 0,85
Fulda	0,50—1,00 0,75	0,40—0,60 0,50	1,00—1,20 1,10	0,80—1,00 0,90
Hersfeld	0,60 0,60	— —	0,70—1,00 0,80	0,60—0,80 0,70
Hünfeld	0,60—0,80 0,70	0,50 0,50	1,00—1,50 1,25	0,60—1,00 0,80
Hanau	0,80 0,80	0,60 0,60	1,00—1,50 1,25	0,70—1,00 0,85
Gelnhausen	1,00—1,20 1,10	0,60 0,60	1,00—2,00 1,50	1,00—1,50 1,25
Schlüchtern	0,60—1,00 0,80	— —	1,00—1,50 1,20	0,80 0,80
Schmalkalden	0,50 0,50	— —	— —	— —
Rinteln	— —	— —	0,90—1,50 1,25	0,80—1,00 1,00
Gersfeld	1,00—1,20 1,10	0,80 0,80	1,00—1,50 1,20	0,80 0,80

Tabelle XIV. Akkordlöhne.

	a) Männer			b) Frauen		
	Art der Akkordarbeit	Lohn pro ha Mk.	Tagesverd. Mk.	Art der Akkordarbeit	Lohn pro ha Mk.	Tagesverd. Mk.
1. Cassel						
Obervellmar	Frucht mähen, binden und aufstellen	18—24	4—5	Frucht schneiden, binden und aufstellen	18—24	2—3
Oberzwehren	Rüben ausmachen und einmieten	48,00	3—4	—	—	—
	Kartoffel ausmachen	0,14 bis 0,15 pro Zentner	3—4	—	—	—
2. Eschwege						
Rittergut Aue	Wiesenmähen	8,00	3,50	—	—	—
	Wintergetreide mähen, binden und aufstellen	16,00		—	—	—
	Sommergetreide mähen, binden und aufstellen	14,00		—	—	—
Rittergut Mönchhof	Wintergetreide mähen, binden und aufstellen	14—16	3—4	—	—	—
	Desgl. Sommergetreide	12—14		—	—	—
	Wiesen u. Klee mähen	8,00		—	—	—
	Rüben hacken	12,00	3—4	—	—	—
	Rüben roden	48,00		—	—	—
3. Fritzlar						
Haldorf	Rüben 3 mal hacken und verziehen	48,00	3,00	—	—	—
	Halmfrüchte zu mähen, binden und aufzustellen je nach Lagern	16—28	3,00	—	—	—
Grossen-Englis	Getreide mähen, binden und aufstellen	14—24	5—6	Getreide schneiden, binden und aufstellen	14—24	3—3,50
4. Hofgeismar						
Rittergut Stammen	Rüben roden	36—48	3—4	—	—	—
5. Hofgeismar						
Lützelwig	Rüben hacken	12—14	3,00	—	—	—
6. Melsungen						
Halbersdorf	Getreide mähen	10—12	3,50	Getreide schneiden	10—12	1,70
7. Rotenburg						
Domaine Cornberg	Wintergetreide mähen, binden und aufstellen	14,00	3—4	—	—	—
	Desgl. Sommergetreide	12,00		—	—	—
	Wiesen u. Klee mähen	8,00		—	—	—
Rittergut Ludwigseck	Kartoffel ausmachen	0,15 pro Zentner	3,00	Kartoffel ausmachen	0,15 pro Zentner	2,00

	a) Männer			b) Frauen		
	Art der Akkordarbeit	Lohn pro ha Mk.	Tages- verd. Mk.	Art der Akkordarbeit	Lohn pro ha Mk.	Tages- verd. Mk.
Oberellenbuch	Getreide mähen, binden und auf- stellen	15,00	2,50	Getreide schnei- den, binden und aufstellen	15,—	2,00
Breitenbach	Wintergetreide mähen, binden und aufstellen	14,00	} 4,00	—	—	—
	Sommergetreide desgl.	10,00			—	—
	Gras und Klee	10,00			—	—
8. Witzenhausen						
Wendershausen . . .	Rüben roden	48,00	3—5	Rüben roden	48,00	2,50bis 3,50
9. Wolfhagen						
Elben	Getreide mähen, binden und aufstellen	12—24	4,00	—	—	—
10. Marburg						
Nördl. Teil des Kreises	Getreide mähen, binden und aufstellen	16,00	3—4	—	—	—
11. Frankenberg	—	—	—	—	—	—
12. Kirchhain						
Grossseelheim . . .	Getreide mähen, binden und aufstellen	20,00	3—4	—	—	—
Neustadt	Getreide mähen, binden und aufstellen	22—25	6,00	—	—	—
13. Ziegenhain						
Rittergut Ropperhausen	Gras mähen	8,00	} 4,00	—	—	—
	Frucht mähen, binden und aufstellen	14—16				
Schrecksbach	Frucht mähen, binden und aufstellen	16,00	} 3—4	Frucht schnei- den, binden und aufstellen	16,00	2—3
	Gras mähen	8,00				
Domäne Schafhof . .	Für Rüben hacken:					
	1. Hacke	8,00	} 3—4	—	—	—
	2. Hacke	12,00				
	3. Hacke	10,00				
	Rüben roden	48,00	} 3—4	—	—	—
	Wintergetreide mähen u. binden	14,00				
	Desgl. Sommer- getreide	11,00				
	Gras mähen	6,00				
14. Fulda						
Maberzell	Getreide mähen, binden und aufstellen	14,00	3,50	—	—	—
Carlshof	Desgleichen	14,00	} 3—4	—	—	—
	Rüben und Kar- toffel hacken	10—12				
	Rüben ernten	30—48				

	a) Männer			b) Frauen		
	Art der Akkordarbeit	Lohn pro ha Mk.	Tages- verd. Mk.	Art der Akkordarbeit	Lohn pro ha Mk.	Tages- verd. Mk.
15. Hersfeld						
Oberlengsfeld	Winterfrucht mähen	14,00	} 3,00			
	Sommerfrucht mähen	10,00			—	—
	Rüben hacken	12,00				
Gut Nipper	Winterfrucht mähen, binden und aufstellen	16,00	} 3—4	Winterfrucht mähen, binden und aufstellen	16,00	} 1,50b.
	Desgl. Sommer- frucht	14,00		Desgl. Sommer- frucht	14,00	
Obergeis	Frucht mähen, binden und aufstellen	16,00	3,00	—	—	—
16. Hünfeld						
Schwarzengrund . . .	Frucht mähen, binden und aufstellen	12 29	} 2,50b.	Frucht mähen, binden und auf- stellen	12—20	} 1,20b.
	Gras und Klee mähen	6—8		Gras und Klee mähen	6—8	
Gruben	Getreide mähen, binden u. aufst.	18,00	3—4	—	—	—
17. Hanau						
Kinzigheimerhof . . .	Wiesen mähen	8,00	} 3,20	Rüben hacken	30,00	} 2,20
	Getreide mähen, binden u. aufst.	16,00		2 mal verziehen	8,00	
	Rüben ausmach.	50,00				
Dotterfelderhof . . .	Getreide mähen, binden u. aufst.	16—24	3,00	Rüben hacken 3 mal	36,00	3,00
18. Gelnhausen						
Neuses	Getreide mähen	16,00	5,00	—	—	—
19. Schlüchtern	Getreide mähen, binden u. aufst.	25,00	6,25 ¹⁾	—	—	—
	Wiesen mähen	8—10	3,75 bis 5,50 ¹⁾	—	—	—
Domäne Hundsrück .	Grasmähen	10,00	} 4—5	—	—	—
	Getreide mähen, binden u. aufst.	16—20		—	—	—
20. Schmalkalden						
Domäne Winne . . .	Desgleichen	14—20	} 3—5	—	—	—
	Wiesen u. Klee mähen	7—10		—	—	—
	Kartoffel lesen	0,10 pro Zentner		—	—	—
21. Rinteln						
Rittergut Apelern . .	Getreide mähen, binden u. aufst.	16—22	4,50 bis 5,90	Getreide mähen, binden u. aufst.	16,00 22,00	2,50 b. 2,80
Oelbergen	—	—	3,80	—	—	2,00
Domäne Möllenbeck .	Wiesen u. Klee mähen	8,00	} 3—4	—	—	—
	Getreide mähen, binden u. aufst.	16—24		—	—	—
Oldendorf	Desgleichen	16,00	3—4	—	—	—
	Holzfällen (im Winter)	—	3—4 (3,80)	—	—	—
Schoholtensen	Getreide mähen, binden u. aufst.	14,00	3,50	Rüben 3 mal hacken u. roden	80,—	2,00
22. Gersfeld	Holzfällen (im Winter)	—	2,70	—	—	—

¹⁾ Mann und Frau zusammen.

Tabelle XV.
1895. Die grundbesitzenden Tagelöhner.

Kreise	Zahl der landw. Betriebe überhaupt	Davon: Landw. Hauptbetriebe	Grundbesitzende landw. Tagelöhner im Hauptberuf					Haus- in- dustrie
			Gesamtzahl	mit Besitz unt. 0,5 ha	von 0,5-2 ha	von 2-5 ha	von 5-20 ha	
Stadtkreis Cassel	227	12	1	—	—	1	—	1
Landkreis Cassel	7601	1592	811	542	245	24	—	140
Eschwege	7512	2124	945	549	352	40	4	77
Fritzlar	4249	1559	583	343	222	17	1	8
Hofgeismar	6792	2132	1125	499	515	106	5	34
Homburg	3630	1426	612	417	191	4	—	12
Melsungen	4430	1621	547	279	237	29	2	25
Rotenburg	5193	1716	777	399	334	43	1	5
Witzenhausen . . .	5451	1398	710	375	289	44	2	14
Wolfhagen	4474	1769	681	301	323	53	4	36
Marburg	5716	2731	556	355	183	17	1	25
Frankenberg . . .	4080	2146	490	209	246	34	1	27
Kirchhain	3902	1758	470	275	181	14	—	20
Ziegenhain	5995	2585	829	536	270	23	—	57
Fulda	5934	3610	334	142	155	35	2	32
Hersfeld	5116	2159	638	300	277	61	—	24
Hünfeld	3800	2098	266	130	127	9	—	39
Stadtkreis Hanau	123	43	—	—	—	—	—	—
Landkreis Hanau	6279	2629	399	284	106	8	1	43
Gelnhausen	7474	3591	517	274	218	24	1	11
Schlüchtern	4441	2138	503	257	204	38	4	7
Schmalkalden . . .	5237	990	275	175	88	11	1	158
Rinteln	8203	2182	894	555	319	20	—	55
Gersfeld	3449	2218	208	113	81	14	—	28
Reg.-Bez. Cassel.	119308	46227	13171	7309	5163	669	30	878

Tabelle XVI. Das Einkommen der freien grundbesitzenden Tagelöhner.

Kreise	Grösse der Besitzung in Morgen	Wert d. Nutz. aus Wald etc.	Gewährung seitens der Arbeitgeber	Sa. dieser Gewährung	Lohn des Mannes	Lohn der Frau	Lohn der Kinder	Einkom. aus der eigenen Wirt- schaft	Gesamt- ein- komm.
1. Cassel									
Vellmarshausen . .	nicht angegeben	—	Freie Fuhr u. etw. Land	52	800 o. Kost	100		150	1102
Domäne Münchhof	2—5	—	3 Tage ein Gespann frei	25	850 o. Kost	250		100	1225
2. Eschwege.									
Rittergut Jestädt . .	nicht angegeben	—	—	80	500 m. Kost	100	—	60	740
Willershausen . . .	„	—	—	—	800 o. Kost	300		100	1200
3. Fritzlar.									
Klein Englis	„	—	—	—	660 o. Kost	50	—	150	860
Domäne Jesberg . .	3—5	—	Holzfahren, Feldbestell., 1/2 Morgen Land	150	900 o. Kost	—	120	200	1370
4. Hofgeismar.									
Rittergut Stammen .	nicht angegeben	—	—	—	600	60		150	810
5. Homberg.									
Lützelwig	nicht angegeben	70	—	—	702 o. Kost	180	24	150	1126
6. Melsungen.									
Bergheim	nicht angegeben	12	—	—	600 o. Kost	120		360	1080
Landefeld	„	—	—	—	702 o. Kost	200		150	1070
7. Rotenburg.									
Seifertshausen . . .	nicht angegeben	15	Freie Fuhr., Land	100	275 1)	100		400	790
Domäne Schaffhof .	„	—	—	—	700 o. Kost	50	—	100	850
8. Witzenhausen.									
Wendershausen . .	„	—	—	—	600—700 o. Kost	300—400		50—200	950—1300
9. Wolfhagen.	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Marburg.									
Caldern	nicht angegeben	20	—	—	450 m. Kost	120		120	710
Wittelsberg	„	15	—	—	600	—	—	300	915
11. Frankenberg.	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12. Kirchhain.									
Kleinseelheim . . .	nicht angegeben	—	—	—	500	200		100	800
Josbach	„	—	—	—	416 o. Kost	100		450	966
13. Ziegenhain.									
Isterode	„	—	—	—	700—800 o. Kost	100—200		100—300	900—1300
Willingshausen . .	„	—	—	—	800—900 o. Kost	100—200		100—400	1000— 1500

1) Darunter 100 für Holzfällen im Winter.

Kreis	Grösse der Besitzung in Morgen	Wert d. Nutz- ausWald etc.	Gewährung, seitens der Arbeitgeber	Sa dieser Gewährung	Lohn des Mannes	Lohn der Frau	Lohn der Kinder	Einkom. aus der eigenen Wirt- schaft	Gesamt- ein- komm.
14. Fulda.									
Carolinenhof . . .	4—12	—	—	—	480 m. Kost	210 mit Kost		200 - 400	890-1090
	4—12	—	—	—	750 o. Kost	400 ohne Kost		200—400	1350— 1550
15. Hersfeld.									
Friedwald	4—8	—	—	—	800 o. Kost.	50		200	1050
16. Hünfeld.									
Kirchhasel.	2—4	—	—	—	500 m. Kost	50		100	650
Wehrda	6	—	1 Morgen Wiese, freie Fuhren und Ackerbest freie Gras- nutz. an den Wegen	50	600 o. Kost	—		150	800
17. Hanau.									
Marköbel	nicht angegeben	—	—	—	360 m. Kost	240		200—250	800—850
18. Gelnhausen.									
Somborn	„	—	—	—	900 o. Kost	150		180	1230
Birstein	„	—	—	—	600 m. Kost	130		150	880
19. Schlüchtern.									
Heubach	„	—	—	—	400 m. Kost	200		350	950
20. Schmalkalden.									
Domäne Winne . .	nicht angegeben	—	1 Morgen Kartoffelld., Grasnutz., Fuhren etc.	60	600 o. Kost	60		80	800
21. Rinteln.									
Fuhlen	nicht angegeben	—	—	—	720 o. Kost	50		120	890
Domäne Coverden .	„	—	Land, freie Fuhren	30	580	90		30	730 1)
22. Gersfeld.									
Rittergut Gersfeld .	—	—	—	—	540	320		—	860

1) Dazu noch anderweitig Verdienst.

Tabelle XVII. Die Preise der wichtigsten Lebensmittel 1873/76, 1890/94, 1903/1906.

Reg.-Bez. Cassel	I. Der Kleinhandelspreis betrug für 1 kg		
	Rindfleisch	Schweinefleisch	Butter
1873/76	1,27 Mk.	1,43 Mk.	2,41 Mk.
1890/94	1,30 „	1,48 „	2,27 „
1903/06 ¹⁾	1,49 „	1,66 „	2,38 „
1906	1,58 „	1,87 „	2,47 „
1875/76 ²⁾	100	100	100
1890/94	102	103	94
1903/06	118	117	99
1906	124	131	104
1890/94 ³⁾	100	100	100
1903/06	115	112	104
1906	122	126	109
Reg.-Bez. Cassel	II. Der Jahresdurchschnittspreis betrug für 1000 kg		
	Roggen	Esskartoffeln	
1873/76	190 Mk.	61 Mk.	
1890/94	169 „	59 „	
1903/06	149 „	64 „	
1906	159 „	63 „	
1873/76 ²⁾	100	100	
1890/94	89	97	
1903/06	78	105	
1906	84	103	
1890/94 ³⁾	100	100	
1903/06	88	108	
1906	94	107	

¹⁾ Incl. 1906, für 1906 speziell siehe nächste Reihe.²⁾ Preise für 1873/76 = 100 gesetzt.³⁾ Preise für 1890/94 = 100 gesetzt.

Tabelle XIX. Die Gesindelöhne 1892 und 1907.

Namen der Kreise	1892		1907	
	Knechtelöhne Mk.	Mägdelöhne Mk.	Knechtelöhne Mk.	Mägdelöhne Mk.
Landkreis Cassel .	200—300	120—180	350—450—(500) ¹⁾	150—210—240
Eschwege	210—240	120	300—450	160—210
Fritzlar	200—300	100—150	330—450	160—225
Hofgeismar	200—300	100—150	300—400	200—240
Homberg	210—300	120—180	350—400	160—210
Melsungen	200—300	110—145	300—360	160—200
Rotenburg	210—300	100—150	300—350—(420)	180—210—(240)
Witzenhausen . .	200—260	110—150	350—400	180—220
Wolfhagen	200—250	100—130	330—360	160—180
Marburg	—	150	300—400—(450)	180—250
Frankenberg	210—300	120—180	—	—
Kirchhain	—	100—150	300—400—(450)	150—240
Fulda	240—300 ³⁾	100—160	300—400 (500)	180—250—(300)
Hersfeld	160—240	90—150	280—375 ²⁾ 350—475 ³⁾	160—210
Hünfeld	150—210	100—150	300—400	180—240
Landkreis Hanau .	200 ²⁾	100 ²⁾	300—400—(450)	180—240
Gelnhausen	200—300	100—180	300—400	180—240
Schlüchtern	200—300	110—180	300—375 (450)	180—240
Schmalkalden . . .	200—300	90—120	—	180
Rinteln	400 ³⁾	100 ³⁾	250—350	150—200
Gersfeld	180—200	90—130	300—375	150—240
Ziegenhain	150—200	100—150	300—400	160—240

¹⁾ () heisst: wird erreicht, aber nur selten.²⁾ In bäuerlichen Wirtschaften.³⁾ Auf grossen Gütern.

Kontrakt des Gutsbesitzers N. mit dem Kuhschweizer N.

§ 1.

Der Oberschweizer N. N. übernimmt die Oberschweizerstelle auf dem Stiftsgut unter folgenden Bedingungen: Derselbe erhält pro Woche 36 Mark Lohn und hat hierfür einen Gehilfen zu halten; ausserdem wenn nötig, hat seine Frau mit zu melken. Er hat sämtliche Arbeiten im Kuhstalle zu besorgen und auf Ordnung und Reinlichkeit zu halten.

§ 2.

Ausser dem baren Lohn werden demselben noch Äquivalenten zugesichert: Freie Wohnung oder 100 Mark, für Feuerung und Stellung des Putzzeuges, Gebinden und Körbe pro $\frac{1}{4}$ Jahr 24 Mk. Pro 100 Liter Milch 15 Pfg. Milchgeld, pro Tag 3 Liter Milch und pro Woche 1 Zentner Kartoffeln. Für jede verkaufte Kuh 1,50 Mark Trinkgeld und für jedes verkaufte oder aufgezogene Kalb 50 Pfg.

§ 3.

Diese Löhnung versteht sich für 50 Stück Rindvieh, für jedes Rind über diese Zahl pro Monat 1,25 Mark Futtergeld.

§ 4.

Die Stelle ist am 1. Januar 1908 anzutreten, die Löhnung ist wöchentlich; ausserdem soll vierteljährliche Kündigung gelten.

Das Einverständnis hiermit bescheinigt durch Namens-
unterschrift

gez. N. N., Schweizer.

X. X., den 5. Dezember 1907.

Tabelle XX. Verzeichnis über die im Jahre 1906 in den Kreisen des Regierungs-Bezirks Cassel beschäftigt gewesenen landwirtschaftl. Wanderarbeiter.

Name des Kreises	der Beschäftigten				
	Gesamt- zahl	Geschlecht		Staatsangehörigkeit	
		männl.	weibl.	russisch	österreich.
Cassel, Stadt	83	40	43	77	6
Cassel, Land	283	138	145	277	6
Eschwege	310	153	157	243	67
Frankenberg	60	32	28	58	2
Fritzlar	312	141	171	297	15
Fulda	138	72	66	132	6
Gelnhausen	84	37	47	83	1
Gersfeld	3	1	2	2	1
Hanau, Stadt	—	—	—	—	—
Hanau, Land	229	109	120	217	12
Hersfeld	96	45	51	78	18
Hofgeismar	348	169	179	322	26
Homberg	162	74	88	139	23
Hünfeld	24	11	13	23	1
Kirchhain	7	3	4	3	4
Marburg	18	8	10	13	5
Melsungen	197	99	98	147	50
Rinteln	107	37	70	104	3
Rotenburg	165	81	84	116	39
Schlüchtern	26	16	10	25	1
Schmalkalden	27	14	13	8	19
Witzenhausen	257	129	128	245	12
Wolfhagen	182	93	89	176	6
Ziegenhain	123	61	62	116	7
Summa	3241	1563	1678	2911	330

Tabelle XXI.

Die Vermittlung ländlicher Arbeiter durch die öffentlichen Arbeitsnachweise 1905—1907.

Arbeitsnachweise	Jahr	Es wurden verlangt			Es suchten Arbeit			Es wurden vermittelt		
		Knechte	Mägde	Taglöh.	Knechte	Mägde	Taglöh.	Knechte	Mägde	Taglöh.
1. Städtischer Arbeitsnachweis Cassel	1905	305	16	199	310	11	—	137	9	170
	1906	214	11	306	307	6	—	90	6	271
	1907	158	15	454	346	12	—	88	12	306
2. Städtischer Arbeitsnachweis Hanau	1905	14	—	41	25	—	40	10	—	25
	1906	28	—	56	18	—	44	8	—	40
	1907	22	—	43	26	—	52	17	—	38
3. Städtischer Arbeitsnachweis Fulda	1905	1	—	2	7	1	9	6		
	1906	7	2	1	6	—	8	4		
	1907	2	—	4	5	—	4	4		
4. Städtische Arbeitsnachweisstelle Marburg	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1906	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1907	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Städtische Arbeitsnachweisstelle Gelnhausen	1905	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1906	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1907	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Arbeitsnachweis d. Herberge zur Heimat in Rinteln	1905	—	—	24	—	—	—	—	—	24
	1906	—	—	26	—	—	—	—	—	26
	1907	—	—	26	—	—	—	—	—	26
7. Arbeitsnachweis d. Herberge zur Heimat in Karlshafen	1905	—	—	27	—	—	—	—	—	17
	1906	—	—	20	—	—	—	—	—	10
	1907	—	—	15	—	—	—	—	—	14

Tabelle XXII.

**Der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer
für den Reg.-Bez. Cassel
vom 1. Februar 1903 bis 31. März 1907.**

Arbeiterkategorien	Geschäfts- jahr 1902/03	Geschäfts- jahr 1903/04	Geschäfts- jahr 1904/05	Geschäfts- jahr 1905/06	Geschäfts- jahr 1906/07
Es wurden vermittelt:					
1. Russische Wander- arbeiter	766	903	896	1106	1251
2. Knechte	21	18	15	16	15
3. Mägde	—	—	—	—	—
4. Tagelöhner	—	—	—	—	—
5. Arbeiterfamilien . .	—	1	—	—	—
6. Schweizer	—	—	—	—	—

Landes-Versicherungsanstalt Hessen-Nassau.

Bestimmungen

über

Gewährung von Darlehen an einzelne Versicherte zum Bau von Arbeiter-Wohnungen.

1. Die Landes-Versicherungsanstalt gewährt an einzelne Versicherte auf **neu erbaute Arbeiterhäuser** innerhalb des Geschäftsbezirks der Landes-Versicherungsanstalt Darlehen zu regelmässig 3 % Zinsen, gegen erststellige Hypotheken und zwar unter Umständen über die mündelsichere Grenze hinaus bis zu 75 % des durch Schätzung der amtlich bestellten Taxatoren zu ermittelnden Wertes des Bauplatzes nebst den darauf errichteten Gebäuden, jedoch nur bis zu 4500 M und unter keinen Umständen über die Selbstkosten des Darlehensnehmers hinaus.

2. Der Darlehensnehmer muss **dauernd** und **regelmässig** bei der Landes-Versicherungsanstalt Hessen-Nassau versichert sein.

3. Ein Raiffeisenscher Darlehnskassen-Verein oder ein gemeinnütziger Bauverein oder die zuständige Gemeinde muss die selbstschuldnerische Bürgschaft für das Darlehen, die Vermittelung des gesamten Geschäftsverkehrs sowie die Ueberwachung der Häuser übernehmen. Der Bürgschaft leistenden Genossenschaft ist es gestattet, als Vergütung ihrer baren Auslagen $\frac{1}{5}\%$ der Darlehenssumme von dem Darlehensnehmer alljährlich zu erheben.

4. Das Haus muss **neu** sein und darf dessen Wert einschliesslich des Grund und Bodens den Betrag von 9000 M nicht übersteigen.

5. Das Darlehen unterliegt einer regelmässigen Tilgung. Die Höhe des jährlichen Kapitalabtrags wird im Einzelfalle vereinbart, darf jedoch in der Regel nicht weniger als $1\frac{1}{2}\%$ betragen.

6. Zinsen und Kapitalabtrag sind halbjährlich am 31. März und 30. September jeden Jahres zu zahlen und zwar in einer bis zur gänzlichen Tilgung des Darlehens sich gleichbleibenden Summe.

7. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage, an welchem das Geld von Cassel oder der sonstigen Zahlungsstelle aus abgesandt wird.

8. Die Auszahlung des Darlehens erfolgt — auf Wunsch in Teilbeträgen —, sobald der Hypothekenbrief (Pfandverschreibung) über eine erststellige Hypothek in dem Besitze der Landes-Versicherungsanstalt ist und die Mittel der Landes-Versicherungsanstalt die Auszahlung gestatten. Die Zahlungstermine werden besonders vereinbart und sind bezüglich Wünsche dem Vorstände der Landes-Versicherungsanstalt wenigstens vier Wochen vor dem Termine mitzuteilen. Vor vollständiger Fertigstellung des Hauses werden Darlehensbeträge nicht ausgezahlt.

9. Die Versicherung des Hauses gegen Brandschaden muss im Regierungsbezirk Cassel bei der Hessischen Brandversicherungsanstalt, im Regierungsbezirk Wiesbaden bei der Nassauischen Brandversicherungsanstalt, im Fürstentum Waldeck bei der Immobilien-Feuerversicherungsanstalt der Fürstentümer Waldeck und Pyrmont erfolgen.

10. Der Erborger ist berechtigt, nach vorheriger sechsmonatlicher Ankündigung neben dem regelmässigen Abtrag beliebige Beträge in runder Summe, jedoch nicht unter 100 Mark, auf die Schuld abzutragen.

Die Kündigung darf seitens des Erborgers nur auf einen der unter Ziffer 6 gedachten Zinstermine erfolgen.

11. Die Landes-Versicherungsanstalt beabsichtigt, das Darlehen unkündbar zu lassen, so lange sich das Grundstück im Eigentum des ursprünglichen Schuldners befindet und so lange die Zinsen und Kapitalabträge richtig und pünktlich gezahlt und die sonstigen Vertragsbedingungen genau beobachtet werden.

In folgenden Fällen ist jedoch die Landes-Versicherungsanstalt befugt, die Rückzahlung des Darlehens zu verlangen:

- a) wenn über das Vermögen des Schuldners das Konkursverfahren eröffnet wird;
- b) wenn über das verpfändete Grundeigentum oder einen Teil desselben das Zwangsversteigerungsverfahren eingeleitet wird.
- c) wenn die geleisteten Abträge von Dritten gepfändet werden;
- d) wenn das verpfändete Grundvermögen durch Veräusserung, Vererbung oder im Zwangsversteigerungsverfahren an Dritte übergeht, ohne dass wegen Uebernahme der Schuld mit der Landes-Versicherungsanstalt ein Abkommen getroffen worden ist, oder der Veräusserer nicht binnen drei Monaten nach erfolgter Eintragung die im § 416 B. G. B. vorgesehene Mitteilung bewirkt;
- e) wenn der Wert des verpfändeten Grundvermögens nach einer von der Landes-Versicherungsanstalt veranlassten Abschätzung dergestalt gesunken ist, dass für den Darlehnsrest nach Ansicht der Landes-Versicherungsanstalt nicht mehr genügende Sicherheit besteht;
- f) wenn Zinsen und Abtrag länger als vier Wochen im Rückstande bleiben;
- g) wenn im Falle eines Zusammenlegungsverfahrens die an Stelle der bisher verpfändeten Grundstücke getretenen Planstücke nicht ganz für die Hypothekforderung haften und der Schuldner die Nachverpfändung der nicht haftenden Planteile an erster Stelle nicht binnen drei Monaten bewirkt;

- h) sobald seitens der zuständigen Landes-Brandversicherungsanstalt die Aufhebung der Versicherung der verpfändeten Gebäude oder die Herabsetzung der Versicherungssumme angeordnet worden ist;
- i) wenn mit der Aftervermietung nach Ansicht der Landes-Versicherungsanstalt Missbrauch getrieben wird;
- k) wenn die Genossenschaft durchschnittlich jährlich mehr als 4 % Zinsen auf die Genossenschaftsanteile zur Verteilung bringt oder durch anderweite Massregeln z. B. unverhältnismässig hohe Besoldung der Vorstandsmitglieder den Charakter der Gemeinnützigkeit verliert;
- l) wenn der Darlehensschuldner aus dem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis dauernd ausscheidet, ohne die Versicherung freiwillig fortzusetzen;
- m) wenn den sonstigen Bedingungen dieser Vorschriften nach Ansicht der Landes-Versicherungsanstalt nicht genügt wird.

In den Fällen von a, b, d, g und h gilt das Darlehen ohne weitere Kündigungsfrist als fällig, in den Fällen unter c, e, f, i, k, l und m ist die Landes-Versicherungsanstalt zur Kündigung mit dreimonatlicher Frist berechtigt.

12. Das Haus ist bis zur endgültigen Tilgung aller der Landes-Versicherungsanstalt und dem Bürgen gegenüber übernommenen Verpflichtungen stets in gutem baulichen Zustande zu erhalten und hat der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt das Recht, sich jederzeit hiervon durch Entsendung von Beamten zu überzeugen.

13. Ob bei Veräusserung eines Hauses das auf demselben ruhende Darlehen ganz oder zum Teil zurückzuzahlen ist, unterliegt der jedesmaligen Bestimmung des Vorstandes der Landes-Versicherungsanstalt.

14. Unter allen Umständen bleibt jedoch der Bürge bis zur gänzlichen Abtragung des Darlehens für dasselbe persönlich haftbar.

15. Die in dem Hause vorhandenen weiteren Wohnungen darf der Eigentümer nur an solche Personen vermieten, welche bei der Landes-Versicherungsanstalt Hessen-Nassau **dauernd und regelmässig** versichert sind. In jedem Falle wird der Mietpreis, so lange das Darlehen an die Landes-Versicherungsanstalt noch nicht völlig abgetragen ist, von dem Bürgen nach Anhörung des Eigentümers dergestalt bestimmt, dass unter billiger Berücksichtigung der von dem Eigentümer alljährlich für Strassenreinigung und Reparatur zu bestreitenden Ausgaben den Hausbewohnern der Genuss einer gleichmässig wohlfeilen Wohnung gewährleistet wird. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass der Eigentümer sich nicht durch Vermietung zu Ungunsten der Mieter einen unberechtigten Vorteil verschafft.

16. Aftervermietung ist regelmässig nur an Blutsverwandte bis zum dritten Grade (Eltern, Geschwister, Onkel, Tante) oder an Schwiegereltern oder Mündel zulässig; an sonstige Personen ist Aftervermietung nur mit Genehmigung des Bürgen gestattet.

17. Bei Veräusserung eines Hauses an Personen, welche bei der Landes-Versicherungsanstalt Hessen-Nassau versichert sind, wird der Kaufpreis von dem Bürgen unter Berücksichtigung der notwendigen und nützlichen Einwendungen in das Haus nach Anhörung der Eigentümer festgesetzt.

18. Der Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft in dem Hause ist verboten.

19. Die Ehefrau des Darlehensnehmers hat die Schuldurkunde mit zu unterzeichnen und insbesondere zu bekennen, dass die Geldaufnahme und Verpfändung mit ihrer Zustimmung geschehen ist und dass sie für die Schuld als Selbstschuldnerin haftet.

20. Zur Abtragung oder Verbilligung älterer Schulden werden Darlehen aus Mitteln der Landes-Versicherungsanstalt nicht gewährt.

21. Den Darlehensgesuchen sind zwecks Prüfung der Darlehenssicherheit beizufügen:

- a) ein Bau- und Lageplan;
- b) ein Grundbuch(Stockbuch)-Auszug;
- c) eine Schätzungsverhandlung (zu vgl. Ziffer 1);
- d) der Brandversicherungsschein;
- e) die neueste Quittungskarte des Antragstellers;
- f) eine Uebersicht über das Vermögen (Grund- und Kapital-Vermögen), über die Schulden des Darlehenssuchers und über den Erwerbspreis des Grundstücks sowie die aufgewendeten oder noch aufzuwendenden Baukosten;
- g) ein Statut sowie der letzte Geschäftsbericht des die selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmenden gemeinnützigen Vereins bzw. Genossenschaft.

Cassel, den 3. Juli 1905.

Der Vorstand:

Riedesel Freiherr zu Eisenbach,
Landeshauptmann.

Fragebogen I.

A. Allgemeines.

- 1) Auf welche Gemeinde, welches Rittergut oder Domäne beziehen sich die nachstehenden Angaben?

 - 2) Welche von folgenden Arten der ländlichen Arbeiter und gegebenen Falls wieviele sind vorhanden?
 - a) Gesinde:
 - b) Freie Arbeiter, d. h. solche einheimischen Tagelöhner, die den grössten Teil des Jahres nicht durch denselben Kontrakt gebunden sind:
 - c) Arbeiter die zu einem Gute in festem Kontraktsverhältnis stehen:
 - d) Wanderarbeiter (aus anderen Provinzen oder Ausland):

 - 3) Ist am Platze Arbeitermangel?

 - 4) Haben die vorhandenen Arbeitskräfte immer Arbeitsgelegenheit?

 - 5) Gehen einheimische Arbeiter zeitweise nach auswärts? wohin?

 - 6) Widmen sich die Kinder der ländlichen Arbeiter regelmässig der Landwirtschaft?

 - 7) Wie liegen die Wohnungsverhältnisse? a) beim Gesinde:

b) bei den Tagelöhnern:

 - 8) Sind Abverkäufe von Parzellen von grösseren Besitzungen oder Parzellierungen ganzer Güter vorgekommen?

Auf welchen Gütern?

Aus welchen Gründen?

Wie gross sind die neugeschaffenen Stellen?

 - 9) Wieviel Arbeitskräfte kommen ungefähr auf eine Fläche von 10 ha?

 - 10) Welche Fruchtfolge ist bei den Bauern üblich?

 - 11) Wie oft wird dem Gesinde Fleischkost verabreicht?

-

Fragebogen II.

B. Die Erwerbs- und Einkommens-Verhältnisse der Landarbeiter.

I. Tagelöhner im allgemeinen.

1) Wieviel Stunden dauert regelmässig die tägliche Arbeitszeit?

Im Sommer:

Im Winter:

2) Gehen die Ehefrauen der Tagelöhner regelmässig auf Lohnarbeit oder nur zur Erntezeit oder überhaupt nicht?

II. Freie (einheimische) Tagelöhner (auf grossen * Gütern, in bäuerlichen * Wirtschaften.)

Arbeitslohn der männlichen (weibl.***) Tagelöhner:

1) Wie hoch ist der denselben gewährte Lohn?

a) wenn sie das ganze Jahr beschäftigt werden

1. im Sommer: mit Kost , ohne Kost

2. im Winter: mit Kost , ohne Kost

b) Wenn sie nur vorübergehend beschäftigt sind

1. im Sommer: mit Kost , ohne Kost

2. im Winter: mit Kost , ohne Kost

2) Wie hoch stellen sich die Löhne für die verschiedenen Akkordarbeiten:

a) pro Hektar, Zentner etc.?

b) Wie hoch steht sich dabei ein Durchschnittsarbeiter pro Tag?

3) Wie hoch ist das Einkommen eines Tagelöhners aus seiner eigenen Wirtschaft?

4) Wie hoch sind etwaige Nutzungen aus Gemeindeland, -Weide, -Wald oder aus herrschaftlichen und fiskalischen Forsten zu veranschlagen:

Das durchschnittliche Einkommen einer Tagelöhnersfamilie beträgt demnach in den einzelnen Posten?

a) Arbeitslohn des Mannes:

b) Arbeitslohn von Frau und Kindern:

c) Einkommen aus der eigenen Wirtschaft:

Gesamteinkommen mithin:

III. Kontraktlich gebundene Tagelöhner („Gutstagelöhner“).

1) Gibt es solche (auf grösseren Gütern)?

2) Wie hoch beläuft sich der Barlohn eines solchen Tagelöhners?

* Das Zutreffende ist zu unterstreichen.

*** Die Löhne der weiblichen Tagelöhner sind in Klammern hinter denen für männliche anzugeben.

3) Wie hoch sind die ihm gewährten Naturalien (Wohnung, Land etc.) pro Jahr in Geld zu veranschlagen?

4) Wie gross ist das Gesamteinkommen einer derartigen Tagelöhnersfamilie?

IV. Wanderarbeiter.

1) Werden Arbeiter zeitweise aus anderen Gegenden bezogen?
Auf wie lange?

2) Barlohn während dieser Zeit? a) für die männlichen:
b) für die weiblichen Arbeiter:

3) Was erhalten sie an Naturalien?

Geldwert dieser Naturalien?

Wohnung:

Kost:

Sonstige Gewährungen:

4) Erhalten sie Reisevergütung? Wieviel?

5) Wie werden sie bezogen?

6) Ihr Gesamteinkommen für die Dauer ihrer Beschäftigung beträgt?

V. Gesinde und Dienstboten (auf grossen Gütern,* in Bauernwirtschaften*.)

a) männliche Dienstboten:

1) Welche Art wird gehalten und wie hoch ist der denselben gezahlte bare Lohn?

a) aufsichtsführende und zugleich auch mitarbeitende Dienstboten
(z. B. Oberknecht, Oberschweizer etc.)

Der 1.

2.

b) Knechte: Pferdeknechte: Ackerknechte:

2) Wert der ihnen gewährten Naturalien:

Beköstigung:

Wohnung und Feuerung:

Land zu Kartoffeln:

Arzt, Apotheke, Krankenpflege:

Krankenkassenbeitrag:

Trinkgelder:

Sonstige Gewährungen (Schuhe, Anzug):

Eventl. Führen für die Eltern:

In Summa:

3) Wie hoch ist demnach das gesamte Jahreseinkommen zu veranschlagen?

* Das Zutreffende ist zu unterstreichen.

- 4) Wie hoch ist der Barlohn verheirateter Knechte, die zuhause essen und schlafen?

5) Was erhalten die verheirateten Knechte an Naturalien?

b) Weibliche Dienstboten.

- 1) Welche Art wird gehalten und wie hoch ist der ihnen gewährte Barlohn?

- | | | |
|---|-----------|----|
| a) Wirtschafterinnen: | Obermagd: | |
| b) Mägde: Die 1. | 2. | 3. |
| c) jüngere (eben erst schulentlassene Mädchen)? | | |

-
- 2) Wert der den weiblichen Dienstboten gewährten Naturalien?
-

- | | |
|---|-----------------------|
| | Beköstigung: |
| | Wohnung und Feuerung: |
| | Land zu Flachs: |
| | Arzt, Apotheke: |
| | Krankenkassenbeitrag: |
| | Trinkgelder: |
| Sonstige Gewährungen (Schuhe, Leinen, Flachs, Wolle): | |
| Eventl. Führen für die Eltern: | |

In Summa:

Das Jahreseinkommen beträgt demnach:

Anmerkung: 1) Falls schriftliche Dienstverträge irgendwelcher Art vorhanden sind, wird gebeten, eine Abschrift einzusenden. 2) Wo häufig kleinere Landwirte sich gegenseitig aushelfen, wolle man dies an einer geeigneten Stelle bemerken.

Lebenslauf.

Ich wurde geboren am 10. November 1882 zu Amöneburg, Reg.-Bezirk Kassel, als Sohn des Spenglermeisters Friedrich Nebel und seiner Ehefrau Dorothea geb. Lotter. Von Ostern 1889 bis Ostern 1895 besuchte ich die Volksschule meiner Heimat und absolvierte dann die vierklassige Lateinschule daselbst. Ostern 1899 trat ich in die Obertertia des Kgl. Gymnasiums zu Fulda ein und bestand hier am 18. März 1904 die Reifeprüfung. Dann studierte ich an den Universitäten Münster, Marburg und München 6 Semester Staatswissenschaften, war dann im journalistischen Berufe tätig und setzte seit Wintersemester 1907/8 meine Studien an der Universität Jena fort, wo ich auch, wie schon früher in München, dem staatswissenschaftlichen Seminar angehörte. Meine Lehrer waren die Professoren: Waentig, Troeltsch, Sieveking, Schücking, Westerkamp, Heymann, Brentano, Lotz, G. von Mayr, v. Amira, Pierstorff.

